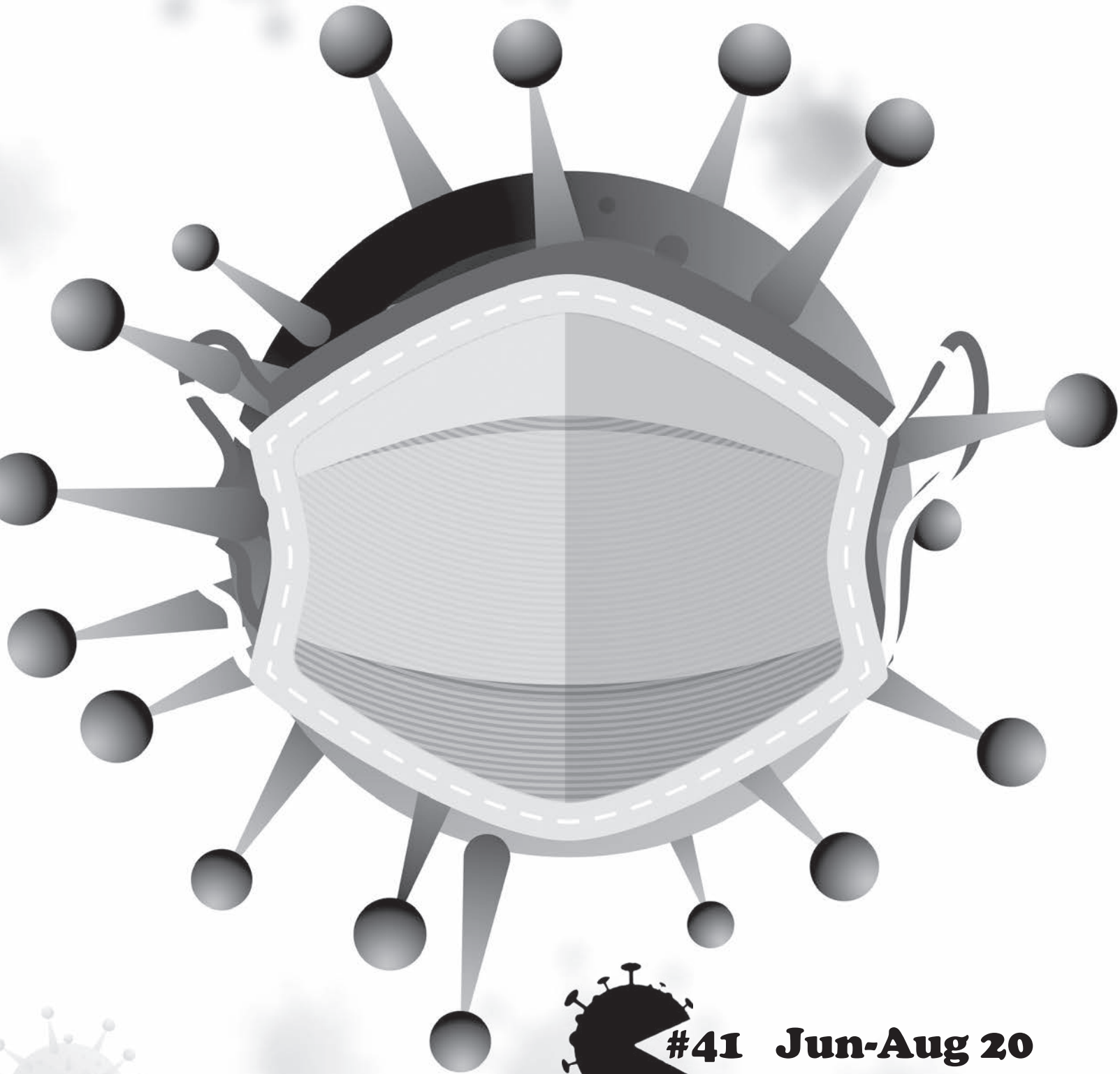


autonomes
Blättchen



#41 Jun-Aug 20

Ein Vorwort in diesen Zeiten

– dass muss (!) sich ja mit Corona und den politischen und sozialen Folgen beschäftigen. Was bleibt uns übrig. Deswegen gibt es von uns gleich erstmal einen kleinen Rundumschlag zu den Verhältnissen in Pandemie-Zeiten, bevor ihr ein sehr abwechslungsreiches Blättchen mit vielen interessanten Texten zu lesen bekommt. Dazu gleich mehr.

Wir mussten erleben, wie hilflos, ja paralysiert, große Teile der linken/linksradikalen/autonomen/anarchistischen Bewegung dem staatlichen Agieren gegenüber standen; wie nicht nur das öffentliche Leben, sondern eine politische Strömung zum Stillstand kam (dass es trotzdem viele Aktionen gab, seht ihr in Artikeln und im Aktions-Ticker am Seitenrand).

Jetzt, wo wir uns Alle irgendwie an Alles gewöhnt haben, scheint es vielleicht nicht mehr so schlimm. Aber seien wir ehrlich: Es hat uns schon erschreckt, wie viele staatstragende Reden geschwungen wurden. Viele Leute mit denen wir bisher politisch gekämpft hatten, haben anscheinend Merkel-Reden auswendig gelernt, um sie auf Treffen, in Wohnprojekten und im Netz zum Besten zu geben. Das propagandistische Geschwätz vom „solidarischen Verhalten“ hat Einzug gefunden in die WGs und Video-Konferenzen. Was ist damit gemeint, wenn die Regierung von „Solidarität“ spricht? Was zur Hölle glauben Leute alles?! Zum Glück sprach niemand von der „solidarischen Volksgemeinschaft“. Regierungssprecher-Solidarität bedeutet vor allem: Macht, was wir euch sagen! Bleibt zu Hause! Haltet die Füße still! Besucht nicht Oma! Versammelt euch nicht! Tragt Masken! Und es bedeutet auch: Wer sich nicht an die Anweisungen der Obrigkeit hält, bekommt es mit Allen, auch der Mitbewohner_in, zu tun. Schließlich sei man unsolidarisch mit Allen. Ja, Allen!!! Das ist bullshit. Aber es ist auch eine bewusst eingesetzte Sprachpolitik. Wer möchte denn unsolidarisch ein, angesichts einer Krankheit, die Alle bekommen können? In den Krisenstäben und Think-Tanks werden ständig abertausende Seiten damit beschrieben, wie in Krisen zu welchem Zeitpunkt mit der Bevölkerung kommuniziert werden muss, damit diese sich

wie gewünscht verhält und Widerstand marginal bleibt. Wie sowas erfolgreich umgesetzt wird, dafür waren die letzten Monate ein gutes, lehrreiches Beispiel. „Solidarität“ ist in den letzten Monaten ein Kampfbegriff der Regierenden geworden. Wir sollten vehement widersprechen, wenn in unseren Kreisen jemand in diesem Sinne davon spricht.

Wir sind nicht „solidarisch“ mit Oma, wenn wir zur Zeit (leider) keine orgiastischen Partys feiern, sondern nur halbwegs vernünftig, weil wir uns und Andere nicht mit dem Scheiß-Virus anstecken wollen. Und wenn tausend Leute eng an eng demonstrieren wollen, werden wir sie nicht daran hindern. Wir werden uns hingegen gegen diejenigen wenden, die anfangen zu denunzieren, zu petzen; die andere unter Druck setzen, sich regierungskonform zu verhalten. Denn oft hatte das Verhalten vieler Genoss_innen wenig mit Vernunft, denn mit Untertanengeist zu tun.

Noch nie haben wir erlebt, dass so viele „von uns“ die Verlautbarungen von Regierungsinstituten herunterbeten! Abgesehen davon, dass es grundsätzlich keine neutrale Wissenschaft gibt, sondern Wissenschaft immer das erforscht, was die gesellschaftlichen Verhältnisse ihr auferlegen, ist das Vorschieben von Experten (es waren immer Männer!) schlicht eine Kommunikationsstrategie der Regierung. Das Expertentum scheint nicht hinterfragbar, es soll andere Umgehensweisen als die regierungstreuen automatisch als falsch kennzeichnen. Und das hat hervorragend funktioniert. Ganze Wohnprojekte hörten zum Einschlafen die Meldungen des Robert-Koch-Instituts oder hingen Tag für Tag an den Lippen irgendeines Epidemologen. Diese unkritische Wissenschaftsgläubigkeit, lässt all das außer Acht, was in den letzten Jahren aus linksradikalen Gruppen in Bezug auf Technologiekritik formuliert wurde. Es hat nichts mit Verschwörungsglauben zu tun, wenn wir Wissenschaft für kritisierbar halten. Es hat mit dem zu tun, was wir über Herrschaft und Herrschaftstechniken wissen. Wie empfehlen dazu u.a. die Texte des capulcu-Kollektivs, von denen wir in den letzten Jahren auch einige im Blättchen abgedruckt hatten. Oder das gute alte NATO-Strat-

Impressum:

Nr. 41 Juni - August 2020

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@nadir.org
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:

962E E3CF F873 19AA 5647
5D93 E37A 4489 E058 5969

ViSdP:

Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Post:

Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage(s):

autonomesblaettchen.noblogs.org und zusätzlich
autonomesblaettchen.blackblogs.org

Alle Ausgaben gibt es dort auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unserer Homepages schicken.

Einsendeschluss:

normalerweise alle drei Monate:
1. September, 1. Dezember, 1. März, 1. Juni

Inhalt

5	Be Water Set Fire	Corona: Pest oder Cholera	40
9	Re: Nordkiez Update	Und nach dem Virus?	42
11	Aufruf zu autonomen Vollversammlungen	25 Jahre auf der Flucht	49
11	Jobcenter Köln Porz	Ein Flüstern aus dem Nirgendwo	51
14	[HB] Kopf aus dem Sand!	Die ignorierte Risikogruppe:	51
	Immobilienunternehmen angegriffen	Pandemie und Gefängnis	53
15	Ein Hippiedorf wird aufgemischt	[B] Knastprofiteure angezündet	56
21	Farbe und Steine für die AWO in Bremen	Vor den Knastmauern bleiben die Nächte unsere	56
22	Die AfD hat mitgeschossen	Glasbruch und Farbe für Knastprofiteur*innen	57
23	AFD Kreisverband Detmold entglast	Willkommen draußen Hülya!	58
23	Für ein Ende der Stille - Neo-Nazis angreifen	Von der Antifa-M zum Rassisten-Anwalt	59
24	Gegen den EU-China-Gipfel in Leipzig	(B) return to sender: Das Feuer ihrer Kriege	60
27	Die Revolte in Chile	Die Bewegung ist keine Ware	61
36	Shut down the power! Dig. Zurichtung sabotiert.	Brandstiftungsserie gegen Mobilfunkmasten	63

wichtige Links:

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Indymedia und auch das Linksunten-Archiv sind übrigens (nur über den Tor-Browser) auch im "Darknet" erreichbar. Das kann ebenfalls hilfreich sein.

<https://de.indymedia.org> = <http://4sy6ebszykvcv2n6.onion/>
<https://linksunten.archive.indymedia.org/> =
<http://xrlvebokxn22g6x5gmaq3cp7rsv3ar5zpirzyqlc4kshwfpnpl2zucdqd.onion/>

<https://barrikade.info>
<https://emrawi.org/>
<https://zuendlumpen.noblogs.org/>
<https://kanaille.noblogs.org/>

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

ategie-Papier „Urban Operations in the Year 2020“ - da bekommt man einen guten Eindruck von Planungsspielen in unsicheren Zeiten. Prost nochmal!

Jetzt ist ja gar nicht mehr alles so schlimm...

Außer dass nun Alle Zoom-Meetings haben. Kotz! Außer dass Alle mit Karte zahlen, damit sie die „Held_innen“ an der Kasse nicht anstecken. Doppelkottz! Außer dass bald die ersten mit Tracing-App durch unsere Zentren und WGs laufen. Dreifachmoppelkottz! Rülps. Entschuldigt.

Wir rufen euch auf, gegen diese Zumutungen zumindest in den eigenen Zusammenhängen rigoros vorzugehen, weil widerständiges Handeln nur an nichtüberwachten Orten möglich ist. Wer eine Tracing- oder Tracking-App auf seinem Scheiß-Smartphone hat, hat in unseren Räumen nichts verloren!

Zu den dauerhaften Folgen des Umgangs mit dem Virus wird die beschleunigte Durchsetzung von Digitalisierungsprojekten gehören. Das ist klar und wird von den Regierenden deutlich gesagt.

Telemedizin, Video-Unterricht (also, E-learning natürlich), bargeldloses Zahlen, Telepolitik... Das hört sich zwar an wie aus einem Strategiepapier der Kohl-Regierung, finden unsere älteren Genoss_innen, ist aber nichts weniger als eine vehemente Beschleunigung dessen, was seit ein paar Jahren auch von uns als „technologischer Angriff“ begriffen wird. Die Auswirkungen dieses Angriffs auf unsere Leben werden wir nun an allen Ecken und Enden zu spüren bekommen.

Die Suche nach Widerstandsoptionen und Lücken im System sollten wir also dringend intensivieren. Einen praktischen Lichtblick zu dem Thema stellen für uns die Aktionen der „Vulkangruppe Shut down the power“ gegen das Heinrich–Herz-Institut, sowie die vielen Sabotage-Aktionen gegen Mobilfunkmasten dar. Eine Auflistung dieser Aktionen und der Text zu der erfolgreichen Vulkan-Aktion sind im Heft zu finden.

Uns stellen sich Fragen. Welche Schäden entstehen in unseren politischen Kreisen? Welche kulturellen Folgen hat das Virus? Alles nur noch online gucken, hören, riechen, fühlen, schmecken, anpöbeln? Sich nicht mehr anfassen wollen/dürfen? Was macht das mit uns? Sind Menschen nur noch potentielle Virusträger_innen?

Diese seltsamen Demos aus Rechten, Aluhüten, Grundgesetzanbeter_innen...

Nazi-Prepper räumen ihre Waffenlager in drei Bundesländern leer, weil sie denken, wegen Corona sei der Tag-X gekommen – sagt der VS. Ach so, na was sollen die Jungs

denn sonst machen, denkt sich die Öffentlichkeit. Es gab keine öffentliche Aufregung darüber, dass der VS dabei zusieht, wie die Nazis ihre Waffen ausbuddeln. Es gab auch keine Durchsuchungen oder sowas. Es war nur eine Meldung am Rande.

Eigentlich wollten wir eine Ausgabe zusammenstellen, die voll mit guten Texten zum Corona-Kram ist. Aber es haben uns so viele gute Texte zu verschiedenen Themen erreicht, dass es jetzt eine bunte thematische Mischung geworden ist, die sehr lesenswert ist! Auf den allerletzten Drücker hat uns ein Interview mit einem Genossen aus Minneapolis erreicht. Sicher haben sich die Kämpfe in den USA verändert, wenn ihr diesen Text in die Hände bekommt. Aber er zeigt eine Momentaufnahme, die die Euphorie der Stunde gut transportiert und eine erste Einschätzung zum antirassistischen Aufruhr. Danke dafür!

Am Ende hatten wir aber so viele Texte, dass es leider nicht alle zugeschickten ins Heft geschafft haben.

Ein paar Aktionserklärungen sind im Aktions-Ticker gelandet: „Reportage aus München“, „In der Nacht vom 21.4.“, „Bremen: Auto von Knast-Architekturbüro abgebrannt“, „Benjamin Mennerich mit Steinen und Farbflaschen angegriffen“. Nicht ins Heft haben es geschafft: „Militanter Feminismus Kongress verschoben“, „Keine Zeit zu sterben!“, „April, April, der tut, was er will“, „Corona und der kommende Aufschwung“, „Zur Corona-„Krise““, „Spendenauf-ruf für Chemnitz“. Ins nächste Blättchen verschoben wurde: „Der georgische Wunderarzt“

Auch das noch: Bitte vergesst nicht, dem Autonomen Blättchen Geld zu spenden. Wie das geht, steht im Kleingedruckten. Und: Bitte hängt nicht tausend Fußnoten und links an eure Texte. Ihr veröffentlicht doch keine Uni-Arbeiten hier!

Eine Info noch zur Verwahrung der Speichelproben bei Corona-PCR-Tests. Eine nicht repräsentative Umfrage unsererseits hat ergeben: Manche Labore verwahren die Teststäbchen von Corona-Verdachtsfällen (so wie vom Robert-Koch-Institut gefordert) „zu Forschungszwecken“, andere bestätigen glaubhaft, dass sie dafür keine Kapazitäten haben. Daher können wir leider keine Entwarnung hinsichtlich der Gefahr eines späteren (dezeit noch illegalen) Massen-DNA-Screenings geben.

Und jetzt lest!



Be Water Set Fire

Anonymer Interviewbericht mit einem Genossen in Minneapolis zum aktuellen Aufstand in den USA, veröffentlicht am 4. Juni 2020

Aus den USA erreichten uns eine schlechte Nachricht nach der anderen: Die Corona-Todesrate ist dort erheblich höher als in anderen Ländern. Ein großenwahnsinniger Präsident fordert die Bevölkerung dazu auf, sich Bleichmittel zu injizieren, rechte Milizen marschieren ungehindert in Parlamentsgebäude, um für die Wiedereröffnung von Geschäften zu demonstrieren und keiner leistete Widerstand. Dann plötzlich der alles auslösende Funke: der brutale Mord an George Floyd.

Überrascht dich das alles?

Wie erklärst du dir die Aufstände?

Ja in gewisser Weise kamen die Aufstände sehr unerwartet. Persönlich hatte ich befürchtet, dass nach den weltweiten revolutionären Bewegungen von 2019 uns jetzt mit der Pandemie dunkle Zeiten erwarten würden. Aber gerade als wir im Begriff waren, die Hoffnung zu verlieren, haben uns die Ereignisse in den USA gezeigt, dass wir uns an einem Anfang befinden. Dass es so gekommen ist, hat viele gute Gründe. Das fängt schon damit an, dass die Bevölkerung wegen der COVID-19 Pandemie und den Quarantänemaßnahmen sehr viel stärker an das Internet gebunden ist als zuvor. Das Video vom Mord an George Floyd konnte sich viel schneller und viel umfangreicher verbreiten, als das normalerweise der Fall gewesen wäre und genauso war es auch mit der Nachricht, dass Proteste geplant werden. Dass die Menschen über Monate lang nicht mehr in Gruppen zusammenkommen konnten und dass sie menschlicher Berührung entbehren mussten, hat wahrscheinlich auch zur unvorhersehbaren Natur der Aufstände beigetragen. Ich glaube, dass die Leute einfach am Ende sind, nicht nur wegen der Pandemie, sondern auch wegen dem institutionalisierten Rassismus und der Unterdrückung gegen Schwarze, die sich jahrhundertlang ungehindert durchsetzen konnte. Seit Jahren demonstrieren die Leute für Gerechtigkeit und haben damit nichts erreichen können. Es ist also keine Überraschung, wenn ab einem bestimmten Punkt das Bitten aufhört und die Leute anfangen zurückzuschlagen.

Hattest du im Laufe der Tage den Eindruck, dass sich eine kollektive Intelligenz entwickelt hat oder eher nicht? Wie sprechen die Leute über die Aufstände, was verschweigen sie, welche Forderungen werden formuliert? Gibt es regionale Abweichungen? Was für verrückte Dinge sind passiert?

Ich bin mir nicht sicher, ob man sich anderswo über die Ausmaße der Ereignisse so richtig im Klaren ist. Die Proteste am ersten Tag erstreckten sich schon über anderthalb Kilometer zwischen dem Ort, an dem George Floyd ermordet wurde (38th Street und Chicago Avenue) und dem 3rd Precinct von Minneapolis (Polizeikommissariat im 3.

Bezirk, Lake Street und Hiawatha Avenue). Mehrere Menschenansammlungen konnten sich oft ohne jegliche Polizeipräsenz zwischen diesen beiden Punkten bewegen. Die meisten Zusammenstöße passierten nahe der Polizeiwache, aber auch in der Umgebung gerieten die Dinge mehr und mehr außer Kontrolle. Am Ende des zweiten Tages hatten sich die Unruhen und Plünderungen schon mehrere kilometerweit in alle Richtungen verbreitet. Während die Polizei nicht in der Lage war, über den Bereich rund um die Polizeiwache hinaus vorzudringen, sind große Gruppen von Menschen in verschiedene Richtungen gezogen. Dabei stiegen sie in Geschäfte ein, machten überall Graffiti und legten Brände. Einige Leute sind in verschiedene Viertel gefahren und haben in kleinen Gruppen Geschäfte geplündert.

Am dritten Tag haben sich bereits mittags in Saint Paul – der Zwillingsstadt von Minneapolis – spontane Gruppen gebildet und angefangen zu plündern und später am gleichen Abend, als die Polizeikräfte dazu gezwungen wurden, sich aus der Polizeiwache zurückzuziehen, plünderten weitere Gruppen überall in der ganzen Stadt. Spät in der Nacht rückte Verstärkung von weiteren polizeilichen Einsatzkräften sowie der Nationalgarde heran und nahm die Gegend um das 3rd Precinct wieder ein. Ohne dass stark mobilisiert werden musste, sammelten sich am nächsten Tag viele Menschen rund um das 5th Precinct (Polizeikommissariat im 5. Bezirk), das sich fast anderthalb Kilometer weiter auf der Lake-Street befindet. Auch dort streiften Menschenmassen durch die ganze Nachbarschaft, während die Polizei sich darauf begrenzen musste, ihre eigene Wache zu verteidigen.

Das alles zeigt schlichtweg, dass den Ereignissen nicht wirklich räumliche Grenzen gesetzt waren. Sie verteilten sich über ganze Städte und sogar darüber hinaus. Es gab eine kollektive Intelligenz, die die Polizeikräfte zwang bei ihren Polizeiwachen bleiben zu müssen, während sich gleichzeitig die Proteste über ganze Bezirke verteilten und nicht zu kontrollieren waren.

Das Abgefahrenste, was ich gesehen habe, war wahrscheinlich, wie jemand ein geklautes Zustellauto von der Post mit voller Geschwindigkeit in die Barrikaden vor der verlassenen Polizeistation gefahren hat, bevor diese dann in Brand gesetzt wurde. Andere von uns haben gesehen wie Leute mit einem Tresor und Taschen voll Bargeld aus einer Bank kamen. Es werden auch Geschichten von Teenagern erzählt, die Freitagnacht in San Francisco in Sportwagen ein Diamantengeschäft nach dem anderen auf Union Square geplündert haben. Dabei wurden sie von der Polizei verfolgt, konnten ihr aber immer entkommen! Menschen aus der ganzen Welt fliegen da zum Einkaufen hin.

Was wir gerade erleben ist die größte Umverteilung von Reichtum in der modernen Geschichte der USA. Ich denke, das ist wunderbar.

Da viele Länder die Situation in den USA beobachten, ist die Hinrichtung von George Floyd nicht nur ein nationales sondern ein globales Ereignis. Es überrascht nicht, dass es überall in den USA zu Protesten kommt, allerdings scheint das Ausmaß und die Entschlossenheit der Proteste in anderen Städten genauso groß zu sein wie in Minneapolis. Warum ist das so? Konzentriert sich die Bewegung nur auf Großstädte oder gibt es auch Bewegungen außerhalb von ihnen?

Es ist absolut unglaublich, dass sich in so vielen verschiedenen Städten die Menschen dem Aufstand anschließen und dass sie überall eine solch militante Form annehmen. Das beschränkt sich auch nicht nur auf Großstädte – im Vergleich zu New York und Chicago ist Minneapolis nicht so groß. Es sind nicht nur Städte die aufbegehren, ich habe auch von Aufständen in kleineren Orten gehört. Hier in Minneapolis ist so viel passiert, dass es für uns hier schwierig ist genau zu verfolgen, was genau sich gerade alles woanders abspielt.

Ich bin mir nicht sicher, warum die Proteste auch in anderen Städten solche Ausmaße angenommen haben. Vielleicht weil alle überall einfach genug haben von der Polizeigewalt? Weil alle sich nach Menschenmengen sehnen? Weil alle auf ihre Smartphones schauen und sehen können, wie einfach wir die Polizei zum Rückzug zwingen konnten? Es gibt bestimmt eine marxistische Analyse dafür, die sich auf die Anzahl der Menschen bezieht, die wegen der Pandemie ihre Arbeit verloren haben und auf die zunehmende Prekarität. Das spielt da sicher auch eine Rolle.

Es ist schwer zu sagen, ob die Bewegung auch die ländliche Räume erfassen wird. Es gibt mehrere Beispiele von Aktionen in kleineren Städten wie Fayetteville in North Carolina, wo das Markthaus in Brand gesetzt wurde, in dem früher Sklavenversteigerungen stattfanden. Städte werden in Brand gesetzt, weil die Bewohner wissen, was für lebensfeindliche Räume Städte sind. Es ist schwer zu sagen, wie die konterrevolutionären Kräfte den Städten Herr werden wollen. Ausgangssperren, die wegen der Pandemie eigentlich Standard waren, konnte die Polizei bisher nicht durchsetzen. Auf der anderen Seite hat die Polizei in Minneapolis schon angekündigt, dass sie die Contact-Tracing-Technologien (die in der Quarantäne eingesetzt wurden) dazu benutzen werden, Protestierende zu überwachen und zu verfolgen und wir sehen zweifellos einer beispiellosen Repressionswelle entgegen.

Gibt es für euch irgendeine Inspiration aus anderen politischen Bewegungen? Hongkong, die Gelbwesten oder andere? Zirkulieren und verbreiten sich Erzählungen und Erfahrungen?

Der Aufstand in Hongkong scheint einen wirklichen Einfluss auf den Aufstand hier zu haben, aber genauso die allgemeine Erfahrung der globalen Unruhen der letzten

Jahre. Leute haben Tipps wie man Tränengas ausschaltet nach dem Vorbild von Hongkong in Umlauf gebracht und adaptieren die „sei Wasser“-Strategie um Polizeikesseln oder Festsetzungen an einem Ort zu vermeiden, Laser werden benutzt um die Polizei zu blenden und Helikopter zum Rückzug zu zwingen.

Die Twin Cities haben ebenfalls schon in der Vergangenheit kleinere Aufstände gegen Polizeimorde erlebt. In 2015 im nördlichen Minneapolis und 2016 in Saint Paul. Taktiken die in diesen Momenten entdeckt wurden – am bekanntesten ist vielleicht das 2015 erzwungene Festsetzen der Polizei in deren eigenem Revier – gehören nun zum gesunden Menschenverstand. Zusammen mit der 2019 in den weltweiten Unruhen entstandenen allgemeinen taktischen Intelligenz hilft er dem strategischen Verstand des Aufstands Form zu geben.

Ich würde sogar sagen, dass auf einer taktischen Ebene, die Intelligenz, die gerade aufgebaut wird, eine Synthese von dem kantonesischen „sei Wasser“ mit sehr vielen Autos, amerikanischen Waffen und Brandstiftungen ist. Das weitverbreitete und dezentrale Plündern in ganz Minneapolis und Saint Paul, das von Gruppen in Autos realisiert wird, zwang die Polizei ihre Kräfte in jede Richtung zu zerstreuen. So plünderten und zerstörten Leute Discounter wie „Target“ oder Apotheken wie „Walgreens“, um anschließend zu anderen Orten zu fahren und dort weiterzumachen. Als Antwort würde dann die Polizei Einheiten vor den geplünderten Geschäften von „Taco Bell“ und „Target“ stationieren, um sie vor Brandstiftung zu schützen, und das hieß wiederum, dass nicht genug Polizisten beim dritten Revier waren, welches dann tatsächlich auch angezündet wurde. Die Taktiken sind recht simpel: plündere jeden Laden und brenn sie anschließend nieder. Die Cops verbrachten einen Großteil ihrer Zeit damit Feuern hinterher zu rennen und wurden von den Protestierenden ausgestochen. So stand die Polizei letztlich auf dem Dach ihres Reviers und konnte sich nur mit Tränengas verteidigen. Als sie kein Tränengas mehr hatte, wurden die Polizisten unter der Drohung eines unmittelbaren Angriffs zur Flucht gezwungen. Protestierende haben dann das Gebäude geplündert und angezündet.

Die Protestierenden in Minneapolis setzten sich bisher hauptsächlich aus jungen Leuten zusammen, obwohl es auch viel Unterstützung von älteren Leuten gab. Tatsächlich ist es interessant zu sehen, wie die Riots ohne eine strikte Einheit funktioniert haben, wie viele Leute zusammenhielten, obwohl sie nicht in allem übereinstimmen.

Wer organisiert eigentlich die Demonstrationen, die sich in den wichtigsten amerikanischen Städten entfalten? Wie entstehen sie? Durch bereits bestehende militante Strukturen oder eher auf spontane Weise?

In Minneapolis gab es bisher kaum organisierte Proteste. Der allererste Tag war von einer Koalition von linken Gruppen organisiert, aber sie haben in keinsten Weise irgendwas angeführt. Viele Leute in den Demonstrationen, die von Linken organisiert wurden, versuchten andere



Menschen von jeglich subversiver Aktion abzuschrecken, somit denke ich, dass viele Leute sich in den „friedlichen Demonstrationen“ nicht sicher fühlten. Abgesehen von diesen kleinen Protestzügen, wussten die Leute einfach, dass sie jederzeit zum dritten Revier gehen und dort eine Menge Menschen finden würden. Es war vollkommen spontan und kein Protest, zu dem aufgerufen oder der organisiert wurde. Ich kann mir vorstellen, dass in vielen Städten Demonstrationen von linken Aktivistengruppen organisiert werden, aber die Unruhe lässt diese schnell hinter sich. Die Linke wird – wie immer – versuchen den Aufstand auszu-schlachten und ihn in eine neue Kampagne für Reformen umzuwandeln, aber es scheint bis jetzt klar zu sein, dass dies nicht wirklich gut funktionieren wird.

Könnt ihr uns was über die Stimmung auf den Demos und den Riots erzählen, sowohl was die Zusammensetzung als auch was die Emotionen angeht? Hier in Deutschland kommt an, dass die Aufständischen ziemlich verschiedene Hintergründe haben, was es der Polizei und vielen Politiker*innen möglich macht, weiße „Provokateure“ für alles verantwortlich zu machen. Man hört, was die Menschen antreibe seien Trauer und Wut – sind das die einzigen bzw. die bestimmenden Emotionen, die die Menschen dazu gebracht haben auf die Straße zu gehen?

Der Aufstand hat einen sehr vielfältigen Charakter, und das spiegelt die Diversität der Menschen in der Gegend im südlichen Minneapolis wieder, wo das Ganze angefangen hat. Die Idee, dass weiße Provokateure die Demos infiltriert hätten und verantwortlich für die Gewalt seien ist ein alter Trick, ein rassistischer Trick, und hat nicht wirklich

funktioniert. Erst nach vier Tagen fing die Regierung an weiße, rassistische Provokateure für die Gewalt verantwortlich zu machen, und erst daraufhin machte sich in den Mengen die Paranoia breit.

Was die Emotionen angeht, ja, eine beispiellose Trauer und Wut sind sicher wichtige Motivationen des Aufstands. Aber wenn die Polizei zurückgedrängt wird und Menschen ungehindert plündern und Barrikaden bauen können, dann ist die Stimmung auch sehr freudig und festlich. Ich glaube nicht, dass das ein Widerspruch ist; die Menschen sind wütend auf die, die sie unterdrücken, aber sie fühlen vielleicht zum ersten Mal auch die Stärke des gemeinsamen Handelns mit tausenden anderen.

Ich werde niemals die Menschen vergessen, die ich am Donnerstagabend an dem großen Lagerfeuer, das das 3. Kommissariat in Minneapolis war, getroffen habe. Alle hatten ein Grinsen auf dem Gesicht, teilten die erbeuteten Güter untereinander auf, tanzten und relaxten, da die Cops nirgendwo zu sehen waren. Falls du jemals den Roman „Dhalgren“ von Samuel Delany gelesen hast, kannst du dir ungefähr vorstellen, wie es war. Ganze Häuserblocks standen in Flammen, während Menschen die Überreste geplündelter Gebäude durchforsteten, mit Waffen und Lasern in den Himmel schossen, neue Menschen kennenlernten, tanzten – das ist eine besondere amerikanische Art der Liebe.

Auch wenn es schwierig ist zu verallgemeinern: Was sind, jenseits des unmittelbaren Zusammenhangs, die Angriffsziele der Bewegung? Rassismus? Polizeigewalt? Trumpismus?

Das ist die Nat Turner-Sklavenrevolte von heute. In den USA wird die Revolution niemals im Kampf gegen Austerität, für kostenlose Krankenversicherung oder für den „Kommunismus“ ihren Ausgang nehmen. Was wir in den Straßen von Minneapolis und überall im Land sehen ist ein bewaffneter Aufstand gegen die sklavenhaltende und besitzende Klasse. Wenn du durch die Straßen zwischen den brennenden Häuserblocks läufst, hörst du Menschen Sachen sagen wie „500 Jahre, 500 Jahre“ (seit dem Beginn des atlantischen Sklavenhandels). Es ist ein Aufstand gegen die rassistischen Dispositive. Das heißt, der Horizont ist viel weiter als nur Reform und „Gerechtigkeit“ – und ich glaube es ist wirklich wichtig, das zu betonen, denn diese Tatsache scheint das, was gerade passiert, von der Black Lives Matter-Bewegung abzusetzen. Natürlich wollen viele Menschen, dass die Bullen des Mordes schuldig befunden werden, und das ist okay, weil es eine beinahe unmögliche Forderung ist. Aber auf der Straße wiederholen alle den selben Refrain: „Brennt alles nieder! Jagt alles in die Luft!“ Niemand erwartet irgendwas von den Regierungsinstitutionen. Wenn Menschen hier Widerstand leisten, dann erinnern sie sich an 500 Jahre Völkermord und Sklaverei, aber auch an 500 Jahre Widerstand.

Um was die Forderungen angeht noch etwas weiter zu gehen: macht es Sinn, über eine mögliche politische Antwort auf diese Ereignisse zu nachzudenken? Trotz sechs Jahren Black Lives Matter und zwei Obama-Amtszeiten hat sich die Situation kaum geändert. Und die anstehende Präsidentschaftswahl bietet offenkundig ebenfalls keine Hoffnung auf Veränderung. Was erhoffen sich die Protestierenden? Eröffnet die Bewegung neue Horizonte oder ist sie von Rachegelüsten getrieben?

Im Moment werden dir die Medien sagen, der Zyklus sei ein reiner Rachezug, und das stimmt auch sicher. Dennoch werden viele vielversprechende Beispiele positiver Horizonte gesetzt. Zuallererst einmal richten Menschen Selbsthilfefelze überall in den Straßen auf, in denen erbeutetes Wasser und Snacks verteilt werden, und es gab immer viel Milch, mit denen Menschen sich das Tränengas aus den Augen waschen konnten. Überall sind Sanitäter unterwegs



und helfen verletzten Menschen. Das ist sehr verbreitet, aber die Medien zeigen es natürlich nicht.

Noch ein paar kurze Beispiele positiver Horizonte: gestern Abend wurden in Chicago Schulen für Menschen geöffnet, die in eine Bullenfalle geraten waren. In Minneapolis haben einige ein Hotel übernommen, in dem jetzt 150 Obdachlose wohnen.

Es ist auch das erste mal in der neueren US-amerikanischen Geschichte, dass ein Kommissariat eingenommen, geplündert, zerstört und niedergebrannt wurde. Jetzt haben wir die reale und konkrete Möglichkeit, die Polizei zum Aufgeben zu zwingen, und das ist etwas wirklich neues. Der Zaun vor dem Weißen Haus wurde am selben Abend niedergerissen, auch das ist wahrscheinlich beispiellos. Wir wissen nicht, wie es weitergehen wird – das ist wirklich schwer zu sagen.

Die Revolutionen des zwanzigsten Jahrhunderts stellten sich – nach dem Muster der Russischen Revolution – den Ablauf immer so vor, dass zuerst ein Regierungssitz besetzt und dann eine neue Gesellschaft ausgerufen wird. Ich muss sagen, dass wir einfach kein Bild davon haben, was für eine Art „Gesellschaft“ die jetzige ersetzen wird, wenn denn überhaupt eine! So funktioniert Macht heute einfach nicht. Wie unsere französischen Cousins nach der Wahl Trumps schrieben: „Vielleicht ist das, was gerade passiert, eine allmähliche aber unendliche Fragmentierung des nationalen Territoriums – das Ende der Vereinigten Staaten von Amerika – in der die Vervielfachung der Milizen die Vervielfachung der Kommunen notwendig macht.“ Wer weiß, vielleicht sind wir die neuen Amerikaner. Wir könnten alles niederbrennen und dort neu anfangen, wo andere den Kampf gegen koloniale Invasion und Sklaverei aufgegeben haben.

Welche Rolle hat Black Lives Matter seit seiner Gründung gespielt, und welche Bedeutung hat es in der Bewegung? Von hier aus gesehen ist es schwer zu beurteilen, ob es sich um einen Slogan, ein Netzwerk oder eine vollentwickelte politische Organisation handelt. Müssen wir uns die Bewegung und ihre Innovationen (bis hierher größtenteils in der Kunst der Zerstörung) als eine Kritik der Fehler von BLM vorstellen, oder eher als eine Fortsetzung von BLM?

Black Lives Matter ist im Grunde alle diese drei Sachen, und die letztere (die Organisation) profitiert von ihrer Verwechslung mit der ersteren (dem Slogan). Denn die Organisation spricht für sich, aber jeder denkt, als spräche sie für eine ganze Bewegung. In den Twin Cities Minneapolis-Saint Paul gibt es kein BLM-Chapter mehr, was die ganze Sache einfacher macht.

Wie ich eben schon erwähnt habe scheint es so, dass die Menschen im Großen und Ganzen die Forderung nach Gerechtigkeit vom Staat aufgegeben haben und es stattdessen vorziehen, die Polizei direkt zu konfrontieren. Black Lives Matter, als Organisation, hat von Anfang an versucht, diese Wut und Entschlossenheit in Rufe nach Reform

und Gerechtigkeit zu kanalisieren – wie z.B. den nach der Strafverfolgung des Polizisten. Nur eine Minderheit fordert solche Dinge im Moment, was als eine Antwort auf das Scheitern der formalen BLM verstanden werden kann. Aber es ist gerade dieses Scheitern, dass den Slogan „black lives matter“ mit seiner ganzen Stärke in Kontakt bringen könnte.

Wie angedeutet ist die Bewegung sehr vielfältig, von jungen Menschen, die respektabel genug sind, um als TV- oder Sportstars durchzugehen, bis zur plündernden Jugend. Gibt es Dissens zwischen diesen Gruppen? Wenn ja, betrifft das die Vorgehensweisen? Gibt es schon Führungsfiguren und Organisationen, die versuchen, die kollektive Wut zu kanalisieren?

Natürlich gibt es Uneinigkeit, aber darin liegt auch die Stärke der Bewegung. Die Hongkonger haben dieses Motto „Jeder auf seine Weise erklimmen wir gemeinsam den Berg“, der hervorhebt, dass Menschen uneins sein und dennoch eine kohärente Kraft entfalten können. Ich denke, das ist der Reflex, der in der Bewegung noch entwickelt werden muss: das Gespür dafür, dass wir nicht immer einer Meinung sein oder einen Konsens haben müssen, um eine revolutionäre Bewegung zu formen. Ich denke die Menschen werden lernen, auch wenn das nicht immer schön sein wird. Viel Vertrauen muss erst noch aufgebaut werden. Dieses Land ist auf antiblackness aufgebaut, und ist schon lange fällig, dass weiße Menschen ernsthafte Risiken auf sich nehmen, um unsere braunen und schwarzen Brüder und Schwestern zu schützen. Das bedeutet viel mehr tun als nur protestieren. Wir müssen eine echte Infrastruktur schaffen, um Menschen eine Möglichkeit zu geben, das Ende dieser Welt zu überstehen; denn was wir auf den Straßen von Minneapolis sehen ist eindeutig der Beginn einer neuen Welt.

Spielt hier ein gewisser Nihilismus eine Rolle oder eher nicht? Menschen fühlten sich verlassen, allein; angesichts der viel höheren Coronavirus-Sterblichkeitsrate unter Nicht-Weißen (wie immer), steht hinter den Zerstörungen eine Art Nihilismus? Insbesondere bei der jüngeren Generation?

„Nihilismus“ ist ein komplizierter Begriff. Vielleicht ist Nihilismus ihre Methode, aber jeder, der diese Menschen



gesehen hat, weiß, dass sie Freiheit in ihren Herzen tragen. Ich würde es also eher „Hoffnungslosigkeit“ nennen oder sagen, dass sie Teil der „no future“-Generation sind. Klar, es scheint so gut wie unmöglich, sich eine Revolution in den USA vorzustellen, aber trotzdem würde ich die Menschen, die alles niederbrennen, nicht Nihilisten nennen. Sie sind unsere einzige Hoffnung auf ein Weiterkommen; ohne die jungen Frauen und Männer, die gegen die Bullen zurückschießen, würde niemand von uns sehen, was alles möglich ist. Ohne die Brandstifter und Plünderer wären wir verloren. Wir müssen sicherstellen, dass die Bewegung nicht in einen symmetrischen bewaffneten Konflikt mit dem Staat gerät, aber ich denke, das wissen die meisten. Die Menschen bekämpfen diese faschistischen Bullenschweine seit 500 Jahren, es gibt ein sehr tiefes Wissen um Widerstand in den USA, und ich denke, dass wir in Momenten wie diesem sehen, wie klug und einfallsreich die Amerikaner wirklich sind.

Niemand hat daran geglaubt, dass wir dieser Scheiße ein Ende setzen können, aber wir sind zu viele und die Polizei kann uns nicht stoppen. Trump kann uns nicht stoppen, die Linke kann uns nicht stoppen. Der ganze Schmerz, die Trauma und die Trauer sind da draußen. Wir haben dieses Land in die Knie gezwungen. Die Aussicht auf eine Revolution ist da, das Weiße Haus könnte brennen. Das ist nur der Anfang.

Quelle: *the-hydra.world*

Re: Nordkiez Update für mehr Konflikte in der Stadt

Ursprünglich als eine Erwiderung auf den Text „Nordkiez Update Anfang 2020“ (<https://de.indymedia.org/node/68294>) gedacht, wird an dieser Stelle nun doch etwas weiter ausgeholt werden müssen, um den Zusammenhang eines lokalen Konflikts mit dem gegenwärtigen Ausnahmezustand zu verdeutlichen. Wenn auch dem Grundtenor des Beitrags gar nicht widersprochen werden soll, kennzeichnet ihn vermutlich für nicht wenige Leser*in-

nen eine starke Selbstbezogenheit inklusive Abarbeiten an der offiziellen Politik. Diese Annahme beruht auf dem regelmäßigem Ausbleiben von (öffentlichen) Gegentexten, Kritiken oder Anmerkungen, während in persönlichen Gesprächen häufig die Aktivitäten im Nordkiez als „abgehoben“, „isoliert“ oder „in der eigenen Blase lebend“ bezeichnet werden.

Bezug soll deshalb ebenfalls auf die Aufforderung aus der Interim 811 genommen werden, die in ihrem Vorwort schreibt, „Die nicht offen geführte Diskussion, ob die Scharmützel im Nordkiez sinnvoll oder gar kontraproduktiv sind, sollten vielleicht breiter geführt werden ... Machts besser und lasst uns davon wissen.“

Die Beschränktheit des Widerstands in Friedrichshain liegt nicht an den Akteur*innen der Projekte und deren Umfeldes. Eine offen arbeitende Widerstandsstruktur wäre unglaublich, würde sie nicht in der eigenen Straße den Gegner konfrontieren. Die Wahrnehmung der Situation im Nordkiez beruht vor allem auf der Nicht-Existenz sozialer Kämpfe in der Stadt. Würden auch an anderen Orten gelegentlich Bullen mit Steinen beworfen, brennende Container auf die Straße geschoben oder Kiezzerstörer*innen aus der Nachbarschaft gedrängt, wären Dorfplatz und umliegende Straßen gar nicht der überpräsenzte Ort, auf den sich alles projizieren lässt. Widerstand braucht Orte und Strukturen, die greifbar sind für andere und an denen auch Kritik geübt werden kann. Davon gab es in Berlin mal wesentlich mehr und ihr Verschwinden hat damit zu einer Anonymisierung des Widerstands geführt.

Mit den Orten sind auch gegenkulturelle Angebote und unruhige Milieus aus der Stadt verschwunden. „Scharmützel“, wie die Bezeichnung im Interim Vorwort dafür ist, lieferten sich Jugendliche, Antifas und Autonome noch Anfang der 2000er Jahre im Mauerpark, im Viktoriapark, im Görli und Wrangelkiez, am Heinrichplatz, im Volkspark Friedrichshain, vor der Köpi, in der Umgebung der Bunten Kuh, am Rosenthaler Platz, in der Kreuziger Straße ...

Die Stadt ist für uns kleiner geworden und damit auch das Bewusstsein für die Möglichkeiten die sie bietet, um Wut und Widerstand eine Praxis zu geben. Wo in der Vergangenheit der Konflikt mit der Macht gesucht wurde, scheint er für viele heute kaum noch vorstellbar. Für die unzweifelhaft existierenden Zusammenhänge und Individuen, denen der relative Frieden in der Stadt unerträglich ist, bieten sich allerdings wenig Orte an, an denen sich getroffen und die Auseinandersetzung gesucht werden kann. Also ist nicht die konfliktive Praxis in der Rigaer das Problem, sondern das andere Projekte und Kieze darauf verzichten um Frieden mit den Nachbar*innen zu haben und keinen Ärger mit den Bullen zu riskieren.

Die Schwäche von Strukturen ist, wenn sich ihre Stärke und Handlungsfähigkeit nur durch den Druck des Gegners aufbaut und an dessen Aggression gekoppelt ist. Natürlich rücken Chaot*innen und Nachbar*inne bei Repression wie im Nordkiez zusammen, lässt diese wieder nach, zerfällt auch die eigene Organisation. Eine Perspektive für die nächste Phase könnte sein, aus dieser Reaktionsschleife auszubrechen und außerhalb repressiver Momente gemeinsam mit der Nachbarschaft zum Angriff auf das Bestehende, womit nicht nur die Schweine in der eigenen Straße gemeint sind, überzugehen. Dabei wird der fehlende soziale Konflikt spürbar, denn die Nachbarschaft in der Rigaer befindet sich bis auf wenige Ausnahmen

ja nicht in einem klassenkämpferischen Widerspruch zur kapitalistischen Normalität. Ob der Eingangs erwähnte Update Text diese Realität erfasst, oder sich um eine optimistische Deutung der Potentiale im Nordkiez bemüht, sei dahingestellt. Jedenfalls kommt er nicht um den Widerspruch herum, das Vorgehen des Feindes als wesentlichen Bezugspunkt eigenen Handelns zu akzeptieren. Das aber wäre die revolutionäre Bestimmung autonomer Anti-Politik: ungeachtet der Maske des Innensensors und der Agenda der demokratischen Gewalt, einen eigenen Raum zu besetzen; materiell und nebenbei auch kulturell, philosophisch, sozial und ethisch.

Noch geht es einer Mehrheit der Bewohner*innen Berlins zumindest erträglich aushaltbar. Und von denen, denen es schlecht geht, wohnen kaum welche im Nordkiez. Mithin fehlt eigentlich die Basis, um eine revolutionäre Veränderung der Herrschaftsverhältnisse in diesem Viertel herbeizuführen. Als Herausforderung an die Projekte dort bietet es sich damit an, zunächst möglichst vielen Leuten, die aus unterschiedlichsten Gründen von den Herrschaftsverhältnissen und ihren Erscheinungsformen angewidert sind, einen Ort des Zusammenkommens anzubieten. Senat und Polizei wollen durch ihren Druck verhindern, dass sich etwas entwickeln kann, was außer der Verteidigung gegen Räumung, Bullen- und Naziterror, eigene Dynamiken zum überfälligen Bruch mit der Gesellschaft entstehen lässt.

2020 sollte nicht nur als Jahr von Urban Operations und Ausnahmezustand in die Geschichte eingehen, sondern als Jahr der stadtweiten, dezentralen Angriffe auf den Staat und seine Helfer*innen, wobei der Gegenentwurf zu einem besseren Leben im Nordkiez zumindest Projekte vorfindet, die sich dazu bekennen. Mit dem ratlosen Akzeptieren der momentanen Beschränkungen in der ganzen Stadt, ist der Orwellsche Überwachungsstaat seinem Ziel, bedingungsloser Gehorsam und Selbstüberwachung, ein gutes Stück näher gekommen. Das es erneut nur in der Rigaer Straße zu einer Zusammenrottung kam (letzten Freitag), ist zwar mehr als Nichts. Verdeutlicht aber, dass die Anwesenheit der Bullen erst zerbrochen werden muss, um einer gesellschaftlichen Entwicklung Platz zu verschaffen. Gleichzeitig droht durch eine Überbeschäftigung mit dem Instrument des Gefahrengebiets, die Definitionsmacht an den Staat zurück zu fallen. Lediglich über die Konfrontation mit der Polizei, ließ sich in jüngster Zeit keine weitere Positionierung der Nachbarschaft erreichen. Und was den Bau der CG Gruppe betrifft, reiht sich das Scheitern einer Verhinderung ein, in Initiativen gegen Mediaspree und Ausbau der A 100; wo der bürgerliche Protest seine Grenzen erreicht, kann der militante Widerstand auch kein Projekt stoppen. Ob sich mangelnde Schlagkraft durch populistische Aktionen, wie der Verteilung geplündelter Mangelware, ausgleichen ließe, wäre eine organisatorische Frage, deren Beantwortung uns dem Ziel eines unregierbaren Viertels näher bringen wird.

Ein Beitrag aus dem Umfeld Autonomer Gruppen

Aufruf zu bundesweiten autonomen Vollversammlungen

Wir wollen diese wahrscheinlich kurze Phase des Übergangs von lockdown 1 zu lockdown 2 nutzen, um unsere Schockstarre hinter uns zu lassen, gemeinsam zu überlegen, wie wir das tun können, zu diskutieren, was war und was wir für Pläne für die Zukunft schmieden können.

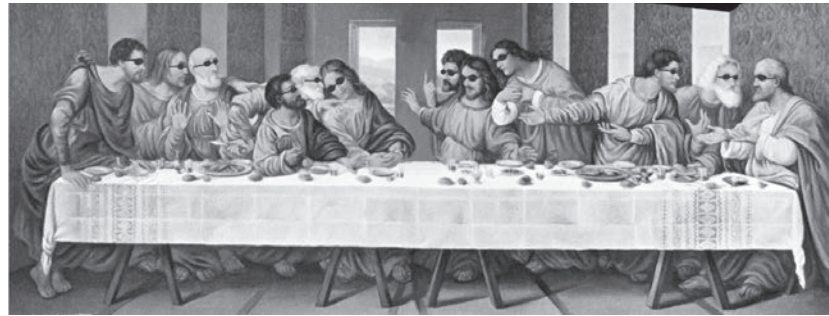
Wir halten es für eine gute Idee, uns zu treffen, nicht virtuell und miteinander ins Gespräch zu kommen über den kommenden lockdown, die Bedrohung durch Nazis, die sich die Straße nehmen, und die Art des Regierens in der Zwischenzeit, in der nicht Rechte nach dem Ausnahmezustand als Rechte wiedergegeben werden, sondern als partielle Zugeständnisse. Es ist eine Umkehrung des Bezugsrahmens, die wir erleben. Nicht begründet muss werden, warum das Demonstrationsrecht ausgesetzt wird, sondern für wann, für wie viele und für wen das Zugeständnis gemacht wird, trotz Verbot, doch demonstrieren zu dürfen.

Wir wollen zusammen überlegen, wie wir bei einem kommenden lockdown reagieren, ein lockdown, der

wahrscheinlich weitaus differenzierter wirken wird, für die einen mit harter Repression durchgesetzt, für die anderen kaum spürbar, in jedem Fall aber differenziert nach den Kategorien von race, class, gender etc.

Wir glauben, dass soziale Distanz der Tod einer jeden emanzipatorischen Bewegung ist, und die Durchbrechung dieser Distanz nicht digital stattfinden kann.

Anonym



Jobcenter Köln Porz Wo die Kund*in noch König*in ist

Kunde bzw. Kundin nennt die Bürokratie offiziell die von Hartz IV-Leistungen Abhängigen. Doch da der Kunde bzw. die Kundin im Kapitalismus bekanntlich König*in ist, beschlossen einige Kund*innen des Jobcenters Köln-Porz und ihre Freund*innen, dass jetzt mal auf ihr Kommando gehört werden müsse: Sie beschlossen „Frau A. muss weg“. Und da fast alle, die mit der Sachbearbeiterin Frau A. schon zu tun hatten, sehr schlechte Erfahrungen mit ihr gemacht hatten - applaudierte der Mob und die Behörde handelte im Auftrag der König*innen: Frau A. wurde aus dem Verkehr gezogen.

Keas

Den Ausgangspunkt nahm die Kampagne an einem sonnigen Vormittag im Naturfreundehaus in Köln Kalk. Dort findet immer mittwochs die Hartz-IV Beratung der „Kölner Erwerbslosen in Aktion“ kurz KEAs statt. Diese „Kölner Erwerbslosen in Aktion“ sind ein eingetragener Verein mit einigen äußerst kompetenten Berater in Sachen Hartz IV. Diese „Kölner Erwerbslosen in Aktion“ sind aber auch eine schwer definierbare Menge an aktuellen und ehemaligen Leistungsbezieher*innen, manche mehr, manche weniger aufsässig und eine Handvoll politischer Aktivist*innen.

„Das „Wappentier“, so schreiben die KEAs auf ihrer Homepage „ist der neuseeländische Berg-Papagei Kea, der zu den intelligentesten Vögeln der Erde gehört. Seine Strategie: Er tritt stets im Kollektiv auf und weiß sich Arbeit und Nahrung mit anderen solidarisch zu teilen. Die KEAs verstehen sich als ein politisch motivierter Zusammen-

schluss, sich gemeinsam gegen die Schikane des Jobcenters und gegen Hartz IV und soziale Ungerechtigkeit zur Wehr zu setzen. Wenn man so will, haben wir damit unsere eigene kleine, aber feine >Gewerkschaft< gegründet, unsere Interessen fortan SELBST zu vertreten. Punktuell können wir sehr erfolgreich agieren“.

Die Sozialberatung ist nicht nur als individuelle Beratung konzipiert, sondern sie versuchen auch, durch die Beratung Probleme zu ermitteln, die nicht auf der individuellen Ebene, sondern nur politisch zu lösen sind. Ihre politische Praxis bezieht sich dabei nicht auf Gremienarbeit, sondern auf Direkte Aktion.

Darüber hinaus gilt der Mittwoch im Naturfreundehaus als sozialer Treffpunkt, wo es Kaffee und gespendete Lebensmittel gibt, aber auch Austausch über die soziale und politische Lage. Dabei ist die unterschiedliche Interessenlage zwischen eingetragener Verein, Betroffenen und Politaktivist*innen nicht immer einfach und vor allem konfliktfrei unter einem Hut zu bringen. Häufig gelingt es, aber nicht immer. So wie im „wirklichen Leben“.

Die Kampagne

Immer häufiger kamen die Methoden des Jobcenters Porz während der Beratung zur Sprache. Besonders ein Name tauchte wiederholt auf: die Sachbearbeiterin Frau A. Eine Sachbearbeiterin, die die Willkür weit über die Grenzen des vom SGB II erlaubten treibt. Das tut sie nicht als Einzige in Köln, aber durch die Häufung der Fälle dräng-

te sich immer mehr der Eindruck auf: wahrscheinlich die Extremste. Rechte der Erwerbslosen interessieren sie nicht. Datenschutz versteht sie als Schutz des Staates vor seinen Bürgern – eigentlich sollte es andersherum sein. Das Ganze wird gekrönt von rassistischen Beleidigungen und einer Häufigkeit von Sanktionen – gerne auf „Null“ - die weit über das übliche Maß hinaus gehen.

„Kund*innen“ von Frau A. wurden von den KEAs unterstützt und zu Meldeterminen begleitet. Es wurden Widersprüche und Beschwerden geschrieben. Doch nichts passierte. Und so beschloss an jenem sonnigen Mittwochvormittag eine kleine Gruppe: „Frau A. muss weg“.

Sie waren überzeugt, dass wenn Sie nur lange genug nerven würden, Frau A. oder das Jobcenter aufgeben würden, weil klar war, dass die diesen Kampf nicht gewinnen können. Der Knackpunkt – auch das war im Prinzip von Anfang an klar – war, dass es galt durchzuhalten. Wer den längeren Atem hat, gewinnt.

Die Forderung „Frau A. muss weg“, das war aber auch klar, sollte ihr nicht die Existenzgrundlage entziehen. Sie sollte lediglich aus dem „Kunden“-verkehr abgezogen werden und an einer nicht öffentlichen Stelle der Verwaltung eingesetzt werden.

Jenseits vom Ärger über Frau A. war sich die kleine Gruppe auch darüber einig, dass Hartz IV insgesamt weg müsse. Denn Hartz IV. bedeutet Armut durch Gesetz, Abschaffung demokratischer Grundrechte, Rohrstockpädagogik durch Sanktionen, Behördenwillkür und Erniedrigung. Zahlreiche Studie haben nachgewiesen, dass Hartz IV den Niedriglohnsektor fördert. Gleichzeitig wirkt Hartz IV sexistisch und rassistisch. Und die Angst vor der Verelendung durch Hartz IV schwächt auch die Kampfkraft derjenigen, die noch Lohnarbeit haben und geht deswegen alle an! Doch auch der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt.

Erste Aktion (8. Juli 2019)

Eine Frau war von Frau A. für mehrere Monate um 100% gekürzt worden – und das nicht zum ersten mal. Und auch bei dieser „Kundin“ war Frau A. durch weitere Schikanen und Datenschutzverletzungen aufgefallen. Da ein Termin bei Frau A. anstand, bot sich als Auftakt zur Kampagne eine Begleitung als Beistand nach § 13 SGB X an. Dort steht in Art. 4: „Ein Beteiligter kann zu Verhandlungen und Besprechungen mit einem Beistand erscheinen“. Ein Beistand, so hat es der Gesetzgeber geregelt, darf nur zurückgewiesen werden, wenn er unerlaubte Rechtsdienstleistungen erbringt, oder wenn er „zum sachgemäßen Vortrag nicht fähig“ ist. Die Zurückweisung eines Beistandes ist dem Beteiligten, dessen Beistand zurückgewiesen wird, schriftlich mitzuteilen. Interessanterweise hat der Gesetzgeber nicht geregelt, aus wie vielen Personen ein Beistand besteht. Zwar haben Gerichte festgelegt, dass Behörden drei Personen als Beistand akzeptieren müssen, aber eine Höchstgrenze hat weder der Gesetzgeber noch ein Gericht je festgelegt.

So staunte Frau A. nicht schlecht als ihre „Kundin“ mit einem 15 köpfigen Beistand im Wartebereich auftauchte. Sie stammelte: „Bitte setzen Sie sich hin, bitte setzen Sie sich hin“, bevor sie wieder in ihr kleines Zimmer verschwand. Die KEAS berichten: „Das war wohl zu viel für Frau A. Die ansonsten durch ihre harte Linie, Sanktionen, sowie als schikanös, erniedrigend und rassistisch empfundenen Äußerungen bekannt gewordene Sachbearbeiterin suchte sich hektisch Verstärkung bei ihren Kolleginnen und Kollegen. Doch die Meute blieb ruhig stehen. Schließlich hatte sie einen Grund, hier zu sein (...)

Zwischenzeitlich versuchte eine Kollegin, die Teamleitung oder Standortleitung zu holen. Beide waren angeblich nicht da. Stattdessen kam Herr J., vormaliger Teamleiter, und stellte sich als Vertreter von Frau A. vor und bestand mit eigenwilliger Rechtsauslegung darauf, dass der Meldetermin nur mit maximal 2 Beiständen stattfinden könne. Dies lehnte die Menge ab. Sie waren alle zur Unterstützung gekommen“.

Es wurde ewig lange hin und her diskutiert, letztlich behauptete das Jobcenter sogar, der Termin – für den es 15 Zeug*innen gibt - habe gar nicht stattgefunden, weil die Betroffene sich nicht mit maximal zwei Personen als Beistand in das Zimmer der Sachbearbeiterin begeben hatte.

Bereits im Wartebereich berichtete ein junger iranischer Mann ruhig über seine als rassistisch und erniedrigend empfundenen Erfahrungen mit Frau A. Ihm sollten ein Praktikumsplatz, ein Ausbildungsplatz und ähnliches verboten werden, immer mit der Begründung, er könne ja einen 1-Euro-Job machen und die Sprache lernen, obwohl er das für eine Ausbildung nötige Sprachniveau B2 schon längst nachgewiesen hatte.

Es wurden noch einige Flyer in der Eingangszone verteilt. Von vier Schaltern waren nur zwei geöffnet, die Warteschlangen dementsprechend. So kamen die Aktivist*innen mit den Wartenden ins Gespräch und machten eine beeindruckende Erfahrung: Alle, die Frau A. kannten, konnten Geschichten über schlechte Erfahrungen mit ihr beisteuern. Sie freuten sich über die Aktion und schlossen sich der Forderung an: „Frau A. muss Weg!“

Nachdem die Aktivist*innen abgezogen waren, wurden alle Schalter geöffnet - um den aufgekommen Unmut zu beruhigen konnten die Wartenden auf einmal schnell abgefertigt werden. Nur wenige Tage später kam per Post die Androhung einer Sanktion: Die Betroffene sei „nicht zum Meldetermin erschienen“. Zusätzlich zeigte das Jobcenter sie wegen angeblicher übler Nachrede, Hausfriedensbruch und Beleidigung an.

Für alle Beteiligten war klar: dies war erst der Anfang: „Wir kommen wieder und wir werden nicht locker lassen, bis Frau A. und andere böswillig und rassistisch agierende Sachbearbeiter*innen aus dem Kundenkontakt genommen wurden.“

Zweite Aktion (1. August 2019)

Am 1. August 2019 standen ein Dutzend Menschen vor dem Büro von Frau A. Ganz ohne Einladung. Kein Melde-termin, keine offizielle Begleitung.

Doch Frau A. war nicht da. So gingen sie zum Teamleiter, Herrn M. Dieser war wenig begeistert über die ungebetenen Gäste in seinem Büro. Auf die einfache Frage, ob die Leitung des Jobcenter inzwischen reagiert und Frau A. aus dem Kontakt mit Erwerbslosen entfernt hätte, antwortete er leider nicht. Stattdessen gab Herr M. sich ahnungslos, verlangte, den Flur zu räumen, und sorgte sich darum, dass der „Betrieb ungestört weitergehen“ könne. Seine Mitarbeiter*innen hätten Angst vor den ungebetenen Gästen. Zu den Vorwürfen kein Wort. Rassismus, Willkür - egal. Hauptsache, der Dienstbetrieb kann ungestört weiterlaufen.

Und so ging es auf dem Rückweg auch noch einmal durch die volle Eingangszone im Erdgeschoss. Kleine Ansprachen wurden gehalten, Flugblätter verteilt. Und wieder die gleiche Erfahrung wie bei der ersten Aktion: Alle, die Frau A. kannten, konnten Geschichten über schlechte Erfahrungen mit ihr beisteuern. Sie freuten sich über die Aktion und schlossen sich der Forderung an: „Frau A. muss Weg!“ Die Leute standen eindeutig auf Seiten der Protestierenden.

Aktionswoche (5.- 8. August 2020)

Um den Druck zu erhöhen erweiterten die Aktivist*innen ihr Aktionspotential: Anfang August stellten sie sich drei Tage lang mit einem Pavillon, Bierbank und Tisch, Infomaterial und Flugblättern Kaffee und Kuchen vor das Jobcenter. Eine angemeldete Aktion, da war von Seiten des Jobcenters wenig gegen zu machen.

Die KEAs schreiben dazu: „Flugblätter werden verteilt, Sprechblasen geschrieben. Erwerbslose auf eine Tasse Kaffee eingeladen. Wer will, kann die eigene Geschichte erzählen. Gespräche über das, was so hinter den Mauern und Türen des Jobcenters passiert. Berichte von Demütigungen, rassistischen Beleidigungen, Schikanen, angeblich >verloren< gegangenen Dokumenten, daraus folgenden Sanktionen, die Not, die Ohnmacht und die Wut.“

Eine Anklagemauer, an der Betroffenen ihre Erfahrung aufschreiben konnten, wurde fleißig genutzt. So kamen Erwerbslose miteinander ins Gespräch, tauschten sich aus, erlebten, dass sie mit ihren Erfahrungen nicht alleine sind. Und vor allem mit ihren Erfahrungen mit Frau A. Auch Namen von anderen Sachbearbeiterinnen wurden genannt, die nicht weniger schikanös agieren, doch Frau A. Spitzenposition als Objekt der Beschwerde war niemals auch nur annähernd in Gefahr. Alle die Frau A. kennen, erzählen von Erfahrungen mit ihrem Rassismus, ihrer Willkür und/oder ihrer Menschenverachtung.

Eindrucksvoll war auch, dass ein Sozialarbeiter des Sozialdienstes Katholischer Männer, der in der professionellen Hartz IV Beratung tätig ist, behauptete, dass rund die

Hälfte der Beschwerden, die sie in ganz Köln zu bearbeiten hätten, auf das Konto von Frau A. gehen.

Frau A. war aber immer noch nicht wieder aufgetaucht. Doch ihr Teamleiter, Herr M., kommt sogar zum Infostand und tut ganz verständnisvoll. „Man würde sich kümmern. Man solle doch Vertrauen haben, die Sache würde intern geregelt.“ Die Aktivist*innen merkten, dass die Angelegenheit langsam begann, den Apparat zu beeindrucken.

Zwei Briefe aus dem Jobcenter?

Nach den Aktionstagen erhielt der Verein die KEAs e.V. einen mit dem Stempel des Jobcenters versehenen Brief, in dem die Aktivist*innen auf übelste beleidigt werden: „Ihr seid nur Arme Würstchen und ein lächerlicher Haufen Scheiße... Hinter Euch stehen doch nur die Armen Asis und Kanaken, die zu faul sind zum Arbeiten“. Die nicht namentlich genannten Verfasser*innen, die sich als „wir Mitarbeiter“ bezeichnen, erklären, dass sie ihr Weltbild offensichtlich aus TV-Sendungen wie „Hartz aber Herzlich“ „armes Deutschland“ usw. beziehen. Auch eine Drohung fehlt nicht: „Dann kommt doch vorbei. Wir Mitarbeiter halten alle zusammen“ und haben „keine Angst vor schlechter Presse“.

Ein zweiter Brief, den „wir Mitarbeiter“ mit einem ähnlichen Tenor geschrieben haben, erreicht die KEAs wenige Tage später. Doch neben den Beleidigungen findet sich zwei bemerkenswerte Sätze: „Vielleicht solltet ihr mal versuchen euch einzuschleusen um mal hier zu erleben was wir für einen Druck bekommen von oben. Und als Dankeschön bekommen wir kleinen wegen Euch einen auf den Sack“. Nach oben buckeln, nach unten treten – und dann noch stolz drauf sein!

Später distanziert sich die Standortleitung von dem Brief und behauptet, er käme nicht aus ihrer Behörde, der Stempel würde schon länger nicht mehr verwendet.

Dagegen spricht allerdings, dass der Brief mit Postconn verschickt wurde, ein privater Briefdienstleister, der nur Behörden und Firmen zur Verfügung steht. Außerdem kommen Internas zur Sprache, die die Verfasser, wenn sie nicht selbst in der Behörde arbeiten, doch auf jeden Fall von Mitarbeiter*innen erfahren haben müssen.

„Arme Würstchen Party“ (7. Oktober 2019)

„Arme Würstchen? Vorbeikommen? Gerne! Wir sind arm – aber bei uns spielt die Musik!“. Mehr oder weniger fröhliche Menschen mit Partyhüten, Luftschlangen und merkwürdigen Würstchen am Stock strömten in die Wartehalle des Jobcenters Köln-Porz. Musik ertönte, Konfetti, Luftschlangen, tanzende „lächerliche Würstchen“ am Stock. Und mittendrin ein kleines Kunstwerk: ein „Goldener Haufen rassistischer und klassistischer Scheiße“.

Erwerbslose und Freund*innen versuchten eine lustige „Arme Würstchen Party“ direkt in der Eingangszone des Jobcenters Köln-Porz zu feiern. Vielleicht nicht der richtige Ort für eine Party, denn den meisten hier ist nicht nach

feiern zumute. Die Schlangen vor den Schaltern sind lang, und als dann auch noch die geöffneten Schalter schlossen, war die Stimmung nur bedingt auf Seiten der Protestierenden.

So stehen dort ca. 30 Aktivist*innen und verlangten tanzend und trötend, die Standortleitung zu sehen. Dann war die Standortleitung angeblich bereit zu einem klärenden Gespräch – aber nur vor der Tür. „Unter Applaus und leisem Getröte wird das Erscheinen der Standortleiterin in der Wartehalle begrüßt. Doch anstatt sich Zeit zu nehmen und nach den Grund der >Arme Würstchen Party< zu fragen, ist ihr mehr an Ordnung gelegen. Die Musik solle aus, alle sollen raus. >Die Polizei ist informiert. Die Polizei wird gleich da sein.< Der Betriebsablauf dürfe nicht gestört werden“.

Um die zwangsweise Wartenden nicht weiter aufzuhalten, werden „die Festivitäten“ nach draußen verlagert. Dort wird der Standortleitung der „Goldene Haufen rassistischer und klassistischer Scheiße“ überreicht.

Standortleitung und die mittlerweile eingetroffene Polizei sind mäßig beeindruckt, die Polizei bittet die anwesenden Aktivist*innen das Gelände zu verlassen. Das Jobcenter stellte Strafantrag wegen angeblichem Hausfriedensbruch. Personalien wurden aufgenommen. Dass die Polizei noch illegalerweise filmte, rundete das unschöne Bild ab.

Die Geschäftsführung behauptete, durch die Aktion wären „Kunden“ verängstigt worden. Das ist schon ziemlich dreist, denn nach ihren eigenen Aussagen werden die Leute durch das Jobcenter verängstigt – allen voran durch Frau A. - und nicht durch die Aktionen.

Zehn Leute bekamen eine Strafanzeige, doch die Staatsanwaltschaft bot eine Einstellung gegen eine Geldauflage von 50.- € an. (Was aus der Anzeige vom 8.7. wird, ist noch unklar). Die meisten werden dem wohl zustimmen, nicht nur weil es ein Dumpingpreis ist. Nein das beste kommt zum Schluss:

Ende gut alles gut?

Während sich einige schon darauf freuten, wegen dieser Geschichte vor Gericht gestellt zu werden, um der Anklage gegen Frau A. eine größere Öffentlichkeit zukommen zu lassen, während die Kampagne die nächsten Schritte diskutierte und es darauf anlegte, künftig Frau A. mit vollem Namen zu nennen, reagierte das Jobcenter, wie erwartet: Frau A. wurde aus dem „Kundenverkehr“ abgezogen und betreut nun in der Geschäftsstelle sogenannte Geschäftskunden, d.h. Arbeitgeber, die sich vom Jobcenter mit Auszubeutenden versorgen lassen soll. Ob sie denen gegenüber auch fies rüber kommt kann uns egal sein – obwohl, verdient hätten sie es.

Die König*in hatte gesprochen und das Jobcenter hat brav gehandelt. Aber in Wahrheit war es gar keine echte König*in. Sondern der Mob. Denn weder ist die Kund*in König*in im Kapitalismus, noch die Hartzler*innen Kund*innen im Jobcenter.

Doch gemeinsam ist der Mob unausstehlich, zieht seine Stärke daraus, zusammen zu halten, und durchzuhalten. Zumindest länger als das Jobcenter. Und konnte so dem Jobcenter seine Regeln aufzwingen. Zumindest dieses eine mal. (alle Zitate von: die-keas.org)

anonym

[HB] Kopf aus dem Sand! Immobilienunternehmen angegriffen Zwei Autos von Immobilienunternehmen in Bremen zerstört.

Dokumentation: Wir sollen zu Hause bleiben und jeden Kontakt mit anderen vermeiden. Wir sollen solidarisch sein, denn tun wir das nicht, verbreitet sich das tödliche Virus. Wir verlieren uns in den Nachrichten. Wir verfallen in Schockstarre.

Die Pandemie ist Realität und wir alle tragen Verantwortung. Verantwortung gegenüber der Eindämmung der Krankheit. Jedoch auch Verantwortung gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung. Wir sitzen nicht alle „im selben Boot“, nur weil wir alle von der Krankheit betroffen sein können. Die Pandemie, oder vielmehr der Umgang mit dieser, verschärft die sowieso schon prekären Lebensumstände. Viele werden sich verschulden, haben keins oder ein viel geringeres Einkommen also sonst und müssen noch immer für die hohen Mieten aufkommen. Immobilienkonzerne profitieren weiter und die Lasten der Krise werden

auf jene übertragen, die ohnehin marginalisiert sind. Parallel dazu beschleunigen die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus autoritäre gesellschaftliche Entwicklungen, wir erkennen hier drei wesentliche Punkte:

Verschärfung des technologischen Angriffs

Der Umstieg auf webbasierte Heimarbeit, die Verlegung von kulturellen Begegnungen wie Konzerten oder Partys in virtuelle Räume, online Schulunterricht, die Verdrängung von Einzelhandelsgeschäften durch den Online-Handel, sowie die Analyse von Handydaten zur biopolitischen Bevölkerungskontrolle, um nur einige Beispiele zu nennen.

Erprobung von Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen

Der Militäreinsatz im Inneren, die Schließung der Grenzen, Ausgangssperren, erweiterte Befugnisse für die Polizei, komplettes Wegfallen der liberalen Gegenöffentlichkeit

in Form von Demos und Kundgebungen, all diese Maßnahmen sind – ungeachtet ihrer Nützlichkeit zur Eindämmung der Pandemie – auch wichtige Erfahrungen für die Bekämpfung von kommenden Aufständen.

Verschärfte Prekarisierung

Es zeichnet sich deutlich ab, dass die Krise des Virus, von einer Krise der Wirtschaft abgelöst wird. Über die Umverteilung von Steuergeldern an die Konzerne und Unternehmen hinaus, lässt sich gerade nur schwer voraussehen, welche Auswirkungen die kommende Wirtschaftskrise haben wird. Wenn wir jedoch auf die vergangene Krise schauen wird klar, dass wir mit der ganzen Bandbreite neoliberaler Reformen zu rechnen haben.

Alles in allem gibt es gerade viele Gründe (offline) zu agieren, zu analysieren und zu beobachten.

Wir sind waren Unterwegs, um zu erfahren, ob es noch möglich ist sich Nachts zu bewegen. Und siehe da, es ist möglich. Unsere ersten Maßnahmen sind zwei zerstörte Fahrzeuge von Immobilienunternehmen:

- ein abgebrannter Smart von IMMO-BREMEN
- zerstörte Scheiben an einem Kleinwagen von Engel und Völkers
- Gegen Ohnmacht und Isolation: Kopf aus dem Sand!

Anmerkung: Laut Presse hat wurde durch den brennenden Smart eine Hecke in Brand gesetzt, was wiederum die Scheiben eines Wohnhaus beschädigte und zur zeitweisen Evakuierung von zwei Menschen geführt hat. Daran ist nichts schön zu reden. Wir entschuldigen uns! Und werden in Zukunft noch vorsichtiger sein! An alle Nachtaktiven: Seid vorsichtig in engen Straßen!“

Autonome Gruppen, 22.03.20

Ein Hippiedorf irgendwo im Nirgendwo wird aufgemischt

Reflektion zu den Squatting Days in Freiburg

Ja, in Freiburg ist es wieder ruhig. Statt Ausnahmezustand parken Vonovia Autos wieder ganz ungeniert an alter Stelle und das Gefühl von polizeilicher Besatzung der Stadt ist längst auf ein 'normales' Niveau zurückgekehrt. Während in den Parks die Einsatzhundertschaft Jagd auf Menschen in Racial Profiling Kontrollen macht, gehen die Freiburger Bürger*innen fröhlich in der City bummeln. Kaum waren die Krawalltouris wieder abgereist, kehrte die Freiburger Szene in ihr beschauliches Plenieren zurück. Nur einige wenige kämpfen weiterhin mit der Uneinschätzbarkeit des Staatsapparates. Und dann brannte da doch wieder ein Vonovia Auto einige Wochen später und es scheint, es wurde sich zu früh gefreut über die Ruhe im Green City Paradies.

Mit diesem Text wollen wir unsere Überlegungen im Nachhinein der Squatting Days im Oktober 2019 in Freiburg, insbesondere zu den Aktionsformen und -taktiken, Presse und DIY Prinzip teilen. Damit wollen wir zu einer gemeinsamen Reflektion der Aktionstage und der begleitenden Aktionen beitragen. Unsere Perspektive ist dabei natürlich beschränkt auf das, was wir mitbekommen haben und wir würden uns sehr über Einschätzungen, Erfahrungen, Analysen und Gedanken von Anderen freuen. Danke für die Auswertung aus Sicht der Antirepressionsgruppe (<https://barrikade.info/article/3158>), die einen Anfang zur Auswertung der Aktionstage gemacht haben. Sorry für den Roman, wir wollten möglichst viele Themen beleuchten und haben wirklich versucht uns kurz zu fassen. Nun ja, das hat mäßig geklappt, geben wir zu.

Unsere Überlegungen haben wir in neun Themen sortiert:

1. Ein kurzer Rückblick
2. Zusammendenken, zusammen handeln – Solidarität trotz Repression
3. Brennende Nächte, ein stilles Lächeln am Tage
4. Mit Militanz Ziel erreicht?
5. Strategien für Besetzen-Aktionstage
6. Divers und konsequent?
7. DIY to it's edge
8. Überwachung und Repression trotzen
9. Presse

Dann folgt ein kleiner Ausblick, welche Perspektiven wir sehen, wohin es weitergehen könnte. Es bleibt spannend!

1. Ein kurzer Rückblick

Der Aufruf zu 12 Tagen Squatting Days Ende Oktober 2019 hatte einen expliziten Fokus auf dezentrale, selbstorganisierte Kleingruppenaktionen, sowie größere Besetzungen. Mit einer Bandbreite an Vorträgen, Workshops, Konzerten und DIY-Mitmach & Helfkonzept gab es neben Aktionen immer etwas zu tun. In etwa parallel dazu fand im Autonomen Zentrum der Stadt, der KTS, eine Kulturwoche mit einer großen Zahl von gut besuchten politischen Veranstaltungen, Konzerten und Partys statt. Außerdem gab es in dem Zeitraum weitere politische Veranstaltungen, wie Solidaritätsdemos mit Rojava und der großen Nachttanzdemo „Freiheit verteidigen – Gegen Rechtsruck und Repression“ des NoPolgBW Bündnis gegen die erneute Verschärfung der Polizeigesetze in Baden-Württemberg.

Bereits vor den Aktionstagen gab es mehrere Aktionen, die sich direkt auf die Squatting Days bezogen haben, sozusagen eine dezentrale Auftaktkampagne. Dabei wurden mehrmals Vonovia Autos unbrauchbar gemacht – Vonovia ist der größte Akteur auf dem deutschen Immobilienmarkt – und bei einer Hausbesetzung während der Tu-Mal-Wat Tage in Berlin, der Villa54, wurde zu den Squatting Days mobilisiert. Daneben gab es viele weitere Aktionen, wie Banner an ehemals besetzten Häusern und Graffiti.

Während der Aktionstage selbst wurden vier Häuser besetzt: die ehemalige Polizeiwache in der Fehrenbachallee (bereits im Mai 2019 schon einmal besetzt gewesen), gleich zweimal der Gilgenmattenweg im Weingartner Wohngebiet, und die sehr zentral gelegene Villa-ähnliche Kronenstraße, bei der durch die Nachttanzdemo, über 1000 Menschen das Squat eröffneten. Neben diesen Besetzungen wurden offene Aktionsformate genutzt, wie eine öffentlich angekündigte feministische Rallye mit niedrigem Aktionslevel. Zudem gab es zahlreiche Farbanschläge, wie gegen die Freiburger Stadtbau, die ein ganzes Quartier abreißen und aufwerten will (das sogenannte Metzgergrün) und gegen andere Akteur*innen der Verdrängung, wie Michael Stock, der die Klarastraßen-Besetzung räumen ließ und weiterhin seine Mieter*innen absolut unwürdig tyrannisiert. Auch militantere Aktionsformen gab es in bisher (auf die letzten Jahre bezogen) unbekanntem Ausmaß – es brannten über 10 PKW, ein Auto der Deutschen Bank wurde demoliert und zwei Hebebühnen der Verleihfirma ButschMeier, die am Tag zuvor eine Hebebühne dem SEK zur Räumung der Kronenstraße zur Verfügung gestellt hatte, wurden in Brand gesetzt. Der Sachschaden der Kleingruppenaktionen dürfte sich im sechsstelligen Bereich befinden. Darüber hinaus gab es viele kleine und

wichtige Zeichen der Solidarität, wie ein gut organisierter GeSa-Support, der auf die Freilassung der Gefangenen vor den Polizeistationen wartete und natürlich eine tolle Infrastruktur die das Zusammenkommen und kämpfen so vieler Menschen überhaupt erst ermöglichte, darunter ein Infotelefon, EA-Telefon, Anti-Rep Gruppe, Anti-Knast Struktur, KüFA, Schlafplatzorga und und und.

2. Zusammendenken, zusammen handeln – Solidarität trotz Repression

Häuserkampf ist kein geschichtsträchtiges Politfeld der 80er, nein, Gentrifizierung, Mietenexplosion und Verdrängung sind reale Entwicklungen, die Menschen konkret unterdrücken und ihrer Lebensgrundlage strukturell, staatlich erlaubt und gefördert berauben. Dieser Themenkomplex bietet viel Potenzial keine reine Szenepolitik zu machen, sondern mit den Menschen um uns herum gemeinsam zu kämpfen. In Teilen scheint dies in Freiburg immer wieder bei Besetzungen zu gelingen, wenn Nachbar*innen Kaffee oder Suppe vorbeibringen, an Veranstaltungen teilnehmen oder vor der herannahenden Polizei warnen. Trotzdem zeigten die Squatting Days leider auch, wie einfach es für die Polizei ist, dagegen zu intervenieren. Je schneller und martialischer die Polizei auftritt, desto mehr werden solidarische Nachbar*innen ferngehalten, wird praktische Zusammenarbeit behindert.

In Berlin ist es längst Standard, dass die Polizei sofort nach Bekanntwerden der Besetzung mit Hamburger Gittern anrückt und alles dicht macht. So wird ein Verbreitern der Besetzung erfolgreich eingedämmt. Solidarität wird zur Rolle des Zuschauens degradiert. Diese Strategie wurde während der Squatting Days auch in Freiburg eingesetzt. So wurde die Fehrenbachallee beispielsweise



von Anfang an von martialisch auftretender Bereitschaftspolizei bewacht und das Erscheinen der militärisch uniformierten vermummten SEKler (Sondereinsatzkommando, eigentlich schwer bewaffnete „Anti-Terror-Einheit“) war sicherlich auch nicht einladend. Hoffnungsvoll stimmt da jedoch der große Erfolg bei der Kronenstraßen-Besetzung, bei der die Polizei mit massivem Aufgebot versuchte die Besetzung und die Nachttanzdemo zu trennen und so Unterstützung und In-einander-übergehen zu verhindern. Dies scheiterte grandios und die Polizei musste sich nach viel Schlagstock-Prügeln und Geschubse geschlagen zurückziehen. Damit zeigt sich, dass wir nicht machtlos gegen diese Isolationsstrategie sind. Und das ist nur eine von vielen Gegenstrategien, die sich uns bieten, Solidarität nicht zu einer Farce werden zu lassen und eigenmächtig handlungsfähig zu bleiben.

3. Brennende Nächte, ein stilles Lächeln am Tage

Während der Aktionstage verschwanden nach und nach die Vonovia Autos aus dem städtischen Sichtfeld. Und das nicht nur durch den Abschleppdienst für verbrannte und beschädigte Fahrzeuge, sondern auch von sich aus blieben die Straßen leer von Vonovia, Implan (Knäste bauender Konzern) und ThyssenKrupp-Fahrzeugen (Rüstungskonzern). War da die Angst, am Ende der Squatting Days gar keine fahrtüchtigen Autos mehr zu haben, so hoch? Und wie bitter ist es dann, wenn der Schreck wieder vorbei zu sein scheint und dann doch wieder einige Wochen später ein Auto an nächtliche Flammen zu verlieren?

Dem Bürgermeister Horn, der sonst gern mal zufällig bei Besetzungen vorbeiläuft, schien es diesmal ganz die Sprache verschlagen zu haben. Auch sonstige linke Größen der Stadtpolitik hielten sich bei der scheinbaren Unvorhersehbarkeit, wohin die Tage aus dem Ruder laufen könnten, auffällig zurück mit Äußerungen und klarem Positionsbeziehen. Lieber abwarten schien die Devise, so schlimm ist das mit den Mieten ja doch noch nicht.

Die Freiburger Polizei wirkte sichtlich gestresst und frustriert. Der anhaltende Kontrollverlust sobald die Dunkelheit einsetzte (und nicht nur da!) trotz blauen und Zivi-Streifen überall, sowie null zu vermeldende Ermittlungserfolge schienen an ihnen zu zehren. Und dazu kamen dann sogar Mainstreampresseberichte über die Lokalpresse hinaus und eine Freiburger Szene, die deutlich und unverhohlen den Mittelfinger gegen den Bullenstaat richtete.

Statt sich darauf zu beschränken auf brutale, repressive Räumungen mit Soli-Aktionen zu reagieren, wurde es geschafft, in die Offensive zu treten, die diesmal den Staat in die Reaktionsrolle zwang.

4. Mit Militanz Ziel erreicht?

Getroffen hat es viele verschiedene Ziele, sodass Namen und Tätigkeiten von diversen Scheißfirmen im Immobilien-, sowie Knast- und Kriegswirtschaftsbereich in den Umlauf gebracht wurden. Die dahinterstehenden Konzerne wurden jedoch meist nur einmal getroffen. Wir fragen uns

daher, wie viel direkter Nutzen durch die Aktionen entstanden ist. Außer bei Vonovia und der Hebebühnenfirma ButschMeier wird das eine Auto weniger dem jeweiligen Großkonzern, dessen Namen die Cops der Presse lieber verschwiegen, nicht groß gejuckt haben. Das führt gerade bei den militanten Aktionen zur Frage, was eigentlich Ziel der jeweiligen Aktion ist und ob dieses erreicht wurde. Das ist jedoch bei den dokumentierten Aktionen und den dazu veröffentlichten Texten gar nicht so einfach zu benennen. Soll die Polizei gestresst werden? Dann war es ein enormer Erfolg. Soll eine Firma geärgert werden? Dann vermutlich auch. Soll einer Firma ernsthafter Schaden zugefügt werden? Dann scheint das höchstens bei Vonovia mit mittlerweile einer handvoll demolierten Autos in der Stadt realistisch. Soll der Ruf der ausgewählten Konzerne in Mitleidenschaft gezogen werden? Oder soll der Freiburger Szene gezeigt werden, dass farbige und feurige Kleingruppenaktionen auch hier funktionieren?

Wenn der Fokus auf einzelnen Akteur*innen liegt, statt eine Reihe verschiedenster Firmen anzugreifen, ist der Schaden bei Einzelnen viel größer und wir können mit unseren auch nicht unbegrenzten Ressourcen als subversiver Haufen einen direkten Effekt erzielen. Bei mehr Fokussierung wird vielleicht nicht nur die Aktionsform von Menschen und Medien registriert, sondern es kommt auch etwas Inhalt an (wieso gerade diese Firma etc. wird sich mehr überlegt). So waren es über 10 brennende Autos, deren Firmennamen fast alle schon wieder vergessen sind. Ein Problem mit dem Fokus auf ein*e Akteur*in ist aber, dass nächtliche Aktionen dann vorhersehbarer werden und Risiken somit höher liegen.

Neben der Unberechenbarkeit und somit Resilienz gegen staatliche Gegenschläge, konnten so durch die verschiedenen militanten Aktionsgruppen aber auch Kämpfe thematisch verbunden werden. Es ging um mehr als Wohnpolitik und daher scheint es nur logisch, dass nicht nur Immobilienfirmen angegriffen wurden, sondern eben auch der Bogen geschlagen wurde zu weiteren Kämpfen gegen Rüstungskonzerne, Profiteur*innen des Knastsystems und rassistischer Grenzregime.

Unabhängig von der Strategie haben die vielen militanten Aktionen in ihrer Dichte und Kontinuität während der Aktionstage und darüber hinaus auf jeden Fall eines klar gestellt: Nur weil hier in den Parks die Hundertschaft patrouilliert, Drohnen umherfliegen, überall Kameras hängen, Aktivbürger die Cops auf uns hetzen und der Staatsschutz fleißig Namen von uns auswendig lernt, bleibt es absolut möglich in den Angriff überzugehen. Unsere Kraft zu entfalten, die auch darin liegt überall überraschend zuschlagen zu können und das mörderische Alltagsgeschäft in dieser kapitalistischen Gesellschaft nicht konsequenzlos zu belassen. Nur weil es möglich ist, muss es aber nicht sinnvoll sein. Daher würden wir uns freuen, wenn diese Hochphase von militanten Aktionen gemeinsam als widerständiges Spektrum diskutiert und reflektiert wird, genau wie Demos eben auch.

5. Strategien für Besetzen-Aktionstage

Zwei Gedanken kamen uns allgemein zur Strategie, zum einen zum Konzept mehrere Großveranstaltungen gleichzeitig stattfinden zu lassen und zum anderen zu Tag X Konzepten:

a) Durch die parallel stattfindenden Veranstaltungen wie die KTS Kulturwoche, etc. waren mehr Menschen in Freiburg, als wenn es nur den Aufruf zu den Squatting Days gegeben hätte. So konnten auch von den anderen Veranstaltungen Menschen für Aktionen mobilisiert werden, Infrastruktur idealerweise gemeinsam getragen werden und ein Angebot geschaffen, dass für sehr viele verschiedene Menschen zugänglich ist. Menschen, die Ruhe nach den Aktionen brauchten, konnten sich eine schöne Veranstaltung im Kulturprogramm suchen. Menschen, die gerade einen Vortrag angehört hatten, konnten gefragt werden, ob sie beim GeSa-Support unterstützen mögen. Insofern ist die Erweiterung unseres Mobilisierungspotenzials durch parallel stattfindende Veranstaltungen auf jeden Fall spannend. Gleichzeitig bleibt die Frage, ob dafür in einer kleinen Szene überhaupt die Kapazitäten sind, so viel gleichzeitig zu organisieren ohne auszubrennen?

b) Immer wieder tauchen Tag X Konzepte als Reaktion auf Räumungen auf. So gab es in Freiburg beispielsweise einen Tag X + 2 Aufruf nach der Doppelräumung der Klara7 und Mozart3 Besetzungen, dem eine Demo und Farbe-Kleingruppenaktionen folgten. Mit der Demo konnte die Räumung im öffentlichen Raum thematisiert werden und die Besetzung mit einem positiveren und kämpferischen Ende als nur der Räumung und GeSa beendet werden und zum anderen zeigten die Kleingruppenaktionen weitere Handlungsfelder auf.

Während der Squatting Days gab es keine organisierten Aufrufe zu Tag X Aktionen und somit auch keine koordinierten Antworten auf die Repression. Eigentlich schade in Anbetracht dessen, dass so viele Menschen in dieser Zeit in Freiburg waren und es eine Menge Wut gegen die Polizei gab, die ein solches Ventil gut hätte gebrauchen können.

Trotzdem haben sich Kleingruppen dezentral zu Tag X Aktionen entschlossen. So folgten auf die spektakuläre Räumung der Kronenstraße ein demoliertes Auto der Deutschen Bank und der Brand der zwei oben erwähnten Hebebühnen. Das hob Tag X Aktionen in Freiburg in diesen Tagen auf ein neues Niveau. Aktionen gingen vom symbolischen Widerstand, wie Farbmarkierungen geräumter Häuser, zum praktischen Angriff auf die Akteur*innen der Räumung über. Es kann sehr empowernd sein, auf Angriffe des Staates offensiv zu reagieren. Die Aktionen sprachen für sich und waren eine Ansage an die, die die Polizei bei ihrem brutalen Vorgehen unterstützen – das kriegt ihr zurück!

Die Aktionsform ist aber auch sehr unzugänglich, benötigt Vorwissen, Ortskenntnisse und so weiter. Daher wäre es schön gewesen, eine öffentlich beworbene Tag X Kam-

pagne während den Tagen gehabt zu haben, die allen anderen auch einen Raum gegeben hätte, um auf die Repression zu antworten. So hätten sich verschiedene Aktionsformen gemeinsam entwickeln können und die Antwort auf Räumungen wäre sicherlich breiter ausgefallen. Vielleicht eine Idee fürs nächste Mal?

6. Divers und konsequent?

Es wurde nicht nur kollektiv besetzt, sondern viele verschiedene Aktionsformate ausprobiert, bei denen es schwer fällt, den Überblick zu behalten. Und nein, das heißt nicht nur Besetzungen und brennende Autos. Es gab viel dazwischen, viele weitere Formen, die Menschen gewählt haben, um laut und aktiv zu werden. Beispielsweise Farbbombenwürfe, Demos, Flyern bei Nachbar*innen der neuen und ehemaligen Besetzungen und nicht zu vergessen ein über 12 Tage funktionierendes KüFA-System. All dies geschah zumindest auf Plattformen wie indymedia unter dem Deckmantel der Squatting Days, erschien also irgendwie zusammenhängend. Außerhalb des aufgrund dieser Texte entstandenen Szenenetzschels war von den Kleingruppenaktionen jedoch nichts zu merken, sodass gerade die Kluft zwischen brennenden Autos und Besetzungen mit eigenen Pressemitteilungen immer wieder deutlich wurde. Mehr Bezugnahme aufeinander wäre politisch produktiver, aber wird aus Angst vor einer Verstärkung von Repression verhindert. Ist das gut so oder ein sich aktiv selber schwächen?

Wie können Aktionsformen, die das Repressionsrisiko gegenüber der WG-Gruppe, die offiziell zu den Tagen aufgerufen hatte, erhöhen und wo in Klein-Freiburg schon einige Namen bei vergangenen Besetzungen in die Polizeidatenbanken eingeflossen sind, trotzdem als Teil der Aktions- und Vernetzungstage und nicht als Auswuchs derer behandelt werden?

Es scheint so, als wäre zwar zum selber Aktionen machen aufgerufen worden, sich aber nicht mit den Konsequenzen davon vorher ausreichend beschäftigt worden sein. Dass bei explizit internationaler Mobilisierung auch direkte, höherschwellige Aktionsformate genutzt werden, hätte vorhergesehen werden müssen. Dann reagieren zu können, also zu wissen, wie damit umzugehen ist – d.h. wie die verschiedenen Aktionsformen vor der Presse zu vertreten sind, als auch wie in der Szene und intern damit umzugehen – hätte in der stressigen Zeit währenddessen einiges an Nerven entspannen können.

7. DIY to it's edge

Das Konzept zu dezentralen Aktionen während der Aktionstage aufzurufen und eine Struktur dafür aufzubauen, die diese ermöglicht, kann uns helfen von elitären Ideen einer Aktionselite, die weiß, wo es langgeht, weg zu kommen und unsere Kämpfe, Perspektiven und Horizonte kollektiv zu erweitern. Sie kann uns aufzeigen, dass wir alle handlungsfähig sind und viel Kraft in unserer Verschiedenheit liegt. Es gab viele empowernde Momente in

diese Richtung, trotzdem erscheint es zu viel zu behaupten, das Konzept wäre wirklich erfolgreich aufgegangen.

Kleingruppen wurden empowert eigene Aktionen zu machen, es hätte aber so viel mehr gehen können. Insgesamt bleibt das Problem, dass in einer kleinen Stadt mit begrenzten Ressourcen es mehr Gruppen von außerhalb bräuchte, die bereit sind in Kleingruppen Aktionen zu gehen. Das ist aber schwierig zu realisieren, da die meisten Kleingruppen nicht die Zeit haben, eine Aktion an einem ihnen unbekanntem Ort zu machen oder nicht ihre ganzen Kapazitäten während der Aktionstage nur darauf zu verwenden. Auch der emotionale Bezug ist bei dieser Form vermutlich weniger groß, als wenn mensch selber vor Ort wohnt oder persönlich angesprochen wird. Zudem ist es auch vielen nicht möglich andauernd von Stadt zu Stadt, von Aktion zu Aktion zu fahren und auch eher nicht so sinnvoll. Schließlich braucht es auch lokale Vernetzung, Basisarbeit und kontinuierlichere Organisationsformen. Und da bleibt ein dezentrales DIY-Konzept eben begrenzt.

Es bleibt die Frage, ob es nicht mehr Kombination bräuchte von lokaler Vorbereitung und niederschweligen Mitmach-Aktionen mit DIY Aufrufen (die das Ausmaß an Aktionen stabil halten und vielleicht sogar noch mehr Menschen empowern selber aktiv zu werden auf ihre Art). Und eine stärkere persönliche Vernetzung vor solchen Aktionstagen, die den Aufruf so viel früher klandestin verbreiten, wäre interessant. Dann könnten Kleingruppen sich auch wirklich gut vorbereiten und nochmal extra motiviert werden, auch wirklich zu kommen.

Auch in Zukunft müssen wir im Blick behalten, dass in einer patriachalen Gesellschaft Aktionen und Arbeit nach außen mehr Status bringen als Hintergrund und Repro-Arbeit. Eine Trennung in die coolen Aktionsleute und den Rest, der die Struktur dafür stellt, darf nicht passieren. Ob wir die Suppenkelle, Akku-Flex oder den Brandsatz schwingen – ganz egal. Alles ist gleich wichtig im Kampf gegen den kapitalistischen Ausverkauf unseres Lebensraums.

8. Überwachung und Repression trotzen

Wenn wir statt einer zentralen Orgagruppe, die alle Aktionen plant und koordiniert, unabhängig und dezentral in Kleingruppen agieren, bietet das weniger Angriffsfläche für den Staat. Ein paar Leute festnehmen, hält uns dann nicht auf. Das hat sich auch ganz konkret während der Aktionstage gezeigt. Während die Polizei immer wieder dutzende Leute kesselte, in Gewahrsam nahm und gegen Ende dann gleich noch mit Stadtverboten belegte, fanden an anderen Stellen in der Stadt unbeirrt weitere Aktionen statt. Ein Grund zu Feiern!

Uns erscheint es sehr wertvoll, dass trotz absurder Polizeipräsenz stetig weitere Aktion stattfanden und Leute sich nicht klein kriegen lassen haben von der scheinbaren Polizei-Übermacht (im Kopf). Statt zu resignieren wurde mit gut überlegter Strategie an anderen Orten unerwartet zugeschlagen und so Risiken minimiert und ein Gefühl

kollektiver Stärke aufgebaut. Denn fast zwei Wochen Besetzungen, Veranstaltungen, Farbangriffe und militante Anschläge zu wuppen ist keine Kleinigkeit und zeigt was für eine Kraft in der bunten Mischung aus lokalen Gruppen und angereisten wunderbaren Chaos*innen aus ganz Deutschland und Europa liegt. Das wird aber vermutlich auch den Behörden aufgefallen sein und es bleibt abzuwarten, was deren Antwort sein wird. Bislang ist es noch recht ruhig geblieben und es laufen derzeit die Prozesse zu den ersten Besetzungen der letzten Jahre an. Bis wir also sichtbare Reaktionen auf die Squatting Days bekommen kann es noch eine Weile, auch Jahre dauern. Lasst uns dabei aber nicht vergessen, dass das nicht heißt, dass die Polizei tatenlos ist. Wir müssen mit Überwachung, Bespitzelung oder das Suchen von Sündenböcken (siehe z.B. die 2 vom Landgericht in Tübingen) rechnen und uns darauf vorbereiten. Also verschlüsselt eure Geräte, räumt auf und so weiter – ihr wisst schon.

9. Presse

Erst gab es regional positive Berichterstattung zu den Tagen, als dann die Staats- und Kapitalismuskritik zu deutlich wurde, musste das Ganze irgendwie negativ dargestellt werden und der Fokus lag nur noch auf den brennenden Autos. So lässt sich das ganze in einem Satz (verkürzt) darstellen. Auf der anderen Seite gab es überregionale bis bundesweite Berichterstattung auch nur durch die Brandstiftungen. Es bleibt die Frage: Lieber weniger, aber positivere Presse oder frei nach dem Motto auch schlechte Presse ist immer noch Presse?!

Wenn wir daran arbeiten positive Presse zu bekommen, kann das hilfreich sein in der Vermittlung unserer Ideen, mehr Menschen erreichen und ein gutes Bild bei diesen hinterlassen. Es schafft aber auch eine Abhängigkeit. Berichterstattung hängt wenig von der Aktionsform und den beteiligten Gruppen ab und viel von den Chefredakteur*innen, Geldgeber*innen des Verlagshauses, dem politischen Klima, Polizeipressemitteilungen und der generellen Ausrichtung des Verlagshauses.

Vermutlich hätte die dpa (größte deutsche Presseagentur) auch ohne die Brände von zumindest der Kronenstrassen-Besetzung berichtet, weil sich die Hausbesetzungen da schon gehäuft haben, es also einen ‚Nachrichtenwert‘ gab. Vermutlich aber nicht in diesem Ausmaß. Und die Frage ist dann auch noch: die dpa schreibt viel, aber kaum etwas davon wird auch überregional von größeren Medien aufgegriffen. Uns muss klar sein, dass eines so bleiben wird. Eine Besetzung, wie die Kronenstraße, ist eine Nachricht und die geht schnell unter, aber brennende Autos sind ein Skandal und darauf basiert heute sehr viel Presseberichterstattung. In der ganzen Stadt haben die Leute über die Autos geredet, Leute aus der Szene wurden darauf von ihren Eltern oder ihrer Nachbar*in angesprochen. Es war für kurze Zeit das Thema. Und es bleibt die traurige Bilanz, dass selbst die Kronenbesetzung viele Szeneleute gar nicht mitbekommen haben. Die Lesen die schlechte Lokalpresse nicht und indymedia wohl auch nicht.

Bei eigener emanzipatorischer Pressearbeit ist die Frage, was unser Ziel damit ist. Ab wann ist diese Arbeit für uns erfolgreich, an wen richtet sie sich? Wenn unser Anliegen ist, unbezahlbare Mieten anzuprangern, solidarisch mit von Gentrifizierung Betroffenen zu handeln, das verheerende Ausmaß von Leerstand und Verdrängung in Freiburg und auf größerer Ebene direkt aufzuzeigen, dann lasst uns das machen, statt uns in Pressemitteilungen zu verlieren, wo das Zitat sowieso nur übernommen wird, wenn es gerade ins sensationslustige (Tages-)Konzept der jeweiligen Redaktion passt.

Auch eine Frage ist, ob mit militanter Aktion dieser Form überhaupt derzeit in Deutschland Sympathie in der Presse möglich ist. Wenn wir davon nicht ausgehen, wäre es sinnvoll Aktionen danach auszurichten. Wenn diese Presseaufmerksamkeit bekommen sollen, sind sie von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Bis zu klammheimlicher Freude gegen Vonovia ist es noch ein weiter Weg. Also warum nicht die Aktionen stärker auf einen direkten Charakter fokussieren und andere Adressat*innen als die Presse anvisieren. Da wäre die Aktion gegen den Hebebühnenverleih ein Beispiel, bei dem dies gelungen scheint. Die Presseberichterstattung war wie zu erwarten eher schlecht und polemisch inhaltslos, aber da dies auch nicht das Ziel gewesen zu sein scheint, konnte direkt gegen einen Akteur bei der Räumung vorgegangen, Konsequenzen aufgezeigt und der Polizei eine sicher höchst peinliche Situation beschert werden.

Freiburg – ein Hippiedorf irgendwo im Nirgendwo? Die linke Medienlandschaft scheint dieser Meinung zu sein, wie null Artikel in der taz, ak, nd etc. zeigen. Doch nicht nur in Berlin gibt es Häuserkampf und enorm hohe Mietpreise. Das ist arrogante Großstadtattitüde, schon traurig. Die Squatting Days können auch als Versuch gesehen werden, den Häuserkampf vernetzter, bundesweit, vielleicht sogar international zu sehen und als größeres Problem zu analysieren, darüber zu berichten und dagegen in Aktion zu treten.

Zuletzt sollten wir uns auch die Frage stellen, wie wir die Diversität an Aktionsformen in einen Rahmen bringen können. Statt unsere eigene Meinung, von wie die Tage gelaufen sind und welche Taktiken sinnvoll sind, von den Kommentaren der reaktionären BZ (Lokalzeitung) abhängig zu machen, lasst uns eine eigene kritische Meinung fassen, von wie Widerstand und Protest aussehen kann und soll!

Wie geht's weiter?

Die Repressionswelle ist bereits jetzt in vollem Gange. So werden aktuell die Prozesse der Hausbesetzer*innen aus den letzten Jahren verhandelt. Damit bleibt der Wohnraumkampf ein Thema in Freiburg, aber die Verschnaufpause für die Aktivist*innen wie immer nur eine kleine. Es gibt einen Spendenaufruf und eine Anti-Rep Gruppe für Besetzer*innen, an die ihr euch wenden könnt, wenn auch ihr Briefe, Vorladungen etc. bekommt. Infos findet ihr dazu auf diewg.noblogs.org!

Nach den Squatting Days setzte die lokale Recht auf Stadt Gruppe den Druck auf Vonovia fort und mittlerweile gibt es ein Bündnis aus Mieter*innen, das sich gegen Vonovia organisiert.

Von der WG hat man seit den Tagen im Oktober eine Weile wenig gehört, doch Leerstand und Gentrifizierung nehmen weiter zu, und so wird hoffentlich auch das Besetzen. Aber Verschnaufpausen sind schließlich auch wichtig. Lasst euch nicht unterkriegen von Paranoia!

Macht mal eine Pause um langfristig aktiv zu bleiben. Bildet Banden, passt aufeinander auf.

Der anstehende Housing Action Day, dessen Aufruf auch verschiedene Freiburger Gruppen unterschrieben haben, lässt hoffen, dass es auch lokal weitergeht – in welchen Formen auch immer.

Das systematische Aufwerten in Freiburg könnte anhand der anstehenden Zerstörung von zum Beispiel dem Metzgergrün von den lokalen Gruppen angegangen werden.

Im Herbst 2019 ist bundesweit und auch in der Schweiz viel passiert zum Thema Besetzen. Es wird weitergehen mit vielen Aktionen, Besetzungen, Kampagnen zu Wohnraum und Verdrängung. Da ist die Tendenz zu mehr, vernetzter, mit mehr Schwung. Wichtig bleibt dabei, aber nicht alles was irgendwie mit Wohnraum zu tun hat, gleich cool finden. Sondern solidarisch kritisch betrachten, analysieren und uns streiten. Ein gutes Beispiel sehen wir dafür in der Kritik an der Deutsche Wohnen Enteignen Kampagne in der Interim Nr. 807.

Es wird aber auch eine Zunahme an Räumungsversuchen in diesem Jahr geben. Überall sind Projekte bedroht. Ob die G19 in Freiburg, die Schlossgasse und Elsi in Basel oder all die Projekte in Berlin, wie Liebig34, Potse, Drugstore, Köpi, Meute, etc. und auch international sieht es an vielen Orten ähnlich aus (Exarchia in Athen, Rozbrat in Polen).

Wir würden uns dabei freuen, wenn wir es schaffen in der Offensive zu bleiben, trotz der massiven Angriffe von staatlicher und reaktionärer (z.B. AfD) Seite und statt den Räumungen hinterher zu rennen, eher perspektivisch sie so auf Trab zu halten, dass sie gar nicht mehr auf die Idee kommen, bereits bestehende Projekte anzugehen. Die Squatting Days haben neue Räume eröffnet, bundesweite und internationale Vernetzung gestärkt, Militanz in Freiburg zum Thema gemacht und viele Stärken, aber auch Schwächen der Konzepte und Strukturen gezeigt. Lasst uns daran anknüpfen, daraus lernen und weiter machen! Wir freuen uns über Antworten, weitere Reflektionen und Kritik!

P.S. Wir würden uns freuen, wenn wer das ganze auf Englisch übersetzen könnte, da die Squatting Days eine internationale Mobi hatten und wir den Text gerne zugänglicher machen würden, es aber im Moment kapazitätsbedingt nicht schaffen.

anonym

Farbe und Steine für den Hauptsitz der AWO in Bremen

Rassistische und menschenverachtende Zustände angreifen und Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen!

Dokumentation: "Die Unterbringung in Massenunterkünften, die fahrlässige Gefährdung hunderter geflüchteter Menschen durch das Covid-19 Virus und politisch kalkulierte Desinformation der Öffentlichkeit sind unerträglich. Wir spitzen den Konflikt zwischen den Bewohner*innen der Landesaufnahmestelle (LAsT) in der Lindenstraße in Bremen-Vegesack zu und haben deshalb den Hauptsitz der Arbeiterwohlfahrt (AWO) mit Farbflaschen, Farbblöcher und Steinen bearbeitet.

Eine Geschichte von Verantwortung und Rassismus

Die AWO in Bremen betreibt im Auftrag der Bremer Sozialbehörde die Landesaufnahmestelle (LAsT) für geflüchtete Menschen in Bremen. Weder die Sozialbehörde, noch die AWO ziehen Konsequenzen aus der von ihnen zu verantwortenden Ansteckung von über 120 Bewohner*innen mit dem Corona-Virus. Stattdessen werden die Zustände verharmlost, kleingeredet oder geleugnet. Alle bislang vorgenommenen Maßnahmen waren lange überfällig und sind nur unter dem Druck der Protestierenden und der damit verbundenen Öffentlichkeit getätigt worden. Kennen wir alles schon!

Die LAsT war schon vor der Corona-Krise scheiße! Massenunterkünfte sind per sé menschenunwürdig und repräsentieren die Art und Weise wie ein kapitalistisch und rassistisch strukturierter Staat mit geflüchteten Menschen umgeht.

Die Schließung des Lagers in der Lindenstraße fordern Bewohner*innen und Aktivist*innen schon lange. Auch bereits die Vorgänger in der Steinsetzerstraße oder andere Massenunterkünfte wurden immer wieder angeprangert oder mussten zum Teil auf Grund menschenunwürdiger Bedingungen geschlossen werden.

LAsT Lindenstraße ein Quarantäne-Knast?

Der Ausbruch des Virus' in der Lindenstraße hat die Lage dramatisch verschlechtert: Mit mehreren Menschen, die man nicht kennt, in einem Zimmer in Quarantäne zu leben, ohne Zimmerdecke und ohne ein Fenster öffnen zu können. Von den sanitären Anlagen und der Kantine ganz zu schweigen (siehe Fotos und Videos von Bewohner*innen). Bewusste Desinformation, rassistische Schikanen, Kriminalisierung und Repression.

Dass selbst in Zeiten eines hoch ansteckenden Virus' die Kontrolle und Verwaltung geflüchteter Menschen wichtiger ist als deren Gesundheit, zeigt, dass hier im Zweifel über Leichen gegangen wird. Massenunterkünfte sind die Fortführung des europäischen Grenzregimes, dem täglich Menschen zum Opfer fallen.

Wir solidarisieren uns mit den protestierenden Bewohner*innen der Lindenstraße. Wenn Menschen in Lagern den Feueralarm betätigen oder Feuer legen und sich gegen das Sicherheitspersonal zur Wehr setzen, dann ist das ein Akt der Selbstermächtigung, vermutlich auch aus Verzweiflung, aber ganz bestimmt in Konfrontation mit denjenigen, die (stellvertretend) verantwortlich sind für die miserablen Verhältnisse, in denen die Menschen gezwungen sind zu leben. Es ist eine logische Folge daraus, dass auf vorhergehende Proteste nur mit Ignoranz und Repression geantwortet wurde.

Was sagt die AWO dazu?

Was sagt die AWO, Betreiberin des Lagers, zu den andauernden Protesten? „Fakten statt Fakenews“ betitelt der Wohlfahrtsverband seine Stellungnahme und weist alle Vorwürfe von sich. Aber das ist nichts neues. Seit Jahren betreibt die AWO Bremen z.B. die sogenannte „Rückkehrberatung“, in der Geflüchtete mit erpresserischen Methoden so lange unter Druck in die Perspektivlosigkeit gedrängt werden, dass sie, bevor sie abgeschoben werden, lieber "freiwillig" ausreisen.

Das Leitbild der AWO, indem von „... Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit“ geschwärmt wird, ist das Papier nicht wert auf dem es gedruckt ist.

„Ein bisschen Schwund ist immer...“

In Sachen Sozialarbeit ist die AWO in Bremen und auch anderswo ein einflussreiches und machtvolles Unternehmen, was mit der Verwaltung und „Versorgung“ von Menschen Geld verdient. Gerade als breit aufgestellter Wohlfahrtsverband, der mit regierenden Parteien stark verklüngelt ist (große Teil der AWO-Mitarbeiter*innen sind aktive SPD-Mitglieder) kann man sich gut staatliche Gelder für schlechte Arbeit oder gleich gar keine Arbeit bezahlen lassen. Ein trauriger Höhepunkt in der Geschichte der AWO sind wohl die massiven Betrugs- und Untreuefälle aus Hessen, die vor Kurzem aufgedeckt wurden.

Die AWO steht an dieser Stelle natürlich nur stellvertretend für die rassistischen und menschenverachtenden Strukturen. Das heißt aber nicht, dass dieses Unternehmen keine Verantwortung für sein Handeln trägt. Handlungsspielräume wären gegeben, wenn man den eigenen (professionellen) Ansprüchen genügen wollen würde. Zum Beispiel einen Auftrag nicht anzunehmen, weil dabei natürlich nur scheiß Bedingungen für die Menschen, die verwaltet werden, herauskommen. Mit Macht kommt Verantwortung, der die AWO gar nicht erst gerecht werden möchte.

Europa führt Krieg gegen Geflüchtete. Einrichtungen wie die AWO sind tragender Bestandteil dieser rassistischen Abschiebe- und Abschottungspolitik.

Glasbruch und Farbe an einer Hauswand sind für uns ein legitimes wütendes Zeichen, um zu vermitteln, dass wir mit dieser Politik alles andere als einverstanden sind. Lasst uns den Druck weiter erhöhen!

- Solidarität mit den Bewohner*innen der LAsT Lindenstraße und allen anderen Unterkünften.
- Es gibt keine richtige Erstaufnahmeeinrichtung im falschen Grenzregime!“

#shutdownlindenstraße
Autonome Gruppen

Die AfD hat mitgeschossen

Am Abend nach dem Anschlag in Hanau sammelte sich auf dem Berliner Hermannplatz eine riesige Demo. Tausende strömten aus den Seitenstraßen und der U-Bahn und fluteten den Platz, auf dem gerade noch der Markt abgebaut wurde. Neun Menschen waren aus rassistischen Motiven erschossen worden, zudem die Mutter des Täters. Immer wieder sagten das auch die Redner:innen auf dem Lautsprecherwagen doch das Bild der Menge passte nicht dazu. Als die Demo schließlich los zog gab es ein paar wütende Rufe, ansonsten fühlte es sich eher an wie ein fröhliches meet-and-greet, das Vorglühen für den anschließenden Kneipenabend. Wir brannten innerlich, waren wütend und tief traurig zugleich, rannten durch die Demo und suchten Menschen die ebenfalls Wut spürten. Doch es blieb bei der Suche und massenhafter Ohnmacht.

Die Tage danach durchbrachen wir sie mit ein paar Gefährt:innen bei nächtlichen Spaziergängen, doch die kleinen Nadelstiche konnten die politische Ohnmacht der Bewegung nicht überdecken. Wo ist die Wut und ihr kollektiver Ausdruck? Wo ist unsere Stärke? Was haben wir den organisierten und bewaffneten Faschist:innen außer Sitzblockaden noch entgegenzusetzen? Und vor allem: Wie können wir solche Anschläge wie in Hanau oder Halle verhindern, wo die Täter nie zuvor Antifaschist:innen bekannt waren?

„You are the Antifa? Do you need wapons?“

Als die Demo wieder drehte – die Polizei empfahl dies weil es auf der Route einen Autounfall gegeben hatte und wir folgten brav – fragte uns am Rand ein Mensch, worum es gehe. Schnell kamen wir ins Gespräch über strukturelle rassistische Gewalt und was wir dagegen tun könnten. Er fragte – scherzhaft? – ob wir Waffen bräuchten. Ja brauchen wir Waffen?!

Ein Anschlag wie in Hanau können wir unmittelbar nicht mehr verhindern. Rechte Täter, die nicht in bestehende rechtsextreme Netzwerke eingebunden sind und irgendwo mit einer Waffe hocken und nur darauf warten den rassistischen Worten von CDU bis NPD Taten folgen zu lassen, können wir nicht kontrollieren.

Was wir aber können, ist den braunen Sumpf auszutrocknen. Und mit austrocknen meinen wir niederbrennen. Wir können den organisierten Nazis ihre Stimmen nehmen, ihre

Kanäle lahmlegen, ihre Propaganda eindämmen. Wir können Nazis, die im Parlament oder auf YouTube ihre Fresse aufmachen, zeigen, dass das Konsequenzen hat und so Nachahmer:innen abschrecken. Wir können rechte Hegemonien durchbrechen, wo noch viel schlimmeres Unheil droht. Wir kennen die Mitglieder von Blood & Honour, vom Nordkreuz und anderen rechten terroristischen Zusammenschlüssen. Wir müssen die Recherche von vielen Antifaschist:innen nur noch in die Praxis führen.

Den Fokus auf die (an)greifbaren Feind:innen

Wir haben uns so wie andere dazu entschlossen, dem parlamentarischen Arm des Rechtsterrorismus klar zu machen, dass ihre Hetze nicht ohne Folgen bleibt. Unsere Nachricht an alle Nazis: Wenn ihr öffentlich auftrittet und eure rassistische und nationalistische Haltung propagiert wird das Konsequenzen für euch haben. Wir richten den Fokus auf die greifbaren Feind:innen. Auf diejenigen, die effektiv daran arbeiten Abschottung, Islamophobie und Rassismus mundgerecht in Talkshows, Social Media oder medienwirksamen Aktionen als eine Ideologie zu servieren, die moralisch ebenbürtig neben den anderen demokratischen Strömungen ihren Platz erhält. Deshalb hat es im März in Berlin einige antifaschistische Angriffe gegeben, die wir hier zusammentragen:

02. März: Das Auto von Tino Chrupalla, dem AfD-Bundeschef wird abgebrannt.

10. März: Die Doppelhaushälfte von Gottfried Curio (Innenpolitischer Sprecher der AfD im Bundestag) wird mit Steinen angegriffen. In der Woche zuvor hatte er bei einer Rede die Opfer von Hanau verhöhnt.

10. März: Das Restaurant „Maestral“ im Norden Berlins wird entglast: Hier treffen sich regelmäßig die AfD und der „Flügel“ zu Veranstaltungen.

12. März: Das Lokal „Heidelbeere“ am Heidelberger Platz bekommt von militanten Feminist:innen einen neuen Anstrich mit Farbfeuerlöschern. In der Woche zuvor hatte dort wie auch in der Vergangenheit das rechte „Diens- tagsgespräch“ stattgefunden.

13. März: In einer Nacht werden die AfD-Landesgeschäftsstelle und die NPD Landes- und Bundeszentrale

mit brauner Farbe beschmissen. Vor letzterer brennt ein Container aus.

25. März: Dem Steakhaus Torero in Rudow werden die Scheiben mit Hämmern eingeschlagen. Hier trifft sich regelmäßig der Stammtisch der AfD aber auch der „Nationale Widerstand Berlin“, die hinter der rechten Anschlagserie in Neukölln stecken.

30. März: Das von Rechten genutzte Löwenbräu Restaurant am Gendarmenmarkt verliert fünf Scheiben.

01. April: Der Renault von Marianne Kleinert, Soldatin und Bezirksverordnete der AfD in Lichtenberg, geht in Flammen auf.

Bereiten wir uns vor

Das sind alles keine neuen Mittel. Wir haben auch in diesem Text nicht die eine neue Lösung gegen den Faschismus zu präsentieren. Im Gegenteil: Die Anschläge in Halle und Hanau waren nur eine Frage der Zeit: Wir sind erschüttert und wütend, aber überrascht nicht wirklich. So wie wir in den Monaten vor Hanau keine neue Praxis entwickelt haben, werden wir das auch jetzt nicht.

Was wir aber vorschlagen ist es, unsere militante Stärke wieder aufzubauen. Das heißt einerseits, sich organisatorisch und kämpferisch auf Konfrontationen vorbereiten – aber vor allem sie auch zu suchen. Gleichzeitig müssen wir wachsen. Tun wir uns zusammen mit denen, die wütend sind und mit den von Rassismus betroffenen Jugendlichen in unseren Vierteln. Bauen wir Migrantifa-Gruppen auf oder unterstützen sie wenn sie es wünschen. Je nachdem wer wir sind.

Machen wir klar, dass der bürgerliche Gewaltlosigkeitsfanatismus Fatalismus ist, weil er uns wehrlos macht gegen rechte Angriffe. Erklären wir warum, wir dies tun. Immer und immer wieder. Mit diesem Text wollen wir einen Beitrag dazu leisten: Nein, die Autos von AfD-Politiker:innen wurden nicht von ihnen selbst in Brand gesteckt, um das – wie auch immer – politisch zu nutzen. Wir haben sie angegriffen, das ist Teil unser politischen Strategie. Und sollten sie weitermachen werden sich unsere Taten wiederholen.

anonym

AFD Kreisverband Detmold entglast

Dokumentation: „Im Gedenken an die Ermordeten von Hanau haben wir in der Nacht auf den 27.03.2020 das in Lage (Lippe) befindliche Büro es AFD Kreisverbandes Detmold entglast.

Leider hat es ein paar Wochen seit der Eröffnung gedauert. Das bitten wir zu entschuldigen. Wir werden uns in Zukunft bemühen neu eingesetzte Scheiben zeitnah zu zerstören, um eine weitere Ansteckung mit Rassismus, Antifeminismus und Faschismus einzudämmen.

Wichtig ist an dieser Stelle zu betonen, dass es nur möglich ist eine Ausbreitung effektiv zu verhindern, wenn alle Verantwortung übernehmen. Wir rufen zu Solidarität und Zusammenhalt auf. Sollten ihnen also in ihrer Umgebung

intakte AFD – Büros oder ähnliches begegnen, scheuen sie sich nicht einen Stein auf zu nehmen und diesen durch die geschlossene Fensterscheibe zu befördern. Sollten sie sich dazu alleine nicht in der Lage sehen, fragen sie Umstehende oder Bekannte um Unterstützung. Es lässt sich sicher eine Lösung finden.

In Zeiten pandemischer Krisen bleibt die Kleingruppe doch stets eine Option.

- Verkriecht euch nicht im Internet!
- Sucht Wege zu handeln, denn die Scheiße geht weiter!“

anonym

Für ein Ende der Stille - Neo-Nazis angreifen Bauunternehmer Manfred Börm zu Hause besucht

Dokumentation 4. Mai 2020: „In der vergangenen Nacht wurden die Fahrzeuge des Bauunternehmers Manfred Börm in Handorf (zwischen Hamburg und Lüneburg) mit viel Farbe markiert. Die vor dem Gebäude abgestellten Fahrzeuge des ehemaligen Bundesvorstands der NPD und ein Werbeschild für das Bauunternehmen des Neonazis wurden extrem gut lackiert. Auf diese Weise sind die Nazis und ihre Aktivitäten für die gesamte Nachbarschaft gut sichtbar und können nicht wieder so leicht vergessen oder übersehen werden.

Gerade jetzt ist es wichtig darauf aufmerksam zu machen, wo der rechte Terror wohnt. Denn dieser ist für die, noch kurz vor der Corona-Pandemie begangenen, rassistischen Morde in Hanau und hunderte weiterer grauenhafter Taten davor zu verantworten.

Börm ist eine Hauptfigur der niedersächsischen Nazi-Szene, Vorsitzender des NPD-Unterbezirks Lüneburg, stellvertretender Vorsitzender der NPD Niedersachsen und (ehem.) Mitglied im Bundesvorstand der NPD. Er war oft

Hauptorganisator und Versammlungsleiter von Veranstaltungen und Aufmärschen mit eindeutig rechtsradikaler und rassistischer Gesinnung. Zusammen mit den Nazi Udo Voigt, Horst Mahler, Dieter Kern (Bündnis Rechts), Dirk Müller (Kameradschaft Germania), Oliver Schweigert (Nationales und soziales Aktionsbündnis Mitteldeutschland) und André Kapke (Thüringer Heimatschutz) unterzeichnete er faschistische Aufrufe und hetzerische Texte. Im Bericht des niedersächsischen Verfassungsschutzes von 2019 taucht er auch als einer der ersten Unterzeichner der Proklamation des völkischen Flügels innerhalb der NPD-Bundespartei auf.

Für mehrere Jahre leitete Börm einen Ordnertrupp, der bundesweit NPD-Parteiveranstaltungen und Kundgebungen „absicherte“. Häufig gingen von diesem Trupp Angriffe auf Gegendemonstrant*innen und Journalist*innen aus, die manchmal zu Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung führten. Börm selbst wurde bereits in den 70er Jahren wegen schwerer Körperverletzung zu sieben Jahren Haft verurteilt. Dennoch (oder gerade deswegen) erfreut er sich innerhalb der rechtsradikalen Szene nach wie vor größter Beliebtheit.

Börm ist seit vielen Jahren eng vernetzt mit den führenden Köpfen der mecklenburg-vorpommerischen NPD, vor allem in Jamel und Lalendorf, wo seine Firma einige Bauaufträge ausführte. Seine Frau kommt aus der Familie Nahrath, die lange Zeit die Wiking-Jugend geleitet hat, bei der ihr Mann auch als »Gauführer« tätig war.

Börm, nun Chef-Strategie im Hintergrund, treibt das Thema Gemeinschafts- und Kaderbildung voran, da ein Wahlerfolg der Partei sehr gering eingeschätzt wird – für die Zeit, in der die Nazis wieder das Ruder übernehmen. Es bleibt zu befürchten, dass die Familie Börm und die Nazi-Szene, in der sie verankert sind, versuchen wird die aktuelle Situation der Corona-Pandemie propagandistisch zu nutzen und weitere Kader zu rekrutieren.

Wir können die Nazikader und den Terror, den sie sehen nicht mehr ertragen. Die Stille in den Nachbarschaften muss durchbrochen werden. Wir trauern um die Ermordeten aus rassistischen Motiven, wir tragen unsere Wut auf die Straße, und wir werden nicht schweigen.

Nie wieder Faschismus!“

anonym

Aufruf – Gegen den EU-China-Gipfel in Leipzig

Der Gipfel wird wegen Corona verschoben – derzeit ist noch unklar auf wann genau. Wir drucken den Aufruf dennoch ab, da er unserer Meinung nach inhaltlich und bewegungsdynamisch von Bedeutung ist. Sehen wir es positiv – Nun bleibt mehr Zeit für die Vorbereitung!

Vom 13. bis zum 15. September (*Korrektur: Termin unklar*) wollen sich in Leipzig die Regierungschef*innen aller europäischen Länder mit der Staatsführung Chinas treffen. Dabei wird es nicht bloß um die Intensivierung von Handelsbeziehungen gehen. Vielmehr geht es darum, eine neue globale Partnerschaft aufzubauen, damit die EU auch zukünftig nicht vom Tisch der Großmächte verdrängt wird. Durch die Verschlechterung des Verhältnisses der EU mit den USA unter Donald Trump wurde die Suche nach einem anderen Partner notwendig, der die Ausgestaltung der eigenen globalen Interessen mit der EU koordiniert. Themen des Gipfels sind daher neben den Wirtschaftsbeziehungen auch Außen- und Sicherheitspolitik und – wenig überraschend – Digitalisierung und digitale Zusammenarbeit, sowie Klimaschutz und Menschenrechte. Grundlage für den Gipfel bilden strategische Positionspapiere, die bereits in der EU-China 2020 Strategic Agenda for Cooperation aus dem Jahr 2013 ihren Anfang nahmen und seitdem bei den jährlichen Treffen immer konkreter wurden. Dieses Jahr treffen sich dann das erste Mal nicht

nur repräsentative Vertreter*innen aus China und der EU, sondern alle Staats- und Regierungschef*innen.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Kernpunkt der Agenda bezieht sich auf den zukünftigen Handel zwischen der EU und China. China ist nach den USA der wichtigste Handelspartner für die EU, andersrum ist die EU wichtigster Handelspartner für China. Beide teilen Wirtschaftskonflikte mit den USA, die für China wiederum der zweitwichtigste globale Handelspartner sind. Der Gipfel ist damit auch eine Veranstaltung, um Druck auf die USA auszuüben und die deutlich verschlechterte Position der EU und China gegenüber den USA zu stärken. Die neuen Handelsbeziehungen sollen ihren Ausdruck finden in dem wechselseitigen Öffnen neuer Märkte, wie auch dem Bestreben der EU, die Position Chinas in der WTO zu stärken und voranzubringen. Denn das Verhältnis Chinas zur WTO ist nicht konfliktfrei: Speziell die USA nutzen immer wieder Verweise auf die Menschenrechte, um die chinesische Position in der WTO zu schwächen und Bedingungen aufzustellen, um eine Anpassung Chinas an amerikanische Produktionsbedingungen zu erzwingen; Hintergrund hierfür sind die Wettbewerbsnachteile, die den USA und zum Teil auch der EU durch Gesetze zu Arbeitsschutz und dem Vorhandensein von, wenn auch schwachen,

Chronik 25.02.20: Fantifa Hexen schmeißen Stinkezeug in ein Nazi-TattooLaden in Lörrach. 26.02.20: 22 Meter des deutsch-dänischen Grenzzauns werden demontiert, die Koordinaten veröffentlicht und die erbeuteten Zaunteile in den umliegenden Ortschaften ausgestellt. 26.02.20: Das Auto eines AfDlers geht in Leipzig in Flammen auf. 26.02.20: In Hamburg werden 12 Fahrzeuge auf dem Gelände des Autoherstellers Tesla mit Bitumen verunstaltet. 03.03.20: Auto von Pick up Arschloch in Frankfurt demoliert. „Wir holen uns die Selbstbestimmung zurück, die uns der sexistische Staat

Gewerkschaften entstehen. Um die Position Chinas zu stärken, ohne dass eine tatsächliche Anpassung stattfinden muss, wurde 2018 eine EU-China-Arbeitsgruppe mit dem Schwerpunkt WTO eingerichtet. Da auch in Europa der Abbau und die Aufweichung von Arbeitnehmer*innenrechten voranschreitet, lässt sich erahnen, dass durch die Kooperation zwischen der EU und China nicht die Arbeitsbedingungen in China verbessert werden sollen. Die Zusammenarbeit Europas mit China ist damit ein unmittelbarer Angriff auf jede noch so kleine Reformbestrebung in China sowie auf die Arbeitsbedingungen in Europa.

Außen- und Sicherheitspolitik

Ein weiterer zentraler Punkt des Treffens wird die Koordination einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sein. Auch hier hat sich gezeigt, dass die USA als verlässlicher Partner für Europa nicht bedingungslos zur Verfügung steht. Um nicht abhängig zu sein von der militärischen Kooperation mit den USA, sollen europäische Interessen zukünftig in Zusammenarbeit mit China verfolgt werden. Dabei wird unter anderem auch eine Intensivierung militärischer Zusammenarbeit in Afrika angestrebt. Sowohl China als auch die EU sind dabei, den afrikanischen Kontinent weiter zu kolonialisieren; neben der Absicherung seltener Erden als Ressourcen geht es ebenfalls darum, eigene Produktionsstätten in den afrikanischen Ländern zu errichten. Dies dient zum einen der europäischen Kostenminimierung für europäische Großkonzerne, die an den europäischen Bedingungen von Arbeitssicherheit und -rechten vorbeiproduzieren wollen, sowie dem Betrieb notwendiger Infrastruktur in Afrika durch chinesische Konzerne. Der Aufbau von Infrastruktur sowie die Auslagerung der Produktion ergeben ein gemeinsames Interesse, wenn nötig militärisch gegen alle bewaffneten Gruppierungen vorzugehen, die die eigenen Interessen gefährden. Daneben spielen die Absicherung gegen sogenannte „Piraterie“, wie am Horn von Afrika und dem Golf von Aden eine zentrale Rolle bei der Absicherung der eigenen wirtschaftlichen Verkehrswege.

Es geht insgesamt aber noch um mehr. So lobt die EU in der Vorbereitung zum Gipfel ausdrücklich die chinesische Unterstützung im Konflikt mit dem Iran bezüglich der Urananreicherung, während die EU China ihre Unterstützung bei Konflikten und Problemen im asiatischen Raum andeutet, sowie der Absichtserklärung, sich auch allgemein weltweit gemeinsam für Frieden einzusetzen. Was das bedeutet, verdeutlicht ein weiteres in der Vorbereitung erwähntes Beispiel. So wird als erfolgreiches Projekt eines internationalen Engagements für den Frieden Afghanistan genannt; wer sich die Folgen einer solchen Intervention anschauen mag, kann hier sehen, dass dieser Frieden bloße Propaganda gewesen ist. Tatsächlich haben die USA und Europa hier eine zutiefst von Gewalt geprägte

und der Kapitalismus niemals geben wird und sorgen für unseren Selbstschutz indem wir #feministischkämpfen!“
04.03.20: Mehrere Luxus-Mercedes brennen auf dem Firmengelände in Zürich. Mercedes liefert Fahrzeuge an die türkische Armee. 04.03.20: Farbe gabs für die EU-Vertretung in München. 05.03.20: Als Bullen versuchen in die Rigaer 94 einzudringen kassiert ihr Dienstgruppenleiter eine schöne Portion Farbe. 05.03.20: Glasbruch bei drei Filialen der Immobilienmakler von Engel&Völkers. 06.03.20: Farbe und Steine flogen auf die Fassade der Start Up Factory in



Region zurückgelassen, die in weiten Teilen wieder unter der Gewaltherrschaft der Taliban steht.

Digitalisierung und Cybertechnologie

Bereits jetzt arbeiten die EU und China im Bereich Digitalisierung und Cybertechnologie zusammen. Dabei geht es nicht nur um das Engagement chinesischer Firmen auf dem europäischen Markt, wie etwa Huawei bei der Einführung des 5G-Netzes, sondern auch um inhaltlichen Austausch. Hierzu trifft sich jährlich die Cyber-Taskforce EU-China. Was es damit auf sich hat, wird deutlich, wenn man sich das Vorbereitungspapier der EU ansieht. Dort heißt es, die „Cyber-Taskforce EU-China bietet Gelegenheit zum Meinungsaustausch in Bereichen wie Regierungsstruktur und -strategie, Normen für verantwortungsbewusstes staatliches Verhalten im Cyberspace und vertrauensbildende Maßnahmen im Cyberspace“. Was „Meinungsaustausch in Bereichen wie Regierungsstruktur und -strategie“ vermuten lässt, sind Gespräche über die chinesischen Projekte zum SocialCreditSystem, bei welchem die chinesische Regierung nicht nur alle Menschen in China permanent überwacht, sondern auch sozial erwünschtes Verhalten durch allgemeine soziale Kontrolle belohnt und abweichendes Verhalten sanktioniert wird. Ein Austausch, wie er angegeben wird, findet hier ohnehin bloß einseitig statt, insofern, dass sich die EU anschauen und anhören kann, was es in China bereits gibt; was Digitalisierung und Cybertechnik

angeht ist die EU weit abgehängt. Nicht zuletzt hieraus begründet sich das Interesse an einer intensiveren Zusammenarbeit mit China, welches gerade im Bereich Technologie – und hier eben expliziter Technologie, um Menschen technisch zu kontrollieren und deren Verhalten zu lenken – eine Vorrangstellung für sich beanspruchen kann.

Klimaschutz und Menschenrechte

Auch Klimaschutz und Menschenrechte stehen mit auf der Agenda des EU-China-Gipfels. Beides ist jedoch nicht mehr als Makulatur; beides dient zur medialen Beschönigung der eigentlichen Absichten. Aus Perspektive der EU ist das Einfordern der Menschenrechte allein schon deshalb lächerlich, weil die EU selbst den Abbau der ohnehin schwachen Menschenrechte derzeit massiv vorantreibt, wie aktuell in aller Deutlichkeit am Umgang mit Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen oder in Flüchtlingslagern zu sehen ist, um von den vergangenen Unrechten gar nicht zu reden, als auch mit dem autoritären Einschränken von nahezu allen Grund- und Freiheitsrechten im Rahmen der Corona-Pandemie. Für China hingegen gibt es gar keinen Grund sich von der Europäischen Union belehren zu lassen; der Erfolg der chinesischen Wirtschaft ist nahtlos verknüpft mit den ausbeuterischen und lebensfeindlichen Produktionsbedingungen, die es ermöglichen Waren zu konkurrenzlosen Schleuderpreisen in die ganze Welt zu exportieren. Neue Bestimmungen hinsichtlich des Klimaschutzes oder beispielsweise den Zwang für Firmen, auch bei den einzelnen Zulieferern der Waren auf die Einhaltung der Menschenrechte zu achten, wurden bezüglich der Corona-Pandemie auch gleich als erstes wieder zurückgepfiffen.

Der Gipfel in Leipzig

Den Gipfel in Leipzig durchführen zu wollen, kommt einer Dominanzgeste der deutschen Bundesregierung gleich, die nach dem G20-Gipfel in Hamburg zeigen möchte, dass es möglich ist, einen Gipfel durchzuführen, auch wenn er in einer Stadt durchgeführt wird, die einen Ruf als „linke Hochburg“ innehat. Für die sächsische Landesregierung unter Ministerpräsident Kretschmer und den Leipziger Oberbürgermeister Jung geht es schlicht um eine Belebung des Wirtschaftsstandorts Sachsens und Leipzigs, sowie einen durch Bundesressourcen unterstützten Ausbau

des polizeilichen Sicherheitsapparates. Der Ausbau des wirtschaftlichen Standorts geht einher mit dem Ausverkauf von Städten, Gemeinden, Freiflächen und Wohnraum, der in den größeren Städten bereits zu anhaltender Verdrängung führt, inklusive der damit zusammenhängenden Zersetzung sozialer Bezüge und Leben einzelner vor allem ärmerer Menschen sowie dem anhaltenden Zuzug wohlhabender Menschen in die größeren Städte. Um diese Entwicklung gegenüber einer weiter verarmenden Unterschicht abzusichern, wird der Sicherheitsapparat zunehmend ausgebaut. Der Gipfel als Veranstaltung steht hierfür symbolisch. Neben den vorher erwähnten Punkten, die einen Angriff auf den Gipfel aus allen Teilen der Welt rechtfertigen, hat dies eine weitere lokale Bedeutung. Begründet wird das Stattfinden des Gipfels vom sächsischen Innenministerium wie folgt: „Gerade in Zeiten, in denen fast alle Veranstaltungen für die nächsten Wochen und Monate abgesagt bzw. verschoben und Unternehmen aus den Bereichen Tourismus, Gastgewerbe, Messen etc. besonders hart getroffen werden, hält es die Staatsregierung für das richtige Zeichen, an dieser Veranstaltung festzuhalten. Leipzig als Messestadt und Veranstaltungsort ist geübt und erfahren mit der Durchführung von internationalen und hochrangigen Treffen und Veranstaltungen. Insofern hat die Staatsregierung volles Vertrauen gegenüber dem Bund, bei der Auswahl der Veranstaltungsorte auch die Belange der Leipziger Stadtgesellschaft ausreichend zu berücksichtigen.“

Nein zum Gipfel!

Mehr als alles bedeutet der EU-China-Gipfel die weitere Zuspitzung des Kampfes von oben nach unten. Armut und Wohlstand sollen zugunsten von Wirtschaft und herrschenden Eliten weiter umverteilt werden. Dem wollen wir nicht tatenlos zusehen und den Gipfel nach unseren Möglichkeiten angreifen und bekämpfen. Trotz kurzer Vorbereitungszeit, trotz Corona-Pandemie und all der Enge, die sie mit sich bringt:

Wir rufen euch alle dazu auf nach Leipzig zu kommen und mit uns zusammen den Gipfel anzugreifen! Den Herrschenden keine Ruhe – nicht hier in Leipzig und nicht anderswo! Nein zum EU-China-Gipfel!

anonym

Berlin. 07.03.20: Glasbruch bei der AXA in Zürich. „Mit diesem Angriff gegen einen Kriegskollaborateur des türkischen Regimes senden wir unsere feministischen Grüße insbesondere an die kämpfende Frauenbewegung in der Türkei und Nordsyrien.“ 08.03.20: In Berlin werden drei SPD-Büros von einer FLINT*-Gruppe mit Farbe verschönert. Als Reaktion auf die rassistische Politik der Bundesregierung in Bezug auf die Menschen vor den EU-Außengrenzen. 08.03.20: Vor dem ersten Besichtigungstermin wird ein Luxus-Neubau in Leipzig mit Bitumen zugesaut. 08.03.20: Zwei Nazis versuchen

Die Revolte in Chile

*Im folgenden richten wir den Blick auf die Aufstände innerhalb des chilenischen Territoriums, eine Realität, welche seit dem Ausbruch der massenhaften Revolten im Herbst 2019 unsere rebellische Aufmerksamkeit beansprucht hat. Die heftigsten Proteste und Angriffe gegen die Regierung und das gesamte politische System führen uns allen wieder einmal vor Augen, was hier in Europa all zu oft in unerreichbarer Ferne scheint: Der Staat und seine Schergen können, trotz hochgerüsteter Überwachungstechnologien und militärischer Interventionen zur Niederschlagung von Protestbewegungen, nachhaltig herausgefordert und zum Stolpern gebracht werden. Es lässt sich sicher darüber streiten, inwieweit und ob überhaupt das politische Regime soweit in die Ecke gedrängt wurde, dass ein Sturz der Regierung und eine tatsächliche Veränderung der Herrschaftsverhältnisse in greifbarer Nähe erschienen wäre. Was jedoch nicht bestritten werden kann ist, dass der Staat zum ersten Mal seit dem Ende der Diktatur wieder Soldaten zur Niederschlagung der Krawalle und Plünderungen auf die Straße schicken musste; dass sich über Monate die Straßen der Städte genommen und über lange Zeiträume unkontrollierbar gemacht wurden; dass im ganzen Land die verhassten Tempel des Konsums und die Verantwortlichen von schamloser Ausbeutung und Umweltzerstörung in Brand gesteckt wurden; dass sich überall auf dem chilenischen Territorium Versammlungen zur Koordinierung der politischen Kämpfe, zur Unterstützung der Gefangenen und nachbarschaftlicher Hilfe bilden. All das ist mit dem Ausbruch des Coronavirus und der Instrumentalisierung von Ängsten durch die Mächtigen nicht vorbei. Immer wieder berichten Gefährte*innen, dass die Revolte eine unaufhaltsame Wut offenbart, welche sich durch keine Anti-Corona-Maßnahme dämpfen lassen wird.*

Eine wichtige wie auch sehr strittige Einrichtung innerhalb der Protestbewegung sind sicherlich die Stadtteilversammlungen. Zum einen wurden hier besonders in der Hochphase der Proteste ab Mitte Oktober 2019 die Kämpfe in den Nachbarschaften koordiniert und die Verteidigung gegen die nächtlichen Streifzüge der Bullen organisiert. Zum anderen beschreiben Gefährte*innen die *asambleas* als eine sich entwickelnde soziale Basis, auf welcher Solidarität mit den zahlreichen Verletzten, Gefangenen und Getöteten organisiert und soziale Fragen gegen die sowieso schon große Vereinzelung diskutiert werden. Besonders in der Hauptstadt Santiago haben sich darüber hinaus „Territorialversammlungen“ gebildet, auf welchen sich einzelne Nachbarschaftsversammlungen koordinieren. Während einige Gefährte*innen diese als horizontal und frei von Anführer*innen beschreiben, kritisieren andere diese als das kommende Forum für die nächste Generation politischer Akteur*innen und bezeichnen sie als den

ersten Schritt hin in Richtung Ende einer Dynamik von Selbstorganisation der Aufstände.

Bevor wir mit dem Text eines Gefährten auf die Ereignisse bis zum Jahresende 2019 zurückblicken, geben wir hier einen unvollständigen Überblick zu den Ereignissen vor und während des Ausbruchs von Covid-19.

Im Januar kommt nach der Tötung eines bekannten antifaschistischen Fußballfans, zu einer massiven Beteiligung von Fangruppen an den Ausschreitungen gegen die Bullen. Bei fast jedem Spiel wird versucht den Abbruch durchzusetzen, in den Stadien wird Feuer gelegt, die Bullen werden angegriffen. Gleichzeitig treten in den massenhaften Protesten und Ausschreitungen vermehrt FaschistInnen offen in Erscheinung. Ein Gefährte schreibt dazu: „Der Faschismus stellt sich neu auf, er kommt auf die Straße und macht Propaganda, entführt Protestierende.... Sie assoziieren sich mit den Bullen“. Die neuen faschistischen Gruppen sammeln sich unter der Parole „Vaterland und Freiheit“. Im Februar haben sie das Grab von Victor Jara (einem bekannten kommunistischen Aktivist und Musiker der während der Diktatur gefoltert und ermordet wurde) verwüstet, einen Jugendlichen aus den Vororten verschleppt, Gedenkstätten für Allendes und die Opfer der Aufstände angegriffen. Von Demonstrationen wird berichtet, dass Faschos hier vermehrt und selbstbewusst auftreten, Propaganda verteilen, Demonstrant*innen angreifen. Ende Februar wird von Faschos ein „Haus der Menschenrechte“ angezündet und ein Anschlag auf den kommunistischen Bürgermeister einer Kommune Santiagos verübt. Wenige Tage später wurden einige ultrarechte Jugendliche aus dem Umfeld des chilenischen Präsidenten mit einer AK-47 festgenommen.

Mit dem Ende der Sommerferien kehrt die Revolte dann im März mit aller Heftigkeit auf die Straße zurück. Erneute Besetzungen von Metrostationen und Massendemonstrationen. Am 08. und 09. werden zahlreiche Wirtschaftszweige und Bereiche des öffentlichen Lebens bei einem feministischen Streik zum Frauenkampftag lahmgelegt. Schüler*innen der Oberstufe fangen wieder an Straßen zu blockieren und die Metrolinien zu sabotieren. Es gibt jeden Tag Demos und Barrikaden. Gefährte*innen berichten allerdings, dass der Staat materiell und juristisch für die neue Welle der Proteste aufgerüstet hat. Neue Gesetze und härtere Strafen für Straßenrandale sollen die Menschen abschrecken. Ziele der Angriffe und Plünderungen (wie große Supermarktketten) werden präventiv komplett verbarrikadiert. Studierende und Schüler*innen besetzen mit Wiederaufnahme des Lehrbetriebs - in Solidarität mit

in Aachen Demobesucher*innen zum Frauenkampftag anzugreifen und kriegen Haue. März: In zahlreichen italienischen Knästen kommt es angesichts der weitreichenden Einschränkungen wegen der Corona-Pandemie zu Revolten. Es werden Feuer gelegt, Wärter*innen als Geiseln genommen, Zellen geöffnet oder die Anstaltsdächer besetzt. Unter anderem in: Pavia, Lazio, Foggia, Modena, Palermo, Trapani und Mailand. Mindestens 6 Gefangene sterben in Modena bei den Aufständen, angeblich drei von ihnen an Überdosen. Es können mindestens 20 Häftlinge fliehen. 09.03.20: In Athen wir



den Aufständischen und aus Protest gegen die neoliberale Strukturierung der Bildung - zahlreiche Ausbildungseinrichtungen.

Auf dem Höhepunkt der sich seit Monaten ausbreitenden Proteste verbreitet sich dann das Coronavirus auch in Chile. Ab dann geht alles ganz schnell: Erst werden die Schulen und Unis (welche als Hotspots der Proteste gelten) dicht gemacht und die Paranoia verbreitet sich. Das Virus bricht in der Hauptstadt Santiago ausgerechnet in den reichen Vierteln aus. Ein Gefährte schreibt dazu: „Sie haben die Kinos, die Bars und die Grenzen geschlossen und alle Kulturveranstaltungen abgesagt. Die Zahl der Neuinfektionen steigt rapide an, schneller als in jedem anderen lateinamerikanischen Land und diese inkompetente Regierung tut nichts. Die Wirtschaft, die Produktion und der Konsum ist ihnen wichtiger als die Gesundheit und die Leben der Menschen. Die am stärksten betroffenen Orte waren am Anfang die Reicheviertel. Dort gibt es keine Verantwortungsbewusstsein, und einige die wussten dass sie Infiziert sind, gingen weiter auf Partys und in die Ferien. Wie ich sie hasse!“

Schnell wird dann auch wieder eine nächtliche Ausgangssperre eingerichtet. Das Virus und die damit einhergehenden Einschränkungen verändert die starke Dynamik der Proteste welche das Land seit Oktober 2019 überschwemmen. Doch die Proteste gehen auf anderen Ebenen und mit veränderter Form weiter. Jetzt kommt es eher zu kleineren Aktionen (wie den Krawallen anlässlich des Geburtstags der chilenischen Bullen am 27.04) statt großen Massendemobilisierungen. Auch während der Pandemie gehen die Proteste und Krawalle weiter, „la lucha sólo ha cambiado de forma“ (der Kampf hat nur seine Form geändert).

Das Virus macht die riesigen Klassenunterschiede in dem neoliberalen Musterstaat offensichtlich: Tausende (neue und alte) Arbeitslose bleiben ohne jede Aussicht auf staatliche Unterstützung auf der Strecke. Solche die Arbeit haben fahren jeden Tag in völlig überfüllten Bussen.

In der Situation sich Ausbreitender Not und einer gravierenden medizinischen Unterversorgung in einem vollkommen privatisierten Gesundheitssystem, kommt den Stadtteilorganisationen wieder eine große Bedeutung zu. Anscheinend verschiebt sich ihre Funktion mit dem Ausbruch des Virus von der Koordinierung der Proteste auf die Organisation von Solidarität mit den am stärksten von der Pandemie betroffenen Nachbar*innen und die Umsetzung minimaler Hygiene- und Sicherheitsstandards in den vernachlässigten armen Stadtteilen...

„Eine Oase der Stabilität und des Wachstums“ - Präsident Sebastian Piñera Anfang Oktober über Chile

Wenige Tage nachdem Piñera Chile als die Oase der Stabilität inmitten der Unruhe Südamerikas bezeichnete, stand das ganze Land in Flammen, zwei internationale Gipfeltreffen mussten abgesagt werden und das Militär patrouillierte auf den Straßen, in dem verzweiferten Versuch, die Ordnung wiederherzustellen.

Der Auslöser der Revolte war eine Fahrpreiserhöhung in der Hauptstadt Santiago de Chile, doch schon in dem Moment als alles explodierte, wurde es irrelevant, was nun der sprichwörtliche Tropfen war, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Die meisten Revolten und Aufstände hatten und haben Auslöser, die auf den ersten Blick banal erscheinen. Aber abgesehen davon, dass jede Person ihre eigenen Gründe hat zu rebellieren, gibt es Dynamiken, die die Wut und Unzufriedenheit anheizen und wenn wir Revolten wie jene in Chile verstehen wollen, ist es notwendig, zumindest ein grobes Verständnis des Kontexts und der Lebensumstände zu haben.

Man könnte Chile als das neoliberale Musterland der westlichen Welt bezeichnen. Anfang der 1970er Jahre, als die Welt noch um zwei Machtblöcke gruppiert war, stand ganz Süd- und Mittelamerika am Scheideweg zwischen Staatskapitalismus nach sowjetischer Art und Turbokapitalismus a la USA. In dieser angespannten Situation gewann 1970 in Chile der sozialistische Kandidat Salvador Allende die Wahlen. Mit Hilfe der CIA putschte sich 1973 das chilenische Militär unter General Pinochet an die Macht und installierte eine Militärdiktatur die bis 1990 andauern sollte. Um die Wirtschaftspolitik sollte sich eine Gruppe von jungen Chilenen kümmern, die in Chicago bei dem Vordenker des Neoliberalismus, Milton Friedman, studiert hatten. Mit dessen aktiver Unterstützung – und abgesichert durch eine Militärdiktatur – krepelten sie die

Feuer im Gebäude des riedensgerichtes gelegt. „Der griechische Staat stand als lobenswerte Vorhut der Festung-Europa da und schmückte seine Mission mit Kronen des „Patriotismus“ zum internen Konsum und der „griechischen Gerissenheit“ für nichts, der Gerissenheit der Bewaffneten gegen die Unbewaffneten, der Satten gegen die Hungrigen, der Zufriedenen gegen die Entwurzelten.“ 10.03.20: nach dem rassistischen Anschlag in Hanau werden beim innenpolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion die Scheiben eingehauen und Farbflaschen am Haus verteilt. „Curio hat

Wirtschaft um und richteten sie komplett nach den Interessen des Kapitals aus.

Die Auswirkungen dieser Politik halten, festgeschrieben in der Verfassung, bis heute an: Die Renten werden von privaten Fonds verwaltet, die Studiengebühren betragen bis zu 5.000€ pro Semester, das Wasser ist privatisiert, das staatliche Gesundheitssystem ist ein schlechter Witz, die Apotheken sind privat und treiben durch Absprachen die Preise für Medikamente in die Höhe, es gibt keinen Kündigungsschutz, keine Regulierung der Arbeitszeit, etc. Dazu kommt, dass die Lebenshaltungskosten fast gleich hoch wie in Europa, die Löhne aber viel niedriger sind (der Mindestlohn liegt bei knapp 400€). Es ist eine Realität, auch für Teile der „Mittelklasse“, dass das Geld oft nicht oder nur gerade so bis zum Ende des Monats reicht. Außerdem sind viele Familien verschuldet, da einem überall Kreditkarten hinterher geworfen werden und man alles auf Raten kaufen kann.

Die aktuelle Regierung setzt sich aus den rechten/konservativen Parteien zusammen und wird angeführt von Sebastián Piñera, einem ehemaligen Unternehmer, dessen Vermögen auf der Einführung der Kreditkarten in Chile basiert und der mit einem Vermögen von 2,8 Milliarden Dollar vielleicht der reichste aktive Politiker der Welt ist. Im Allgemeinen sind viele Zusammenhänge offensichtlicher. Die Klasse der Politiker und Unternehmerinnen unterscheidet sich kaum, überall begegnet man den selben Familiennamen und es wird weniger Mühe darauf verwendet zu verschleiern, dass sich alle hemmungslos bereichern. So ist beispielsweise der Bruder von Piñera für die Einführung des privatisierten Rentensystems verantwortlich, der kürzlich zurückgetretene Innenminister Chadwick, ist der Cousin von Piñera und dessen Bruder wiederum leitet die Elektrizitätsgesellschaft Enel. Außerdem waren viele Politikerinnen, Richter, Journalistinnen, etc. schon aktive UnterstützerInnen der Militärdiktatur. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass der Staat relativ offensichtlich ein Vehikel für die Reichen ist, ungestört abzukassieren.

Die Abwesenheit von sozialstaatlichen Strukturen in den meisten Sphären ist mit ein Grund dafür, dass es in vielen, vor allem ärmeren Gebieten und Vierteln gezwungenermaßen zu einer Selbstorganisation bestimmter Aspekte kommt. Zum Beispiel Aktivitäten für Kinder, gemeinsames Geldsammeln um eine Operation zu bezahlen, Konzerte, etc. Diese „Kultur von unten“ ist sicher nicht unbedingt anarchistisch, aber bezeichnet sich oft als revolutionär und ist – auch wenn sie tendenziell dem südamerikanischen Marxismus nahe steht – nicht dogmatisch und eher etwas Soziales als etwas Politisches. Interessant ist, dass in Teilen der Gesellschaft die soziale Basis unter den Menschen noch nicht komplett zerstört wurde.

Und genau diese armen und oft peripheren Viertel (die sog. poblaciones) der größeren Städte, waren schon in der Militärdiktatur die widerständigsten Orte, auch die marxistischen Guerillagruppen hatten hier ihre Basis. In einigen der poblaciones existiert dieses Bewusstsein bis heute, beispielsweise kommt es jeden 11. September (dem Tag des Militärputsches 1973) in Städten im ganzen Land zu Barrikaden und Angriffen auf die Polizei, teils auch bewaffnet.

Um diese poblaciones zu befrieden, wurden seit dem Übergang zur Demokratie in den 90er Jahren aggressiv Drogen ins Land gepumpt. Eine besondere Rolle spielt dabei pasta base, ein Abfallprodukt der Kokainherstellung und vergleichbar mit Crack. Es macht extrem schnell abhängig und muss die ganze Zeit konsumiert werden, da die Wirkung nur knapp eine Minute anhält. Deswegen sind die Süchtigen permanent verzweifelt auf der Suche nach Geld bzw. Stoff. Das hat dazu geführt, dass Menschen sich in ihren eigenen Vierteln nicht mehr sicher fühlen. Während es davor absolut verpönt war, die eigenen NachbarInnen auszurauben, ist das heute traurige Realität und hat an vielen Orten zu einer Zersetzung der sozialen Basis und Solidarität in den poblaciones geführt.

Quasi einzigartig in Südamerika ist die Geschichte der mapuche – Indigene, die sich seit hunderten von Jahren im permanenten Krieg gegen jegliche Kolonisatoren befinden. Von den Inkas, die es nie schafften sie zu unterwerfen bis zu den Spaniern, die die verlustreichsten Schlachten ihrer Geschichte mit den mapuche hatten. Erst dem chilenischen Staat gelang es im 19. Jahrhundert ihre Gebiete dauerhaft zu besetzen. Bis heute befindet sich ein Teil der mapuche in einem mehr oder weniger offenem Krieg mit dem chilenischen Staat und den Firmen der Holz- und Agrarindustrie, die ihre Lebensgrundlagen zerstören. Es kommt oft zu direkten Aktionen gegen diese Firmen, zu Gebietsbesetzungen und auch zu bewaffneten Angriffen auf die Polizei. Regelmäßig werden mapuche umgebracht und verschwinden, eine komplett militarisierte Polizei tritt quasi als Besatzungsmacht in den widerständischen



mitgeschossen!“ 10.03.20: In Berlin wird ein AfD Treffpunkt seiner Scheiben entledigt. „Die AfD hat mitgeschossen!“ 11.03.20: Auto der Stadtverwaltung brennt in Besancon. 12.03.20: Mehrere Vonovia Karren in Nürnberg demoliert. 13.03.20: Die Geschäftsstellen der AfD und der NPD in Berlin kriegen einen neuen Anstrich. 14.03.20: PKK Graffiti an einer Shisha-Bar in Ludwigsburg, die eine Veranstaltung wegen gefallener türkischer Soldaten in Syrien abgesagt hatte. 15.03.20: In Leipzig werden einem CDU-Büro die Scheiben eingehauen und Buttersäure hinterher gekippt. „Solidarität

Gemeinden auf. Die Tatsache, dass es Menschen gibt, die fernab und teilweise im offenen Konflikt mit jeglicher staatlicher Macht leben und kämpfen ist ein nicht zu unterschätzender Punkt in der allgemeinen Wahrnehmung. Es existiert noch ein „Außerhalb“, Teile der Gesellschaft leben auf anti-autoritäre, horizontale und staatenlose Art und Weise zusammen.

Außerdem gibt es in Chile und vor allem in Santiago, Valparaíso und Concepción, seit knapp 25 Jahren eine konstante Präsenz von anarchistischen Ideen und Praktiken. Eine Kontinuität von nächtlichen Angriffen und Konfrontationen mit den Cops, verschiedene Zeitungsprojekte, Bibliotheken, Propaganda in den poblaciones und innerhalb der Schulen und Unis hat zu einer diffusen und verhältnismäßig großen anarchistischen Bewegung geführt, welche sich seit jeher auf informelle Art und Weise organisiert hat.



Die Schülerinnen und Studenten sind schon seit der Diktatur meistens eine der treibenden Kräfte in allen Protesten. Vor allem innerhalb den Bewegungen rund um die Bildungspolitik – die ihre Gipfel 2006 und 2011 hatte und von monatelangen Schul- und Unistrieks, Besetzungen dieser und gewaltsamen Demos geprägt waren – haben sich anarchistische Ideen weit verbreitet (zur Präsenz von anarchistischen Ideen in den Schulen, siehe auch: In der Tat, Nr. 3, „Die Bande der weißen Overalls“).

Der öffentliche Nahverkehr Santiagos ist nicht zum ersten Mal Kristallisationspunkt der sozialen Konflikte, das Abfackeln von Bussen ist schon seit Jahren eine verbreitete Praxis in Unruhen. Im Verhältnis zum Einkommen handelt es sich um eines der teuersten Nahverkehrssysteme der Welt. Wer jeden Tag die Öffentlichen nützt, muss dafür monatlich fast ein Viertel des Mindestlohns aufbringen. In den U-Bahnen ist es nicht möglich ohne Ticket zu fahren, da an allen Ein- und Ausgängen Drehkreuze sind, die von Securities überwacht werden. In den Bussen hingegen schon, dort liegt die Schwarzfahrquote bei knapp 40%. Der Nahver-

kehr ist schon seit Jahren ein Konfliktpunkt, spätestens seit vor 12 Jahren das gesamte Transportsystem von Bussen und U-Bahnen vereinheitlicht wurde. Damals wurden viele Buslinien gestrichen oder verändert und die FahrerInnen durften nicht mehr ihre eigenen Busse fahren um die Leute auf eigene Rechnung zu befördern, sondern wurden in ein Gesamtsystem mit neuen Bussen, Chipkarten und halbjährlichen Fahrpreiserhöhungen eingegliedert. Auch damals kam es zu massiven Protesten während derer viele der damals neuen Busse angezündet wurden.

„Leute, der Funke ist nicht übergesprungen“ - Der ehemalige Chef der U-Bahn Santiagos über die Proteste gegen die Fahrpreiserhöhung, zwei Tage vor Beginn der Revolte

Einer der zweifellos spannendsten Aspekte dieser Revolte ist, dass sie aus einer konkreten Initiative hervorging. Die Fahrpreiserhöhung wurde schon länger vorher angekündigt, ohne dass etwas passiert wäre. Die Spannung war logischerweise bereits vorher vorhanden, aber explodiert ist alles, weil sich ein einfacher, reproduzierbarer Vorschlag massenhaft verbreitet hat.

Die Fahrpreiserhöhung um 30 Pesos (ca. 5 Cent, auch für dortige Verhältnisse so gut wie nichts) im öffentlichen Nahverkehr von Santiago im Oktober war zwar bereits die zweite dieses Jahres, wurde aber von den meisten grummelnd hingenommen. Die einzigen, die Proteste ankündigten, waren die SchülerInnen. Für die Woche bevor die Erhöhung in Kraft treten sollte, wurde zum Massenschwarzfahren in der U-Bahn Santiagos aufgerufen. Parallel dazu gab es einen anarchistischen Aufruf zur Sabotage und Angriffen auf den öffentlichen Nahverkehr. Spannend hierbei, vielleicht sogar entscheidend, ist die Tatsache, dass die SchülerInnen von der Fahrpreiserhöhung überhaupt nicht direkt betroffen waren, da die Preise für Schüler und Studentinnen von der Erhöhung ausgenommen waren. Das Ganze begann also explizit als eine Bewegung in Solidarität mit den Eltern und Großeltern, mit den ArbeiterInnen und generell mit allen, die gerade weniger Möglichkeiten hatten dagegen zu kämpfen.

Den Montag und Dienstag der besagten Woche über kam es in großen Teilen Santiagos zu Massenschwarzfahrten, aber eigentlich ausschließlich von SchülerInnen. Oft war es so, dass sich über das Internet verabredet wurde, oder, dass alle SchülerInnen einer Schule nach Unterrichtschluss zur nächstgelegenen Station gingen und diese gesammelt stürmten um die Drehkreuze zu blockieren und zu überspringen.

gilt denen, welche vor Krieg, Armut und Gewalt flüchten müssen.“ 17.03.20: Ein Auto und ein Büro der Firma SNEF brennen in Marseille. Diese ist an verschiedenen Großbauprojekten beteiligt die die Aufwertung vorantreiben. 18.03.20: Zwei Fahrzeuge von Firmen die an dem Neubau des Gefängnisses in Zwickau beteiligt erteilte ma Tag der politischen Gefangenen der Feuertod. In Bad Lausick Elektro Lehmann und in Treuen die Scholz GmbH. „Unterstützen wir die Gefangenen und nutzen unsere Möglichkeiten außerhalb der Mauern, ihren Kämpfen mehr Sichtbarkeit zu verle-

Im Verlauf der Woche haben sich mehr und mehr Personen spontan dem Schwarzfahren angeschlossen, und es kam zunehmend vor, dass U-Bahnstationen geschlossen wurden, wenn die Securities mitbekommen haben, dass Gruppen von SchülerInnen auf dem Weg dorthin waren. Zusätzlich wurden immer mehr Cops eingesetzt, die die Stationen bewachten und teilweise die SchülerInnen brutal verprügelten. Das hat eine Wut und Solidarität erzeugt, da die Leute gesehen haben, wie lieber eine ganze Station für alle geschlossen wurde, anstatt 100 SchülerInnen schwarzfahren zu lassen. Wahrscheinlich ist schwer nachvollziehbar, was genau in dieser Woche passiert ist, aber es hat sich zunehmend eine Spannung entwickelt, mehr und mehr Leute waren gepisst auf die Cops und auf die U-Bahn, immer mehr Personen haben mitgemacht, die größten Hooligan-Gruppen haben dazu aufgerufen in Solidarität mit den SchülerInnen schwarz zum Stadion zu fahren, immer mehr Stationen wurden zeitweise geschlossen und daraufhin teilweise gestürmt. Alles hat sich im Verlauf dieser einen Woche immer weiter hochgeschaukelt, die Schwarzfahrten gingen weiter, es kam zu Zusammenrottungen und kleinen Zerstörungen innerhalb der Stationen und am Freitag den 18. Oktober wurde mittags das komplette U-Bahnnetz durch einen auf die Stromschiene geworfenen Fernseher kurzzeitig lahmgelegt und dann komplett geschlossen. Dadurch kamen am Freitagnachmittag alle Menschen aus der Arbeit, Schule etc. und es fuhr keine U-Bahn. Alle mussten gezwungenermaßen laufen, die Busse waren komplett überfüllt, tausende Menschen auf der Straße, überall Bullen unterwegs, es kommt in der ganzen Stadt zu kleinen Zusammenstößen, Barrikaden wurden errichtet, die ersten Plünderungen finden statt, die ganze Stadt ist auf den Beinen, die ersten U-Bahnstationen werden zerstört, und auf einmal ist Chaos in der Stadt. Die Bullen sind komplett überfordert, in der Nacht kommt es zu massenhaften Plünderungen und es werden dutzende U-Bahnstationen in Brand gesetzt, beides hauptsächlich in den ärmeren Vierteln weiter außerhalb. Die Situation eskaliert, große Teile Santiagos sind frei von Cops, und noch in dieser Nacht, kurz nach Mitternacht, ruft der Präsident Piñera den Ausnahmezustand aus.

„Wir sind im Krieg...“ - „...gegen einen mächtigen und unerbittlichen Feind“, Piñera am zweiten Tag der Revolte

Am Samstag erwacht ein großer Teil Santiagos (falls in dieser Nacht überhaupt viele Menschen geschlafen haben...) in einem Zustand völliger Abwesenheit staatlicher Macht. Überall werden Supermärkte und teilweise Fabriken am helllichten Tag von hunderten Menschen geplündert, teilweise sind Personen den ganzen Tag nur damit beschäftigt, Waren aus dem Inneren der Supermärkte auf

die Straße zu bringen, um sie dann an alle zu verteilen, an manchen Orten werden die geplünderten Fernseher und Elektrogeräte verbrannt anstatt sie zu stehlen. Es gibt überhaupt keinen öffentlichen Nahverkehr, die Fernsehkanaäle reden von der absoluten Katastrophe, aber auf den Straßen der ärmeren Viertel herrscht eine ausgelassene und euphorische Stimmung wie noch nie. Die Proteste greifen rasend schnell auf dutzende andere Städte über, in Valparaiso sind Menschen auf der Straße, in Concepción, in Antofagasta, in Puerto Montt,... Dass Piñera noch am Samstag die Fahrpreiserhöhung zurück nimmt, interessiert niemanden mehr.

Der Ausnahmezustand bemächtigt das Militär für öffentliche Ordnung zu sorgen und bereits wenige Stunden nach dessen Beginn, also am Samstagmorgen erscheinen die ersten Soldaten in gepanzerten Vehikeln im Zentrum Santiagos. Über den Tag werden mehr und mehr Soldaten mobilisiert und für Samstagnacht wird eine Ausgangssperre verhängt. Doch das Bild von auf der Straße patrouillierenden Soldaten hat einen anderen Effekt als erwartet, jetzt sind alle auf den Barrikaden. Die ältere Generation, die die Diktatur noch selbst erlebt hat, denkt sofort an den Putsch von 1973 und die Parallelen zu damals sind offensichtlich. In dieser Nacht kommt es in ganz Santiago und auch in vielen anderen Städten bis in die Viertel der gehobenen Mittelklasse zu massiven Protesten. Riesige Barrikaden erleuchten die Nacht, NachbarInnen lernen sich zum ersten Mal kennen, ganze Viertel sind trotz Ausgangssperre auf der Straße bis die Militärpatrouillen kommen. In den schickeren Vierteln schicken sie die Leute nach Hause, in den Peripherie schießen sie mit scharfer Munition. Interessant ist hierbei, dass sich das Militär in den „bekannteren“ poblaciones, also dort, wo es eine kämpferische Tradition und bewaffnete Gruppen gibt, nicht blicken lässt. Am nächsten Tag wird der Ausnahmezustand auf so gut wie ganz Chile ausgeweitet und die Ausgangssperren beginnen nun teilweise bereits um 18 oder 19 Uhr.

Was in diesen ersten Tagen und den darauf folgenden Wochen passiert, lässt sich in keiner Chronik darstellen. Zum einen weil wirklich überall, bis in die kleinsten Dörfer, das angegriffen und zerstört wurde, was das alltägliche miserable Leben der Menschen repräsentiert: Kirchen wurden niedergebrannt und Supermärkte dem Erdboden gleichgemacht, Parteibüros und Polizei quartiere angegriffen, Rathäuser und Regierungsgebäude verwüstet, Statuen von Kolonisatoren gestürzt, Unis zerstört und Autobahnen blockiert, teilweise wurden Fabriken gestürmt und die ArbeiterInnen nach Hause geschickt oder in Minidörfern die Hauptsitze von Agrarkonzernen niedergebrannt. Und zum anderen weil der genauso wichtige soziale Aspekt einer Revolte noch nie einen Platz in solchen Aufzählungen hatte. Überall haben sich Nachbarn und Kolleginnen kennengelernt, auf den täglichen Barrikaden in den Vierteln,

hen!“ 18.03.20: In Köln wir die Front der Vonovia Geschäftstelle entglast und die Fassade mit Feuerlöschern einefärbt. „Wir müssen als radikale Linke nicht nur gegen den Kapitalismus kämpfen sondern auch für eine solidarische Nachbar*innenschaften sorgen. [...] Wir fordern die Enteignung der Immobilienkonzerne, das Ende des Kapitalismus und eine freie Gesellschaft.“ 19./20.03.20: In Berlin brennen Autos von Dr. House und Bosch. 20.03.20: In Kassel wird die Karre eines AfDlers entglast. 20.03.20: In Nürnberg wird das Auto eines Bullen und anscheinend Mitglied des Reservis-

in den überall spontan entstandenen Stadtteilversammlungen, niemand konnte sich dem entziehen, alle mussten sich positionieren.

„Es sind nicht 30 Pesos sondern 30 500 Jahre“ - Massenhaft gesprühte Parole, die 30 Jahre beziehen sich auf den Übergang zur Demokratie, die 500 auf den Beginn der Kolonisierung Amerikas

Eine Woche nach Beginn des Ausnahmezustands, nach knapp 20 Toten und der größten Demonstration in der Geschichte Chiles mit über 1,2 Million Personen allein in Santiago, wurde dieser schließlich wieder zurückgenommen und die SoldatInnen ziehen sich in die Kasernen zurück. Piñera hat sein halbes Kabinett ausgetauscht, Reformen und ein Referendum über eine neue Verfassung angekündigt, doch das interessierte anfangs niemanden groß, die Menschen fordern längst seinen Kopf oder zumindest seinen Rücktritt.

Die Spannung auf den Straßen ließ jedoch tatsächlich etwas nach, nachdem die SoldatInnen von den Straßen verschwunden sind, es kamen nicht mehr ganz so viele Menschen zu den allnächtlichen Barrikaden und täglichen Demonstrationen, wobei es bis Anfang Dezember gedauert hat, bis ein wirkliches Abflauen der sichtbarsten Spannung wahrgenommen werden konnte. Über die ersten fünf Wochen kam es jeden Tag zu Demonstrationen in den Zentren, vor allem in Santiago, Valparaíso und Concepción, aber auch in vielen anderen Städten. Wobei das Wort Demonstration dem Geschehen eigentlich nicht wirklich gerecht wird. Vielmehr war es eine wilde Mischung und Zusammenrottung von tausenden bis zehntausenden Personen, die jeden Tag ab dem frühen Nachmittag in die Zentren strömten, ohne Aufruf, ohne FührerInnen und oft auch ohne Plan. Eine explosive Mischung aus Demonstration, Party und Riot, „die Revolte ist das Festival der Unterdrückten“ wie einer der tausenden von Tags am zentralen Plaza Italia (von den Revoltierenden umbenannt in „Plaza de la Dignidad“ – Platz der Würde) in Santiago es ausdrückte.

Parallel dazu kommt es jede Nacht in den peripheren Vierteln der Städte zu Plünderungen und Angriffen auf Polizeistationen, teils auch bewaffnet, in manchen Gebieten können die Cops über Wochen unmöglich ohne ihre gepanzerten Vehikel Streife fahren. In dutzenden Vierteln brennen jede Nacht über Wochen, teils bis heute, Barrikaden und wird auf die Bullen gewartet um sie anzugreifen.

Eine Sache, die wahrscheinlich wirklich dazu geführt hat, dass die Angst zeitweise die Seite wechselte, ist ein Leak

bei den Bullen. HackerInnen veröffentlichten in der ersten Woche der Revolte, und in Solidarität mit dieser, aber tausende Dokumente der Cops, darunter die Daten von 30.000 BullInnen in ganz Chile, inklusive Name, Geburtsdatum, Steuernummer und Privatadresse. Das Ganze wird vereinfacht über eine Seite im Stil von Google Maps, auf der alle Cops, teilweise sogar mit Foto, angezeigt werden. Auch wenn die Medien nur über eine Hand voll Fälle berichten, in denen Menschen teilweise Wohnungen von Cops stürmen, Fenster einwerfen, etc., ist klar, dass die Bullen teilweise vor dem Kollaps stehen. Vor allem in den verarmten Vorstädten ist teilweise das einzige, was sie nachts machen, sich selbst und ihre Polizeistationen zu verteidigen.

„Alle Kugeln werden zurückkehren“ - „Ihr werdet schon noch sehen, alle Kugeln, die ihr auf uns geschossen habt werden zurückkehren“, Antibullenparole



Auch wenn es jetzt so scheint, als ob die Spannung abflaut, ist sicher nichts vorbei. Dieses Abflauen liegt meiner Meinung nach jedoch viel eher an einer Ermüdung – und vielleicht auch an einem Mangel an weitergehenden Vorschlägen – als an einer Befriedung. Es kommt immer noch wöchentlich zu riesigen Demos in den Zentren, in vielen Vierteln brennen nachts immer noch die Barrikaden und die Wut und die Unzufriedenheit haben sich bestimmt nicht in Luft aufgelöst.

Ganze Generationen haben die Angst verloren, auch wenn die Militärs dieses Mal noch nicht den letzten Schritt gemacht haben und die Revoltierenden, wie so oft in der Geschichte (und der Gegenwart) massakriert haben, ist es zweifellos eine bleibende Erfahrung, einmal das wahre

tenverbandes von der Gostenhofer Kiezmiliz abgefackelt. 21.03.20: Für Durchzug wurde bei der Wohnung eines Berliner AfDlers. 22.03.20: Auto der Firma PKE brennt in Leipzig. PKE rüstet Gefängnisse mit Sicherheitstechnik aus. „Dank geht an alle Aufständischen die die massenhaften Ausbrüche der letzten Wochen ermöglicht haben.“ 24.03.20: Privat-SUV eines Zöllners brennt in Hamburg. „Die Diener des Staates bleiben die selben Unterdrücker, auch wenn sie nach Feierabend ihre Uniformen ausziehen und in ihr bürgerliches Privatleben zurückkehren. Doch wenn sie nicht aufpas-

Gesicht des Staates gesehen zu haben – und sich ihm widersetzt zu haben. Es hat sich einmal mehr auf eindrucksvolle Art und Weise gezeigt, dass das Einzige worauf unsere Ausbeutung und Unterdrückung basiert unsere Resignation ist. Wenn wir einmal aufhören mitzuspielen und beginnen das zu zerstören, was uns unterdrückt, ist jede Polizei und jeder Staat absolut überfordert.

Außerdem hat sich eindrucksvoll gezeigt, dass der pazifistische Weg ein Irrweg ist. Allen ist bewusst, dass diese Zerstörungen und gewaltsamen Angriffe entscheidende Faktoren waren. Hätten die Menschen einfach nur friedlich demonstriert, wie so oft die letzten Jahre, niemand hätte sich dafür interessiert. Der Staat hat ein Stück weit seine Macht eingebüßt zu definieren, was Gewalt ist. Keiner der Revoltierenden hat sich gegen die Plünderungen gestellt und niemand hat ein Problem damit, wenn die Bullen angegriffen werden und das war keinesfalls immer so. Die Vermummten, die sich mit der Polizei konfrontieren, sind quasi die „HeldInnen“ der Revolte, der Bullenhass weiter Teile der Bevölkerung ist ins Unermessliche gestiegen.

Spannend ist auch, dass es der Macht sehr lange überhaupt nicht gelang die Revolte zu spalten. Am Anfang wurde versucht, den gewalttätigen Teil gegen den nicht gewalttätigen auszuspielen, was aber überhaupt nicht funktionierte. Die anfängliche Rhetorik von wegen „wir befinden uns im Krieg gegen einen mächtigen Feind“, ging nach hinten los, weil die Menschen es eben als das wahrnahmen, was es war: die Wahrheit. Die Herrschenden sind und waren schon immer im Krieg gegen „ihre“ Bevölkerung.

Nach einer Woche der Revolte musste die Regierung zurückrudern und Piñera bat öffentlich um Verzeihung für seine Wortwahl und ging sogar soweit zu sagen, dass er sich über die 1,2 Millionen DemonstrantInnen in Santiago „freuen“ würde. Dass ihm das niemand abkaufte war klar, aber es machte den Weg frei für den Versuch der Befriedung der Proteste.

Da die Spaltung in gewalttätig und pazifistisch nicht funktionierte, konzentrierte sich die Macht mit ihren Sprachrohren – den Massenmedien – darauf, die Revolte abwechselnd als etwas von außerhalb Kommendes – aus Venezuela, Kuba oder Russland – darzustellen, oder als das geplante Werk von kriminellen Subjekten – sprich Anarchistinnen, Fußball-Hools und Drogenverkäufern.

Da das für alle Menschen, die sich zumindest einmal an einer Demo beteiligt hatten, offensichtlicher Weise Schwachsinn war, konzentrierte sich die Macht zunehmend darauf, die nächtlichen Plünderungen und Angriffe auf Polizeistationen von den Demos zu trennen. Die wochenlange Pro-

paganda auf allen Fernsehkanälen schien nach und nach diesbezüglich auch etwas Wirkung zu zeigen.

Dazu kam, dass die Linke einmal mehr ihre historische Aufgabe zu erfüllen wusste: Die Befriedung und Re-Integration der Wut um die Herrschaft zu modernisieren. Die verschiedensten Gruppen und Parteien der Linken schafften es relativ schnell ihre Jahrzehnte alte Forderung nach einer neuen Verfassung sichtbar zu machen: Sie waren die ersten (und einzigen), die mit riesigen Bannern ihre Forderungen sichtbar machten und es schafften, die Unzufriedenheit auf einige politischen Probleme (wie die aktuelle Verfassung) zu reduzieren. Dadurch schafften sie es, einen Teil der Bewegung zurück auf demokratisches Terrain zu führen und die Revolte zu schwächen. Wieder einmal ein Beweis dafür, dass die Linke – egal wie radikal ihre Forderungen oder Handlungen scheinen mögen – sich immer gegen die Revolte und für die Macht entscheiden wird. Es liegt an uns schon im Hier und Heute unsere Konsequenzen daraus zu ziehen.

Abgesehen von einigen Mini-Zugeständnissen versuchte die Regierung die Proteste auszusitzen, wobei sie mindestens genauso überrascht war wie alle anderen, dass die Wut so lange anhält. Parallel dazu hat sie den Cops schon die ganze Zeit absolut freie Hand in der Niederschlagung der Proteste gelassen. Über 20 Tote, über 300 Personen, die mindestens ein Auge verloren haben, Vergewaltigungen, geheime Folterzentren, übertriebener Gebrauch von Tränengas und Schrotgeschossen, das Verschwindenlassen von Menschen – eben das ganze Arsenal repressiver Methoden, welches allen Staaten hinter ihrer demokratischen Fassade zur Verfügung steht. Bis heute wurden mehr als 35.000 Personen im Kontext der Revolte verhaftet, von denen knapp 2.500 in Untersuchungshaft blieben. Hinter der Repression lässt sich zunehmend eine Strategie erahnen. Während zu Beginn mehr oder weniger wahllos Leute verhaftet wurden, vor allem während der Plünderungen, fokussierte sich die Repression mehr und mehr auf bestimmte Gruppen, auch um das von ihnen selbst gemalte Bild der „organisierten Gruppen“ zu bestätigen. So wird während der Demos zunehmend versucht die schwarz-vermummten Personen mit Molotow-Cocktails festzunehmen und jene die sie für die Brandstiftungen am Rande der Demos verantwortlich machten. Dafür werden vor allem Drohnen und Zivildrohnen benutzt. Personen wurden vor ihrer Festnahme zum Teil von Drohnen durch die halbe Stadt verfolgt. Außerdem versuchen sie Verantwortliche für die Brandstiftungen an den U-Bahn-Stationen und den Bussen zu finden. Beide vermuten und suchen sie aktiv unter den AnarchistInnen und Hools.

Außerdem wurden verschiedene Gesetze durchgedrückt, welche seit Jahren in Planung sind. So zum Beispiel ein Gesetz, welches u.a. die Strafen für das Errichten von

sen trifft es sie auch vor der eigenen Haustür.“ 25.03.20: AfD-Lokal in Berlin wird entglast. 25.03.20: In Bremen brennt ein Auto von Immo-Bremen und eine Engel & Völkers Karre wird eingehauen. „Alles in allem gibt es gerade viele Gründe (offline) zu agieren, zu analysieren und zu beobachten. Wir sind waren Unterwegs, um zu erfahren, ob es noch möglich ist sich Nachts zu bewegen. Und siehe da, es ist möglich.“ 27.03.20: AfD-Büro in Lage wird nach dem Anschlag in Hanau entglast. 27.03.20: Glasbruch bei Immobilienfirma in Hannover. „Delta Fonds ist ein Unternehmen, das seit

Barrikaden auf bis zu 5 Jahre anhebt und welches von PolitikerInnen aller Parteien durchgewunken wurde, zusätzlich in Planung ist ein Vermummungsverbot nach deutschem und europäischem Vorbild.

Immer noch kommt es wöchentlich zu großen Demonstrationen, zu nächtlichen Barrikaden in den Vierteln, auch wenn zunehmend versucht wird ungenehmigte Ansammlungen von Menschen zu verhindern. Es ist ein fragiler Scheinfriede...

„Die Kugeln kehren nicht von alleine zurück“ - Ein anarchistisches Plakat auf den Straßen Santiagos

Einige Aspekte der Revolte in Chile lassen sich auch in anderen der dutzenden weltweiten Protesten des Jahres 2019 wiederfinden und könnten auch charakteristisch für zukünftige Wutausbrüche sein.

Viele der Auslöser sind banal und wirken an und für sich genommen irrelevant, sei es ein neues Gesetz in Frankreich, die Abschaffung der Treibstoff-Subventionen in Ecuador, die Einführung einer Steuer auf Whats-App-Anrufe im Libanon oder eben die Fahrpreiserhöhung in Chile. Allen ist gemein, dass der konkrete Anlass schon im Moment der Wutexplosion irrelevant wird.

Die Unzufriedenheit wird nicht länger von der Linken oder politischen Organisationen verwaltet und für ihre Agenda genutzt, sondern die Proteste verbreiten sich rasend schnell und chaotisch, ohne dass irgendwelche Möchtegern-Führerinnen oder Sprecher die Möglichkeit haben, die Proteste zu vereinnahmen. Im Gegenteil, oft herrscht eine explizite Feindschaft allen Parteien und Organisationen gegenüber und die Proteste sind so chaotisch und äußern sich auf so vielfältige Art und Weise, dass es schwer ist, sie überhaupt zu beschreiben, geschweige denn zu vereinnahmen. Ein wichtiges Element der Revolte in Chile (und vielleicht auch in Frankreich bei den Gelbwesten) war die Gewalt und die weit verbreitete Zerstörung von öffentlichem und privatem Eigentum sowie die Plünderungen. Das machte es faschistischen und rechten Kräften schwer bis unmöglich sich positiv auf die Proteste zu beziehen. Ein Punkt, den wir im Kopf behalten sollten für den Zeitpunkt wenn es auch hier zu solchen Momenten kommt. Neben einem Vertreiben von Nazis und Rechten aus den Protesten, könnten Plünderungen, die Zerstörung und der „sinnlose“ Vandalismus der beste Schutz gegen eine faschistische Vereinnahmung von Revolten sein.

In der rasend schnellen Ausbreitung der Proteste, wie wir sie auch in Chile beobachten konnten, spielen die „sozia-

len“ Medien zweifellos eine Rolle. Videos und Informationen verbreiteten sich fast in Echtzeit über das gesamte Land und zeigten oft das genaue Gegenteil dessen, was im Fernsehen zu sehen war. Im Fernsehen wurden die SoldatInnen als Friedensbringer dargestellt, im Internet kursierten Videos, die zeigten wie sie Leute erschießen und überfahren; in den Medien wird von friedlichen Protesten geredet, gleichzeitig verbreiten sich Bilder von in Flammen stehenden Cops; die Zeitungen schreiben über die Wichtigkeit der Menschenrechte, auf Facebook verbreiteten sich Berichte von Folterzentren und Vergewaltigungen durch die Cops.

Es ist logisch, dass Kommunikationsmedien, die große Teile der Weltbevölkerung täglich bzw. minütlich für jegliche Interaktion nutzt, auch in solchen Momenten eine große Rolle spielen werden. Auch klar ist, dass es schon immer Revolten und Aufstände gab – und diese sich auch vor dem Aufkommen des Internets chaotisch und rasend schnell ausweiteten. Nie zuvor jedoch hatte die Repression solche gigantischen Möglichkeiten Revoltierende im Nachhinein zu verfolgen, wie das heute der Fall ist.

Unsere Kritik der Technologie geht jedoch meilenweit über das Problem der Repression hinaus. Es ist wichtig – genauso im Hier und Jetzt wie in solchen Momenten der Revolte – unsere Kämpfe fernab und gegen die „sozialen“ Medien zu führen und die Technologie als eine der Hauptstützen des modernen Kapitalismus und der Herrschaft zu identifizieren und anzugreifen.

Eine andere Frage, die aufkommt, ist jene der Stadtteilversammlungen. Diese entstanden spontan in den ersten Tagen der Revolte und befassten sich zuerst vorwiegend mit praktischen Fragen, in vielen Vierteln existieren sie bis heute. Als AnarchistInnen müssen wir genau analysieren, was für eine Rolle diese Versammlungen annehmen: Sind es Orte, die dabei helfen die Kämpfe zu koordinieren und weiter voranzutreiben? Oder verwandeln sie sich in politische Organe, in welchen sich die FührerInnen von morgen herausbilden? Das Problem dieser Versammlungen ist natürlich auch, dass man dort eher auf die linken Intellektuellen und die AktivistInnen stößt, die tendenziell eher eine Neuverteilung der Macht wollen als eine komplette Zerstörung dieser. Aber ich denke, dass diese Versammlungen zunächst ein bloßes Gefäß sind, also, dass durch ihre Form nicht ihre Handlungen vorherbestimmt sind und sie eher den Status der Revolte widerspiegeln als ihn aktiv zu beeinflussen. Sprich solange die Bewegung kämpferisch und offensiv ist, sind auch die Versammlungen eher ein Ort um die Kämpfe zu koordinieren. Wenn die Spannung nachlässt, richten sie sich eher nach Innen und werden vielleicht zu Werkzeugen der Vereinnahmung und des Reformismus.

Jahren für Verdrängungs- und Entmietungsprozesse verantwortlich ist, auch über Hannover hinaus.“ 01.04.20: Auto einer Soldatin und AfDlerin brennt in Berlin. „Wir würden gerne Solidarität zeigen mit all jenen, die über die Grenzen wollen und kommen, bis hierhin, in eines der reichsten und gesättigsten Länder der Welt. Aber unsere Stärke reicht weder aus, um diese Botschaft zu verbreiten, noch haben wir Strukturen aufgebaut, um Menschen ohne Pässe, Menschen mit Migrationshintergrund Sicherheit und Anschluss zu ermöglichen. So sitzen wir stumm vor den Bildschirmen, hasserfüllt bei den

Das Problem der para-staatlichen oder mafiösen Strukturen, die versuchen die Macht zu erobern, sobald sich der Staat zurückzieht, ist in Chile nicht so stark zu Tage getreten. Auch wenn die Drogenverkäufer, die *narcos*, ein Machtfaktor in den *poblaciones* sind und klar ist, dass sie Abmachungen mit den Bullen haben, um ungestört ihre Drogen verkaufen zu können, ist ihre Rolle nicht so klar, wie in anderen süd- und mittelamerikanischen Ländern. Sie bilden keinen kartell-artigen Parallelstaat, wie vielleicht in Mexiko oder Kolumbien, sondern sind eher Teil einer kleinkriminellen Schicht, oder, wie man vielleicht in Europa sagen würde, der „organisierten Kriminalität“.

In Zeiten des sozialen Friedens sind sie sicherlich Teil des Problems, vor allem aufgrund der Auswirkungen, die die Drogen haben, welche sie verkaufen. Aber tendenziell sind sie eher Teil der Ausgeschlossenen, die sich an der Revolte beteiligen, als befriedende Kräfte, die eine Rückkehr zur Normalität wollen. Zwar gab es Fälle, in welchen Teile dieser mafiösen Strukturen einen Machtfaktor in der Revolte darstellten, aber es war keine Machtausübung, die gegen die Revolte war (im Sinne einer Befriedung), sondern eine Selbstbereicherung. So kam es beispielsweise öfter vor, dass Teile dieser Strukturen bei Plünderungen, die wertvollsten Waren für sich beanspruchten und diesen Anspruch mit Waffen durchsetzten. Aber im Endeffekt zeigt sich die soziale Sprengkraft eines Aufstands oder einer Revolte auch in dem Maße, in welchem die sozialen Rollen aufgelöst und zerstört werden und genauso wie eine Arbeiterin tausend Gründe hat gegen ihre Rolle als Arbeiterin zu rebellieren, haben die Kleindealer und das Fußvolk der organisierten Kriminalität genug Gründe gegen ihr miserables Überleben aufzubegehren.

Ein Begriff, der in vielen der Revolten des Jahres 2019, und so auch in Chile, eine Rolle gespielt hat, ist die „Würde“, überall gehen die Menschen für ein „würdevolles“ Leben auf die Straße. Ich glaube, dass dieser Begriff so weit verbreitet ist, weil er für alles und für nichts steht, er beschreibt ein konkretes Verlangen nach einem besserem Leben und gleichzeitig etwas, das sich nicht in bloßen Reformen ausdrückt – vielleicht sogar etwas, das die meisten Menschen nicht einmal selber definieren könnten. Es gibt keine großen Utopien einer anderen Gesellschaft mehr, die sich schon am Horizont abzeichnet, de facto gibt es überhaupt nichts „Positives“ mehr. Die Arbeit ist heutzutage in so kleine Einzelschritte zerstückelt, dass niemand mehr seine Befriedigung in seiner Arbeit findet; es gibt keine politischen Vorstellungen mehr, die die Leute vereinen; überall um uns herum herrscht Krieg und Zerstörung, die Zukunft erscheint nur noch wie eine Bedrohung. Das ist kein Grund zur Resignation, im Gegenteil, mir scheint, dass unter anderem auch durch die Abwesenheit von politischen Ideologien und Massenorganisationen (seien sie anarchistisch oder nicht), teilweise ein extrem fruchtbareres Terrain



existiert, um unsere anarchistischen Ideen und Vorschläge zu verbreiten. Die Menschen haben keinen positiven Bezug mehr zu dieser Welt und zu ihrer Rolle in der Gesellschaft – je weniger, desto zerstörerischer wird die Revolte sein, wie jetzt beispielsweise in Chile. Die Frage ist ob die Ablehnung, die Wut und die Verneinung als Antrieb für einen aufständischen Prozess ausreichen oder ob ein Aufstand irgendwann eine positive Utopie entwickeln muss, damit uns nicht die Kraft und die Motivation ausgeht.

„Nada ha acabado“ - „Nichts ist vorbei, alles geht weiter“, Tag auf den Straßen Santiagos

Die Revolte in Chile hat für mich erneut bestätigt, dass meine Perspektive und ständiger Antrieb die Revolte bzw. der Aufstand ist. Es sind genau solche Momente der Abwesenheit von staatlicher Macht, die es schaffen alles in Frage zu stellen, es öffnen sich Wege in alle Richtungen und alles wird möglich. Es ist fast unvorstellbar was für eine Kraft, Interesse und Kreativität freigesetzt wird. Auf einmal existiert der soziale Raum um wahrhaft über die Frage des „Wie wollen wir leben?“ zu diskutieren. In einem solchen Kontext werden unsere Ideen wirklich zu sozialen Sprengstoff und besitzen das Potential sich unkontrollierbar, wie ein sozialer Virus, zu verbreiten. Wie schon mal an anderer Stelle geschrieben wurde, „über Freiheit kann man nur in Freiheit reden“.

Das bedeutet natürlich nicht, dass wir uns zurücklehnen und auf solche Momente warten sollten, sondern, dass die Frage ist, wie wir solche Momente erschaffen oder begünstigen können. Wie können wir dazu beitragen, dass es zu solchen aufständischen Situationen kommt, wie können wir in bestehende soziale Spannungen intervenieren, damit sie explodieren? Gerade das Beispiel aus Chile zeigt, dass es möglich ist, aus einer extremen Minderheitsposition Dynamiken anzustoßen, die in einer allgemeinen Revolte münden.

Wie könnten in unserem Kontext solche Vorschläge aussehen? Die nächtlichen Aktionen tragen bestimmt dieses

Bildern von der türkisch-griechischen Grenzsicherung und entsetzt über den Anschlag in Hanau.“ 01.04.20: Brandangriff auf den Strafanstaltsdienst für Eingliederung und Bewährungshilfe (SPIP) in Amiens. Dem Gefängnis gegenüber wurden drei Wagen von SPIP und zwei Gefangenentransporter durch Flammen zerstört. Zwei weitere Autos von SPIP wurden unter der Hitzeeinwirkung beschädigt. 05.04.20: Farbe und Graffiti auf dem CDU-Büro in Ludwigsburg zum Geburtstag von Abdullah Öcalan. 05.04.20: „In Solidarität mit allen gefangenen, obdachlosen und geflüchteten Menschen haben



Potential in sich, aber wie könnte hier ein Vorschlag aussehen, der auch mehr eine soziale Dynamik entwickelt, wie der Vorschlag des Massenschwarzfahrens und der gemeinsamen Zerstörung von U-Bahn-Stationen? Ich denke, dass jeder Angriff ein Vorschlag und eine Einladung ist. Aber wie können wir Projekte entwickeln, die diese Angriffe mit einer breiteren Perspektive, nämlich jener des Aufstands, verbinden? Kämpfe, die einen bestehenden sozialen Konflikt soweit auf die Spitze treiben, dass es zu sozialen und gemeinsamen Momenten der Revolte kommt?

Parallel zu der Frage, wie wir zu solchen Revolten beitragen können, müssen wir uns die Frage stellen, was wir in solchen Situationen wollen. Unsere gesamte Energie darauf zu verwenden die Bullen anzugreifen ist relativ un kreativ und aufreibend, sie sind es, auf die sich die allgemeine Wut sowieso fixieren wird (auch wenn es wichtig sein kann, bestimmte Erfahrungen des Straßenkampfes weiterzugeben). Mir erscheint es wichtig sich zu überlegen, wie wir zu einer Verlängerung der Abwesenheit der Macht beitragen können.

In Chile gab es in dieser Hinsicht relativ wenige konkrete Vorschläge von AnarchistInnen (oder zumindest wenige, von denen man mitbekommen hat). Das bedeutet keinesfalls, dass sich die AnarchistInnen nicht an der Revolte beteiligten, ganz im Gegenteil, man kann wohl getrost behaupten, dass die Revolte ohne die Beteiligung der AnarchistInnen einen anderen Verlauf genommen hätte: In jedem Aspekt der Revolte gab es anarchistische Interventionen, von den Zerstörungen bis zu den Versammlungen, von den Plünderungen bis zu den Straßen, die voll von anarchistischer Propaganda waren.

Nur denke ich, dass gerade wir als AnarchistInnen es sind, die eine tiefere Analyse der Macht haben (sollten) und dass es deswegen auch an uns liegt, dort zuzuschlagen, wo es wirklich wehtut. Was passiert, wenn in solchen Momenten kein Fernsehsignal mehr ankommt? Wenn der Polizeifunk nicht mehr funktioniert? Wenn die ganze Wirtschaft zum Erlahmen kommt, weil das Internet ausfällt?

Abgesehen davon individuelle Sabotage-Aktionen vorzuschlagen müssen wir uns fragen, wie wir in solchen Momenten konkrete Vorschläge machen können. Wie können wir beispielsweise die Idee verbreiten zu Tausenden die Reichenviertel zu plündern, anstatt sich tagtäglich im Zentrum die Zähne an den Cops auszubeißen? Wie schafft man es, dass auch die Arbeitsrealität zusammenbricht und die Menschen sich nicht mehr gezwungen fühlen, am nächsten Tag zur Arbeit zu erscheinen?

Und was ist überhaupt unser Vorschlag? Befreite Gebiete auszurufen und bewaffnet zu verteidigen, wie von manchen GefährtInnen dort überlegt? Gibt es nicht genügend Beispiele, wie zuletzt 2011 in Syrien die zeigen, dass die Macht nicht davor zurückschreckt Gebiete, die sich ihrer Kontrolle entziehen, einfach in Grund und Boden zu bomben?

Dutzende Fragen, die uns in unserer Realität heute vielleicht sehr theoretisch erscheinen, aber sich von einem Moment auf den anderen in essentielle Entscheidungen verwandeln können. Und im Eifer des Gefechts wird wenig Zeit und Ruhe bleiben, um sich ausgiebig darüber Gedanken zu machen. Klar ist, dass uns diese Momente immer überraschen werden. Aber wenn solche Fragen schon heute Teil unserer Überlegungen sind, ist es vielleicht leichter uns in solch chaotischen Momenten zu orientieren und unsere eigene Perspektive nicht aus den Augen zu verlieren.

Die Revolten brechen in immer kürzeren Abständen in allen Teilen der Welt aus und nie sind sie vorhersehbar. Es ist eine Illusion, dass hier alles ruhig ist. Es liegt an uns die sozialen Konflikte, die die heutige Welt am laufenden Band erzeugt, ausfindig zu machen und zu eskalieren. Oft braucht es nur einen Funken damit alles explodiert...

anonym

Shut down the power! Digitale Zurichtung sabotiert.

Dokumentation: „Wir erteilen der sogenannten Corona-App eine Absage und sind in Vorleistung gegangen. Wir haben heute, um jeder weiteren Aufweichung der Grundrechte und dem Ausbau der Überwachungsmaßnahmen entgegenzuwirken, einen Schacht mit Kommunikati-

onskabeln, die u. a. das „Heinrich-Hertz-Institut“ versorgen, in Brand gesetzt. Die Netzkabel von Colt, Telekom und anderen Anbietern sollten durch unseren Anschlag zerstört werden. „Das Heinrich-Hertz-Institut“ (HHI) war Ziel unseren Angriffs. Den offenen Schacht, in dem neue Kabel

wir eine WISAG Karre in Freiburg kunstvoll zerlegt, indem wir Bitumen in den Lüftungsschacht gekippt haben.“ 06.04.20: Die Bibliothek des Konservatismus in Berlin wird mit Hämmern und Farbe angegriffen. Die Aktion fand ohne die Beteiligung von Cis-Männern statt. „Die Bibliothek des Konservatismus ist einer der wichtigsten Treffpunkte und die Denkfabrik der Neuen Rechten in Berlin.“ 07.04.20: Engel & Völkers kriegen klirrenden Besuch in Weimar. 08.04.20: „Mit Glasbruch und Farbe im Eingangsbereich der Unternehmenszentrale der Wuppertaler Stadtwerke (WSW) haben

verlegt werden, haben wir als Zuleitung zum „HHI“ identifiziert. Der kurzfristige Shutdown betraf auch weitere ansässige Konzerne, etwa Autohäuser von den Klimakillern VW, Alfa Romeo, Jeep, Mercedes, Audi, Porsche etc. Eine Gefährdung für Menschenleben haben wir ausgeschlossen.

Warum wir die Nutzung der App politisch sabotieren:

Die Verordnungen gegen die Pandemie bringen Ausgangssperren, Kontaktverbote und weitere Eingriffe mit sich, die in der Geschwindigkeit ihrer Umsetzung und ihrer Grundsätzlichkeit in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellos sind. Begleitet werden diese Eingriffe immer wieder mit Kriegssprache. Das Vorbild für diese „Regeln“ bildet die Chinas Umgang mit dem Virus. China: eine patriarchale Diktatur, die jede Bewegung der Menschen überwacht, kontrolliert und Verstöße gegen die von der kommunistisch-kapitalistischen Elite gesetzten „Regeln“ bestraft. Die Abriegelungen von Millionenstädten kann nur in einem so effizienten totalitären System durchgeführt werden, als Maßgabe dafür, was möglich ist. China ist kurzfristig mit seiner 60 Tage dauernden totalen Ausgangssperre (bspw. in Wuhan) und der totalen Kontrolle der Menschen zum Modellfall der (behaupteten) Eindämmung der Pandemie für die Regierungen fast der ganz Welt geworden. Anfang Januar wurden diese Maßnahmen noch als totalitär und menschenrechtsverletzend kritisiert. Jetzt werden diese in abgewandelter Form ebenfalls in die anderen Erdteile transferiert.

Ganz in diesem Sinne schlug Jens Spahn mehrmals die Handyortung, das Daten-Tracking eines jeden Menschen vor, um die Infizierten und potenziell Neuinfizierte auffindig zu machen und zu isolieren. Die Kritik von Verfassungsrechtler_innen und Datenschützer_innen hielt er sich mindestens zwei Meter vom Leib. Die totale Ortung des Bewegungsprofils eines jeden Menschen hat er sich von China und Südkorea abgeschaut. Der Parlamentspräsident in Österreich plädierte für die verpflichtende Einführung einer vergleichbaren App. Auch hierzulande wurden entsprechende Forderungen laut. Schon die Diskussionen sind kalkulierte Tabubrüche mit dem Ergebnis dem wachsendem Überwachungspotential neuer Technologien zur Akzeptanz zu verhelfen und gegebenenfalls auch autoritär zu steuern, wenn es nicht „freiwillig“ geht.

In China wird die App von „Ant Financial“ bei öffentlichen Kontrollen durch die Polizei eingesetzt. Der persönliche QR-Code entscheidet über den Einkauf im Supermarkt und den Spaziergang. Bei einem roten oder gelben QR-Code erfolgen Anweisungen der Behörden. Diese Bezahl-App entscheidet in intransparenter Weise über die „soziale Corona-Virus-Last“. In Südkorea ist noch keine Ausgangssperre verhängt worden. Alle Menschen „dürfen“ so lange weiterarbeiten, bis das Smartphone sie als „infiziert“ oder als „Verdachtsfall“ identifiziert und der staatliche

Zugriff angeordnet wird. Aktuell zwingt die Regierung die Menschen in Südkorea, „freiwillig“ ihre Handydaten und Zugänge offen zu legen. Das Tracking von Daten ist in Südkorea u. a. mit dem Programm „Total Information Awareness“ erprobt worden, das von der NSA heimlich als „Prism“ weiterbetrieben wurde, wie der Whistleblower Ed Snowden offenlegte. In den USA wollen Google und Apple eine Corona-App gleich automatisch als Betriebssystembestandteil mit einem kommenden Update verteilen.

Ein Daten-Tracing soll bald in Form einer installierten App auch in Deutschland etabliert werden. Die Propaganda für diese App arbeitet bereits auf Hochtouren. Die Politik wird massive Werbung dafür zumachen, denn nur die breite Akzeptanz verspricht ihrer Ansicht nach die gewünschten Effekte. Oberflächlich betrachtet hört sich die Nutzung der App sinnvoll an. Bei der Einführung setzt man (zunächst) auf Freiwilligkeit, um den frontalen Verfassungsverstoß zu umgehen. Denn Kontakte, also infizierte und nicht infizierte Personen und ihr Umfeld, können ausgespäht werden. Aber wie auch bei der Weiterleitung (angeblich) anonymisierter Bewegungsprofile durch Mobilfunkanbieter, bei der die Betroffenen schon keine Einwilligungs- oder Verzichtsmöglichkeit hatten, ist davon auszugehen, dass die in der App enthaltenen Überwachungsmöglichkeiten schnell zu einem zwingenden Standard werden, sind sie einmal bei einer kritischen Menge „freiwillig“ etabliert: Wer in die Bibliothek will muss die App haben - der Besuch der Bibliothek ist ja freiwillig... Da der Quellcode der Software nicht offen liegt, ist keine Überprüfung möglich, ob die Propaganda zur Nutzung der App mit der Realität übereinstimmt, bzw. wer sich noch alles der Daten bedienen kann. Und ob nicht doch Möglichkeiten zum Daten-Tracking eingebaut sind. Ein einfaches Update der Software wäre jederzeit möglich. An dieser App arbeitet aktuell das „Robert-Koch-Institut“ u.a. zusammen mit dem „Heinrich-Herz-Institut“ und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und der Bundeswehr.

Es wird reguliert:

Die Geschwindigkeit der täglichen Veränderungen ist kaum zu verarbeiten. Die Bekämpfung der Pandemie wird nicht umsonst immer wieder mit bewusst gewählter Kriegsrhetorik untermauert. Denn ein Krieg ist immer auch ein sozialer Angriff nach innen, um die „Volksgemeinschaft“ oder - und das ist im Fall Corona neu - die Weltgemeinschaft auf die Interessen der Herrschaft neu zuzurichten. Dahinter steckt kein Plan der Verschwörung. Es ist die fortlaufende Dynamik herrschaftlicher Entwicklung, die seit Jahrtausenden nicht durch eine umfassende Revolution der Befreiung von allen Herrschaftsformen gebrochen werden konnte. Das Muster ist nicht neu: Krisen werden immer als Katalysatoren für repressive Regulationen der Bevölkerung genutzt, wenn eine revolutionäre Kraft nicht andere Akzente setzt. Im Angesicht der Pandemie wird

wir unsere Forderung, an die WSW, nach einem sofortigen Stromsperrstopp unterstrichen“ 09.04.20: Glasbruch und Farbe ins Büro kriegen Die Architekten von GSP in Bremen. Diese werben auf ihrer Homepage mit dem Bau und der Modernisierung mehrerer Gefängnisse, unter anderem die JVA in Bremen und in Berlin-Tegel. 09.04.20: Auto von AfDler in Berlin abgebrannt. Seinen Jaguar „haben wir an der Stelle angezündet, an der Georg v. Rauch 1971 bei einem Feuergefecht mit der Polizei getötet wurde; wir wollten schon lange mit einer Aktion an dieses Ereignis erinnern

eine Maschinerie der inneren Sicherheit in Gang gebracht, die davon lebt, dass alle mitmachen. Bei vielen Menschen regeln die konzerneigenen Algorithmen hinter den Apps bereits die Tagesabläufe, sind ständiger Begleiter. Nun in Zeiten von Corona also sich einschränken, sich sozial distanzieren, bei Kontakt sich (und die anderen) beobachten - und sich dieses mit der App dann irgendwann einfach machen. Gutes und verantwortungsbewußtes Gefühl inklusive, man hat etwas zur Sicherheit aller beigetragen.

Neue Unwörter tauchen auf.

Mit dem „Krieg gegen den Virus“ verändert sich auch die Sprache und das Denken. Plötzlich gibt es „systemrelevante“ Menschen. „Risikogruppen“, die sich selber isolieren sollen. „Soziale Distanz“ als Heilsbringer zum Schutz der „Risikogruppen“ und der „systemrelevanten“ Menschen, den „Helden des Alltags“. Letztere, das Pflegepersonal, die Supermarktangestellten, LKW-Fahrer_innen etc. werden zu Kämpfer_innen an der „Front“ gemacht, anstatt sie anständig zu bezahlen - während die Manager sich weiterhin ihre Boni genehmigen und Hilfsmilliarden für ihre Konzerne kassieren. Das militärmedizinische Konzept der „Triage“ stößt ins Zivile vor: die systematische Sortierung von Menschen: Wer zu retten ist und für wen es sich nicht mehr „lohnt“, wer auf dem „Schlachtfeld des Virus“ zurückgelassen werden muss. Dabei führt nicht der Virus als solcher zur Krise, sondern ein privatisiertes und profitorientiertes Gesundheitssystem führt zu dem gefürchteten Notstand in den Krankenhäusern und Pflegeheimen. In Spanien, in Italien und womöglich auch hier.

Dass jeder Mensch dem Tod schutzlos gegenüber tritt, zumal wenn er als unsichtbarer Virus auftritt und als neue Pandemie überhaupt nicht einschätzbar erscheint, schafft Ängste. Diese Ängste gilt es nicht kleinzureden. Es gilt, diese Ängste auch nicht zu überhöhen, zu etwas ganz außergewöhnlichem werden zu lassen, da wir alle eines Tages sterben werden. Doch die Urängste der Menschen vor dem Tod werden mit dieser Pandemie instrumentalisiert. Mit diesen Ängsten wird „gespielt“. Nicht die Privatisierungspolitik in den Gesundheitssystemen wird in Frage gestellt, sondern ob DU genug Abstand zum Nächsten hältst. Ob DU die Regeln einhältst. Diese Regeln werden überwacht (und teilweise auch bestraft). Und sie fördern allerorten eine der deutschesten Tugenden: den Hang zur Denunziation. Ihm gesellt sich in intellektuellen Kreisen der Vorwurf hinzu, man sei unsolidarisch, wenn man nicht den Verordnungen folge. Wenn DU diese Regeln nicht einhältst, bist DU schuld daran, wenn Menschen sterben. Mit dem Verweis auf die „Risikogruppen“ werden andere Widersprüche abgewürgt. Die „Risikogruppen“ werden ungeachtet ihrer individuellen Haltung zu einem Faktor der moralischen Erpressung, um unter Freund_innen die staatlichen und politischen Regeln unhinterfragt durchzusetzen. Mit der medizinischen Hygiene geht eine soziale Hygiene

einher, die kaum schmutziges, widerständiges Denken und Debattieren zulässt.

Von daher ist wahrscheinlich:

Unsere Aktion wird als unsolidarisch bezeichnet werden von jenen, die sich auch bei anderer Gelegenheit zum Handlanger staatlicher neuer Herrschaftstechniken und des sozialen technologischen Angriffes machen – auch ohne dass sie das vielleicht wollen. Unsere Erklärung wird entweder unterschlagen und einer unsichtbaren Nachrichtensperre unterliegen oder als wirr deklariert werden.

Wir stehen dabei solidarisch im Abseits:

Wir machen diese risikoreiche Aktion nicht, um breite Zustimmung zu erringen, dazu sind die Auseinandersetzungen im konterrevolutionären Sinne zu sehr zu unseren Ungunsten polarisiert. Wir wissen um die Zustimmung eines Teils der Gesellschaft. Wir stehen an der Seite derer, die nicht bereit sind, der Zerstörung historisch und schmerzvoll erkämpfter Menschenrechte zuzusehen. Wir stehen an der Seite der Geflüchteten an den Grenzen und in den Lagern. Wir stehen an der Seite derer, die die Instrumentalisierung der Pandemie und der Ängste erkennen und gegensteuern. Wir stehen an der Seite derer, die der wachsenden Überwachung beunruhigt gegenüber stehen.

Wie digitale Zurichtung geschieht:

Die Digitalisierung des Alltags, die unter dem Kontaktverbot und der Ausgangssperre zwangsläufig um sich greift und die plötzlich keine analogen Alternativen mehr zu kennen scheint, sehen wir als eine digitale Zurichtung der Gesellschaft. Auf den ersten Blick ist es für die isolierten Menschen die einzige Möglichkeit um miteinander in Kontakt zu bleiben. Aber der Raum, in dem das stattfindet, ist kein neutraler Raum. Er ist gesteuert und überwacht. Die sozialen Subjekte, die Menschen, werden zu virtuellen Figuren, die der Algorithmus in Datensätze zerlegt und anhand geheimer Kriterien beurteilt, Werbung steuert, Fehlverhalten markiert und meldet, Untertanentum belohnt. „Soziale Distanz“ oder „Abstand ist Anstand“ sind Begriffe, als wären sie aus Huxleys „Schöne Neue Welt“ oder Orwells „1984“ entlehnt. Es sind nackt besehen Kampfbegriffe, die uns ein Eintauchen in der virtuellen Welt als umfassende soziale Handlung zuweist. Ein „Wir“ wird vorgegaukelt und dem „Wir“ wird das Netz als neuer Ort der sozialen Begegnung und der Arbeitswelt angeboten - dabei wird die bereits durch den technologischen Angriff laufende soziale Vereinzelung weiter zementiert. Hier formiert sich die aktuelle und zukünftige Beherrschbarkeit ganzer Gesellschaften über das Netz.

Onlinehandel, digitaler Schulunterricht, Online-Seminare der Unis, Videokonferenzen, Homeoffice, elektronische Patientenakten, Amazon, Zalando, Netflix, Lieferando, Kartenzahlungen, Datingportale, Videostreams und Spiele

– danke für deine Luxuslimousine, Hansel du Arsch!“ 10.04.20: Luftbefreiungsaktion bei Vonovia Karre in München. 14.04.: „Vulkangruppe shut down the power“ sabotiert mit einem Brandanschlag die Datenleitung und Stromzufuhr des Heinrich-Hertz-Instituts in Berlin, einer der an der Entwicklung der „Corona-App“ beteiligten Institutionen. 14.4.: Firmenfahrzeug von GSP in Bremen angezündet. Laut Polizeipresse ist es vollständig ausgebrannt. GSP hat sich auf den Bau von Krankenhäusern und Knästen spezialisiert. 15.04.20: AfD-Büro in der Altmark beschmiert. 15.04.: In Leipzig werden

usw. sind Voraussetzungen dafür. Hier formiert sich Gesellschaft neu. Hier findet Gewöhnung statt, hier verändert sich Gesellschaft in einem Tempo, dessen Preis – die totale Manipulierbarkeit und damit Beherrschbarkeit - uns in allen Einzelheiten erst in den nächsten Jahren klar werden wird. Derzeit wird ein neues, nämlich hygienisches (nationales) „Wir“ konstruiert, um alle möglichen Maßnahmen durchzusetzen, gegen die in der Vergangenheit Vorbehalte und Widerstände existierten, wie zum Beispiel bei der Digitalisierung in den Schulen, der gläsernen Krankenkassenskarten und Patientenakten oder der Online-Bezahlungen und dem Verschwinden des Bargeldes.

Die Telekom stellt, ganz uneigennützig, cloudbasierte „Web Conferencing Services“ für Schüler_innen, Studierende und Lehrende umsonst zu Verfügung. Ähnliche Angebote gibt es passgenau auch für Unternehmen und deren Bedarf nach Homeoffice. Und für die Freizeit gibt es für die Kleinen den neuen Streamingdienst von Disney. Und zusätzlich 10 Gigabyte für das mobile Surfen obendrauf. Vorerst umsonst. Während die Telekom „Wir verbinden Deutschland“ propagiert, lautet der Schlachtruf von Vodafone „Deutschland bleibt vernetzt“. Die Angebotspalette unterscheidet sich nicht wesentlich. Aber Deutschland und das digitale Netz – das schafft Zusammenhalt. Der Coronavirus, ein Glücksfall für die Netzbetreiber: Neuer Bedarf nach schneller, breiter, mehr. Mit den aktuellen Angeboten bindet man zukünftige Kunden und generiert noch mehr Daten, auf die Firmen und Geheimdienste gleichermaßen zugreifen. So arbeitet Vodafone eng mit dem britischen Geheimdienst zusammen, der wiederum der engste Partner des amerikanischen NSA ist. Da die Menschen mehr Zeit im Netz mit sozialen Kontakten, Arbeiten und Vergnügungen zubringen, ist dies ein Fest für die Geheimdienste und Konzerne. Mehr Zugriff auf soziales Leben geht nicht. Wie viel mehr an Profit, wie viel mehr an Überwachung und Steuerung des Kaufverhaltens, der gewünschten Lebensweisen, der Früherkennung von Revolten lassen sich aus diesen Daten ableiten!

Spätestens seit Edward Snowdens Veröffentlichungen zu den weltweiten Überwachungen der NSA von Staaten und Gruppen bis hin zu einzelnen digitalen Äußerungen einzelner Menschen ist bekannt: Jede technische Möglichkeit der digitalen Überwachung und Verhaltenssteuerung wird auch genutzt. In China, in den USA, in Russland und auch in Deutschland. Die Corona-App ist ein Türöffner. Das Szenario, dass mindestens 60 Prozent der Bevölkerung in Deutschland auf eine App „freiwillig“ konditioniert werden sollen, auf einen Standard, auf eine Intention, auf eine „freiwillige“ Durchleuchtung aller privaten und öffentlichen Kontakte - das fordert unsere Sabotage geradezu heraus.

Was noch gesagt werden muss:

Wir erleben gerade eine weltweite Bürgerkriegsübung für zukünftige Krisen- und Kriegsfälle. Die Folgen dieser „Übung“ werden die Welt verändern. Die Heftigkeit der Pandemie, deren Ausbreitung und die Masse der sterbenden Menschen sind die Matrix, auf der wir in ein neues Zeitalter der Krisen als Dauerzustand eingeführt werden. Im Zweifel zählen weder Grundrechte des jeweiligen Landes (die noch nie für alle galten) noch Menschenrechte. Während Kontaktverbote und Ausgangssperren erlassen werden, wird der Zwang zur Lohnarbeit aufrechterhalten und es ins Ermessen der Unternehmer gestellt, ob sie weiter wie gehabt arbeiten lassen, sich Kurzarbeit subventionieren lassen oder die Produktion auf Profitableres umstellen. Anderswo brachen da wenigstens die Streiks los. Hierzulande endet die Pandemiebekämpfung an den Werkstoren. Am Band und sonst, wo kein Homeoffice möglich ist, sollten die Menschen solange arbeiten wie es der Profitmaximierung dient und dann schnell in ihre Familien-Waben zurückkehren, da lassen auch die Gewerkschaften nichts anderes hören. Während die Waren weiterhin frei zirkulieren und die osteuropäischen Wanderarbeiter*innen pünktlich antreten sollen, damit die Wirtschaft nicht zusammen bricht, werden Geflüchtete in Lagern gehalten - Lager, die die rasante Ausbreitung des Virus garantieren und angemessene Gesundheitsversorgung garantiert nicht gewährleisten.

Die eine Krise löst nicht nur die Nächste ab, sondern bringt Themen zum Verschwinden. Die Klimakrise verschwindet hinter Corona. Verschwunden auch die Kriege und deren Folgen. Und die Gründe für die Kriege sowieso. Ungeklärt ist, wo die 10.000 Menschen hingekommen sind, die an der Grenze zwischen Türkei und Griechenland festsaßen. Unbestraft bleibt die EU, die diese Grenzen immer mehr in Todesstreifen verwandelt. Unbeobachtet bleiben auch die Vorbereitung von Pogromen in Ungarn gegen Roma und Sinti durch Orban und die Rechten. Ohne Reaktion bleibt die Nutzung des Virus für die Etablierung autoritärer Regierungen gegen die Verfassung wie in Polen. Oder den Machterhalt des korrupten israelischen Präsidenten. Oder für die Festigung der Macht von Putin.

Spätestens jetzt sollte erkennbar sein, wann die Regierung und die Wirtschaft auf Expert_innen und die Wissenschaft vertraut und wann nicht. Warum kann eine Pandemie ein Notprogramm und weltweite einschneidende Maßnahmen auslösen, der bereits stattfindende Kollaps des Klimas aber nicht? Diese Fragestellung ist übertragbar auf alle weltweiten Missstände.

Im Falle der Zerstörung des Klimas, welches die gesamte Menschheit mindestens ebenso betrifft wie die Pandemie, wurden und werden die Mahnungen und Vorschläge der

verschiedene Kleingruppenaktionen zum Thema Festung Europa durchgeführt – Graffiti, Transpis, Plakate #LeaveNoOneBehind. 15.04.: In Gardelegen wird das Parteibüro der AfD in der Innenstadt markiert, die Tür wird unbrauchbar gemacht. 16.04.: In Wuppertal wird das SPD-Büro mit Farbe und Steinen angegriffen. Grund dafür ist die menschenverachtende Flüchtlingspolitik der Partei: „50 Menschen reichen nicht! Holt sie alle rein! 16.04.: In Karlsruhe wird der Stützpunkt der Reichsbürgergruppe „Republik Baden“ in der Roggenbachstraße 19 mit Farbbeuteln angegriffen.

Experten im Großen und Ganzen in den Wind geschlagen. Denn gegen die Folgen der Störung des Klimas ist es mit einem Impfstoff nicht getan. Ganz anders Corona: Gesundheitsexperten finden nicht nur offene Ohren, sondern ihr medizinischer Zugang zur Pandemiebekämpfung eröffnet der Politik neue Spielräume. Eine mörderische Wirtschaftsweise, ein kriegerisches Weltsystem und eine auf die Zerstörung der Erde und der Grundlage allen Lebens hinauslaufende Fortschritts- und Wachstumsorientierung werden mit Billionen Dollars und Euros gerettet, Proteste dagegen gesundheitsamtlich verboten. Es ist das koloniale Prinzip, nach dem Menschenleben unterschiedlicher Wert beigemessen wird. Jährlich sterben 100.000 Menschen an der Malaria. Der Klimawandel tötet schon heute: Hunderte Millionen Menschen hungern oder verhungern. Milliarden Menschen haben kein Zugang zu sauberem Trinkwasser.

In diesem neuen Zeitalter müssen sich die Kräfte, die eine grundsätzliche Veränderung wollen, neu orientieren und international neu aufstellen. Eine umfassende Umwälzung und Überwindung patriarchaler, kolonialer und kapitalistischer Verhältnisse ist keine Luxusfrage, sondern existenziell.

Wir werden uns nie gewöhnen, woran wir uns gewöhnen sollen. P.S.: Für einen revolutionären 1. Mai gegen Kolonialismus, Patriarchat und Nationalismus“

Vulkangruppe shut down the power / Digitale Zurichtung sabotieren

Corona: Pest oder Cholera. Die Nazis und der Staat

Eigentlich sollte dieser Text sich mit Nazis, Preppern und anderen Rechten beschäftigen. Das geht aber halt nicht immer ohne zumindest ein paar Worte zu Staat, Patriarchat und dem ganzen Corona-Scheiß zu sagen. Nun dann...

Zu Hause is eh am schönsten

Wir stehen momentan verschiedenen, sehr unterschiedlichen Gefahren gegenüber. Eine Pandemie, ein Virus, das auf der ganzen Welt grassiert und weltweit bereits an die 400.000 Menschen getötet hat, meist Vorerkrankte, Alte und Arme, viele in den Ländern, die entweder ein kaputtgespartes Gesundheitssystem haben oder aber noch nie ein sozialstaatliches hatten. Auch hier, im reichen Deutschland sterben Menschen an dem Virus. Das erfordert eine gewisse Vorsicht im Umgang. Die Pandemie bestärkt zudem all die Strukturen, die vorher auch schon Scheiße waren. Das Patriarchat zum Beispiel, das sich in dem Aufruf „stay at home“ versteckt hat, einem Zuhause, das für viele körperliche und emotionale Gewalt bedeutet. Das Patriarchat, das sich dann zeigt, wenn andere dich „nur zu deinem Besten“ reglementieren, einsperren, aussperren. Und ein Patriarchat, das in Zahlen und Statistiken spricht, mit der Kraft der Wissenschaft entscheidet, ob Menschen sich treffen dürfen, wer beatmet wird und wer nicht, ob Grundrechte außer Kraft gesetzt werden, ob Gefangene noch Besuch haben dürfen etc.pp. Kraft der Virologie wird der Lockdown für das öffentliche Leben beschlossen und Kraft der genehmen Ökonomen die Aufrechterhaltung der Lohnarbeit. Dabei kleidet sich die Wissenschaft im Mantel der Vernunft und Objektivität, die auch immer

die eigenen Interessen, die Axiome des eigenen Denkens verstecken will. Jede und jeder und alle anderen, die im Moment ganz genau wissen, was richtig ist und was falsch, sind Ideolog_innen, die im besten Fall nicht merken, wie patriarchal entmündigend die ganze Szenerie ist oder aber denen im schlechtesten Fall genau das prächtig in den Kram passt.

Souverän ist, wer über....

Antipatriarchal zu sein, heißt für uns, auch antistaatlich zu sein, denn der Staat ist der wohl mächtigste Verbündete des Patriarchats. Der Staat inszeniert sich in der Krise auf autoritäre Weise. Er trifft für seine Bürger_innen jede Risikoabwägung. Und für die, die nicht einsehen, dass vom Staat vorgegebenes Handeln vernünftiges Handeln bedeutet, hat er all die Restriktionsmittel bereit, die so zum staatlichen Repertoire gehören und sogar noch ein paar mehr, weil ja Ausnahmezustand ist. Und so fordert Vater Staat von seinem unvernünftigen Kindern, sich verantwortungsvoll zu benehmen. Weil die aber nicht so genau wissen, wie das geht, dürfen sie nur noch zu zweit rausgehen. Ob sie sich daheim auch an die neuen Regeln halten, kontrolliert er über Denunziant_innen und noch viel besser, über die neusten Statistiken um dann, wenn die Ansteckungsrate wieder hoch geht, die Verantwortlichen gleich zu haben. Die väterliche Warnung, „wenn ihr euch nicht benehmt, gibt es Hausarrest“ steht drohend über dem Sozialverhalten der Bevölkerung, die nicht mehr demonstrieren soll, aber schon noch arbeiten.

17.04.: In Berlin Reinickendorf werden die Türen des Nazitreffpunkts Grillhaus Maestral mit Sekundenkleber verklebt. 17.04.: In Bonn wird an der Rheinpromenade die Aufschrift „GRENZEN TÖTEN“ angebracht. 17.04.: In Hannover wird das Bürogebäude des Luxus-Immobilienprojekts „Charlottes Garten“ der Thomas Klinke Immobilien GmbH mit Farbe angegriffen. 17.04.: Der Reiner Bruhn wird in der Nachbarschaft seines Arbeitsplatzes in HH-Eimsbüttel geoutet. 17.04.: In Allach und Johanneskirchen bei München kam es zu Brandstiftungen an entlang der Gleise verlegten Kabeln. Durch

Und auch in der undogmatischen Linken ist der antistaatliche Ruf nach Selbstbestimmung ziemlich leise geworden. Wir haben oft von „eigenen Leuten“ gehört, dass die Maßnahmen des Staates so schlecht nicht waren und sind. Und die einzige Antwort, die uns dazu einfällt ist, dass unabhängig davon, ob wir Masken tragen oder Abstand zu anderen halten oder gar gleich ganz zu Hause bleiben, unabhängig davon, ein Staat, der uns vorschreibt, genau dieses zu tun und Zuwiderhandlung unter Strafe stellt und seine Schergen ausschickt dies zu überwachen, dass dieser Staat samt seinen Apologet_innen nichts außer unserer Feindschaft verdient.

Wie 2015

Die Auseinandersetzungen, die sich in den Regierungsrängen abspielen, sind nicht unsere. Da streiten sich Etatist_innen mit Neoliberalen, ob der Staat den Lockdown fortführen soll oder ob zu Gunsten der Ökonomie die Maßnahmen „gelockert“ werden sollen, weil „die Wirtschaft an Corona leidet“. Das ist irgendwie eine alte Debatte zwischen Pest und Cholera und wir finden es sehr gut, beide Seiten zu hassen. Keinesfalls werden wir uns auf eine Seite schlagen in diesem Streit zwischen den einzig beiden legitimen gesellschaftlichen Standpunkten. Wo gesellschaftliche Wirklichkeit auf eine Binarität reduziert wird (Primat des Staates oder Primat der Ökonomie), da ist die Verwerfung nicht weit. Binarität meint auch immer, dass ein Drittes nicht existieren darf. Und weil sich die hegemoniale Sprachordnung gerade anscheinend darauf geeinigt hat, ihre autoritären Politiken (gleich ob neoliberal oder etatistisch) unter Verwendung der historischen Begriffe der Linken zu verkaufen (Stichwort: „Solidarität“), ist es ganz praktisch, dass das Dritte momentan auf der rechten Seite ist. Die Ablehnung der Corona-Maßnahmen sei rechts, demonstrieren sei rechts, Kritik an diesem oder jenem wie Digitalisierung, Biopolitik, Pharmaindustrie sei rechts und politischer Widerstand erst recht. Also in jedem Fall illegitim (zumindest solange sie sich noch weigern auf die ein oder andere Art zu koalieren, programmatisch passt das ja ganz gut). Und das ist wohl die andere Wahl, die uns gerade gelassen wird. Auf der Seite des Staates stehen (der Wissenschaft, der Vernunft) oder auf der, der Rechten, der Verschwörungserzähler, der Antisemiten. Wir lehnen ab und zugleich denken wir einmal mehr, dass wir auch irgendwie selbst schuld sind. „Wir haben keinen Pandemieplan“ haben wir neulich gehört, also mit mir ist wohl die undogmatische radikale Linke gemeint. Das stimmt wohl und irgendwie sollten wir reden. Damit wir Pläne schmieden können, bevor die nächste Welle kommt, denn eines ist klar. Die „Maßnahmen“ werden sicherlich restriktiver und die Nazis werden stärker...

The Great Awakening

Es sind etliche Meldungen über Nazis, die uns momentan beunruhigen. In NRW, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sollen im März 2020 laut „Behörden“ Prepper in Vorbereitung auf einen Tag X Waffen und Munition aus Verstecken, den sogenannten Safehouses, geholt haben. Die Bundesregierung warnt vor einer erhöhten Terrorgefahr. Wir lesen das in einem Zusammenhang mit den Hannibal-Recherchen der taz. Durch sie wurde öffentlich, dass sich aus einer Melange von Nazi-Preppern, Nazi-Elitesoldaten und Nazi-Bullen eine bewaffnete bundesweite „Schattenarmee“ mit Umsturzplänen gebildet hat, die Vorkehrungen für einen Tag X trifft, also für den drohenden Zusammenbruch der Staatsordnung. An diesem Tag X sollten, so die Planungen, Massentötungen politischer Gegner_innen stattfinden. Die Leichensäcke waren schon bestellt. Am 7.4.2020 lasen wir dann einen internen Aufruf an Deutschlands Prepper, in dem diese aufgefordert werden, ihre Strategie zu ändern. Während Prepper bisher eher dazu neigten, sich unter dem Radar zu bewegen, ist dem neuerlichen Schreiben ein Appell zu entnehmen, Stammtische vor Ort zu bilden, sich zu vernetzen, um Alternativen zu diesem System aufzubauen. Diesbezüglich sollten auch gemeinsame Aktionen geplant werden. In den Chats derer, die sich Samstags zum Demonstrieren verabreden, finden sich etliche Nazi-Prepper und in den Chats der Prepper etliche Aufrufe, Samstags zu demonstrieren. So wie die Prepper alarmiert sind, so sind es auch so ziemlich alle extrem rechten Spektren, die man sich vorstellen kann. Auffällig ist, dass sich in all den Spektren Verschwörungsmystiker wie Fische im Wasser bewegen. Hochkonjunktur hat gerade die Erzählung von QAnon, eine Geschichte, die vorrangig von Trump-Unterstützer_innen erzählt wird. Kurz zusammengefasst glauben die Leute, die sich selbst QAnon nennen, das es eine weltweite Verschwörung von hauptsächlich Liberalen, Hollywoodschauspieler_innen und Juden gebe, die einen Putsch planen und zudem in einen internationalen Kinderhändlerring verstrickt seien, um den Kindern, die unterirdisch in Lagern gefangen wären, Adrenochrom zu entnehmen. Adrenochrom ist ein Stoffwechselprodukt des Adrenalin, das den Verschwörern ewige Jugend verleihen soll. Trump gilt als großer Antagonist, als Vorkämpfer gegen den „Deep State“ und als Befreier der gefangengehaltenen Kinder. Slogan von QAnon ist WWG1 WGA („Where we go one, we go all“), Erkennungszeichen ganz oft einfach nur das Q. Es ist uns fast ein bisschen peinlich, euch mit dieser Geschichte zu belästigen. Zwei Gründe sprechen aber dafür, das hier auszubreiten. 1. Die eklatante Ähnlichkeit dieser Geschichte mit der, von den Juden, die angeblich das Blut von christlichen Kindern zum Herstellen von Matzen verwendet hätten. Dieses mittelalterliche Gerücht des Antijudaismus hatte während der Pest Hochkonjunktur und war Antrieb für zahlreiche Pogrome.

die Brandanschläge wurden bei der Deutschen Bahn über mehrere Tage Verzögerungen verursacht. 18.04.: Ein Transporter des Knastprofiteurs und Abschiebedienstleister GA tec geht in Prenzlauer Berg in Flammen auf. 19.04.: Das Parteibüro der Grünen in Bremen wird mit Farbe angegriffen: Ein Zeichen der Solidarität und Verbundenheit an die Menschen in den zentralen Aufnahmestellen in Bremen, Halberstadt, Ellwangen und Suhl zu senden. Und an all diejenigen, die weltweit ihr Dasein in Camps, Lagern, Heimen und Knästen fristen müssen. 19.04.: In Bremen wird ein Firmen-

Diese Analogie finden wir bedrückend. Und 2. Es sind echt viele Leute, die auch hier an sowas glauben. Zum Beispiel Xavier Naidoo, der kräftig für QAnon die Werbetrommel rührt. In etlichen deutschen rechten Foren sind QAnon Leute aktiv und auf den Demos der sogenannten Querdenker bewegen sie sich unwidersprochen. Die Anfälligkeit für Verschwörungserzählungen ist groß. Impfen, ein ebenfalls ganz großes Thema dort, steht im Verdacht, Chips zur Gedankenkontrolle zu implementieren. Die COVID-19-Pandemie sei erfunden worden, um die „Neue Weltordnung“ einzuführen, so auch Attila Hildmann, der pinupboy der Samstagsdemonstrant_innen.

Prepper, Verschwörungserzähler_innen, Antisemit_innen, die Mischung hat es in sich und hinzu kommen die traditionell extrem rechten Gruppen und Parteien, die samstags mit auf die Straße gehen und momentan ein strategisch abwartendes Verhältnis haben und zudem ein etwas anderes Verhältnis zur Pandemie. Lässt man dem Virus freie Bahn, so dezimiert er „auf natürliche Weise“ die Bevölkerung äh pardon das Volk und zwar um die Schwachen und Alten und Kranken. Nur die Starken überleben. Ein Traum für jeden Völkischen.

Unserer Beobachtung nach sind die, die samstags einfach nur für Grundrechte eintreten und gegen einen autoritären Staat demonstrieren, eher marginal. Schon eher sind auch hier die in der Mehrheit, die bereits 2015 gegen die „Merkel-Regierung“ demonstrierten. Jedenfalls werden in etlichen Städten die gleichen Online-Foren zur Mobilisierung und zum politischen Austausch genutzt. Und mitunter findet man dort auch ganz offene Debatten darüber, was die klügste Art der Bewaffnung ist, wer wie bewaffnet ist,

und dass es wichtig sei, Soldaten in den eigenen Reihen zu haben, falls ein Systemcrash komme und Muslime die Macht übernehmen würden. So gerne wir würden, wir sollten diese Leute nicht einfach als Spinner abtun. Nicht insofern, dass sie keine wären, aber insofern, dass sie viele sind und entschlossen, insofern, dass es wenig braucht, damit einzelne oder auch mal viele von denen durchknallen. Was ist, wenn es einen Covid 19 Impfstoff gibt und eine Impfpflicht oder so? Ist das für den ein oder anderen dann Tag X?

Wir hören ab und an von Genoss_innen, dass es doch vielleicht gut wäre selbst „ein Angebot“ für die zu machen, die samstags mitlaufen. Wir sind auch völlig perplex, was da passiert, irritiert von der Überzahl der Feinde, von ihrer Verschiedenheit, von ihren Kämpfen untereinander. Aber wir wissen auch: wir wollen keine Angebote machen, weil... Wir sind ja keine Politikmaschinen. Der Antrieb muss doch wo anders liegen, als in einem „man müsste“. In uns, im Nicht-Aushalten der gesellschaftlichen Bedingungen, in der tiefen Ablehnung des Staates und seiner Schergen oder in der unbändigen Wut über die völkische Ideologie und ihre Verteidiger_innen oder in dem leidenschaftlichen Hass gegen die patriarchale Bevormundung.

Uns ist es wichtig, in dieser Situation zu reden, uns zu sehen. Richtig, also offline. Wir wollen planen, diskutieren, streiten. Wir sind dankbar über jeden linken Laden, der geöffnet ist. Wir freuen uns über den Aufruf aus der Rigaer, die Zentren zu öffnen. Wir brauchen Treffen, kleine wie große, autonome VVs. Wir wollen zusammen klüger werden, wütender. Wir haben euch vermisst.

Und nach dem Virus? Risiken und Nebenwirkungen

Vor einigen Tagen überstieg die Zahl der Coronavirus-Toten in New York City die Zahl der Todesopfer der Anschläge vom 11. September 2001. Wann immer Expertinnen und Politiker den 11. September beschwören, weiß mensch, dass sie die Bühne für etwas schockierendes und einschüchterndes vorbereiten.

Die Anschläge vom 11. September dienten der Rechtfertigung des Patriot Act, außerordentlichen Auslieferungen und Folterungen, der Besetzung Afghanistans und des Irak; und dies ebnete den Weg für eine Reihe weiterer Katastrophen, darunter den Aufstieg des Islamischen Staates. Während am 11. September 2977 Zivilist*innen getötet wurden, tötete der darauf folgende »Krieg gegen den Terror« mindestens hundertmal so viele Zivilist*innen.

Wenn der Vergleich mit dem 11. September etwas zeigt, dann, dass die Reaktion des Staates auf die Pandemie weitaus verheerender sein wird als das Virus selbst. Schauen wir uns die Gefahren an – und die Logik derer, die die staatliche Reaktion vorantreiben wollen, um sich auf die nächste Phase der Krise vorzubereiten. Es ist nicht unvermeidlich, dass das, was dabei herauskommt, Tyrannei sein wird; im Gegenteil, es könnte auch ein Umsturz sein.

Wie wir vor langer Zeit, in einem anderen Jahrhundert, erklärt haben, gibt es einen Unterschied zwischen Leben und Überleben. Angesichts der Pandemie und der mit ihr einhergehenden totalitären Machtergreifung sollten wir uns nicht nur mit der Frage beschäftigen, wie wir überleben werden, sondern auch mit der Frage, wie wir leben wollen.

fahrzeug des Knastarchitekturbüros GSP – Gerlach Schneider und Partner angezündet. 19.04.: Die Gefangenen der JVA Schulenburger Landstraße in Hannover werden mit Feuerwerk und Rufen begrüßt. 20.04.: In Stuttgart wird eine antimilitaristische Sprühaktion durchgeführt: Gegen die Fortschreitende Militarisierung und gegen den drohenden Einsatz der Bundeswehr im Inneren. 21.04.: Das Hauptbüro der Immobilienfirma Investa wird mit Farbe angegriffen – als Antwort auf die Räumung des Wagenplatzes SabotGarden. 21.04.: Die Scheiben der UBS-Bankfiliale im Neubad,

So wie die Anschläge vom 11. September zu einer Politik führten, die Hunderttausende von Menschen tötete, die nichts damit zu tun hatten, reagieren opportunistische Staaten auf die Pandemie, indem sie versuchen, eine neue Ära der Tyrannei einzuleiten.

»Seuchenverordnungen haben einen langen Schatten auf die politische Geschichte geworfen. Sie markierten eine gewaltige Ausdehnung der Staatsgewalt in Bereiche des menschlichen Lebens, die zuvor nie politischer Autorität unterworfen waren... Sie rechtfertigten die Kontrolle über die Wirtschaft und die Mobilität; sie erlaubten Überwachung und gewaltsame Inhaftierung; und sie genehmigten das Eindringen in Häuser und die Auslöschung der bürgerlichen Freiheiten. Mit dem Totschlagargument eines Notstands im Bereich der öffentlichen Gesundheit wurde diese Machterweiterung von der Kirche und von mächtigen politischen und medizinischen Stimmen begrüßt. Die Kampagne gegen die Pest markierte einen Moment in der Entstehung des Absolutismus, und ganz allgemein förderte sie eine Zunahme der Macht und Legitimation des modernen Staates.«

(Epidemics and Society
from the Black Death to the Present, Frank M. Snowden)

Aufgrund neoliberaler Globalisierung und Automatisierung ist ein wachsender Teil der Weltbevölkerung für die industrielle Produktion und Distribution schlichtweg überflüssig. Folglich haben die Arbeiter*innen den Dienstleistungssektor überflutet und arbeiten immer länger, um zu überleben. Anstatt die Friedensverträge zwischen Kapitalist*innen und Arbeiter*innen neu zu verhandeln, die den Kapitalismus durch das 20. Jahrhundert brachten, verlassen sich Regierungen inzwischen auf immer repressivere Polizeiarbeit, basierend auf technologischen Innovationen, um die unruhige Bevölkerung unter Kontrolle zu halten. Nichtsdestotrotz – oder gerade deshalb – kam es 2019 zu Unruhen mit Aufständen in Hongkong, Chile, Katalonien, Libanon, Sudan, Haiti und Dutzenden anderer Länder, wobei für 2020 weitere erwartbar waren... bis das Virus die Karten neu mischte.

Dies ist keine günstige Ausgangslage, um einer Pandemie zu begegnen. Wenn die Autoritäten einen wachsenden Teil der Bevölkerung als ein entbehrliches Ärgernis betrachten, das durch immer weiter eskalierende Gewalt im Zaum gehalten werden muss, haben sie wenig Anreiz, uns am Leben zu erhalten. Einige, wie Trump, wollen abgeschottete Gemeinschaften basierend auf Klassen, Nationalitäten und Ethnien errichten und alle außerhalb dieser Gemeinschaften den neuen Risiken einfach überlassen. Andere hoffen, eine neue Übereinkunft zwischen Herrschenden und Beherrschten aushandeln zu können, indem sie ein Mindestmaß an Sicherheit für alle im Gegenzug für beispiellose Formen der Überwachung und Kontrolle bieten.

Basel werden eingeschmissen. Gegen die „kapitalistische Seuche“. 21.04.: Die Nazikneipe „Titanic“ in Neumünster wird neu eingefärbt, der Vermieter wird mit Flyern zur Kündigung aufgefordert. 21.04.: Ein Fahrzeug von Eurovia Vinci wird in Berlin-Rummelsburg abgepackelt. Eurovia Vinci baut Knäste sowie andere menschenfeindliche Projekte und betreibt mit Toll-Collect eine private Überwachungsagentur. 21.04.: In Aachen werden als Auftakt zum Globalen Klima-Aktionstages mehrere Fahrkartenautomaten aus dem Verkehr gezogen – kostenloser Nahverkehr für alle! 22.04.: Banner und

Im Folgenden gehen wir auf diese beiden Vorschläge, wie die Staatsmacht im 21. Jahrhundert stabilisiert werden kann, ein.

Wenn viele Linke und Anarchist*innen merkwürdig zuversichtlich in Bezug auf die Aussichten auf sozialen Wandel sind, dann nur, weil unsere gegenwärtigen Bedingungen so offensichtlich unzumutbar geworden sind – nicht, weil sie etwas besonders vielversprechendes an sich haben.

In vielerlei Hinsicht ist das Worst-Case-Szenario bereits eingetreten. Polizeiroboter patrouillieren bereits auf den Straßen Nordafrikas, während Drohnen Dorfbewohner*innen in Italien überwachen. Viktor Orbán ist zum De-facto-Diktator Ungarns im Herzen des vermeintlich demokratischen Europas geworden. Die islamfeindliche Regierung Indiens hat 1,3 Milliarden Menschen mit einem einzigen Befehl eingesperrt. Auf Ost-Java wurden Hausarrestbefehle eingesetzt, um die Bewohner*innen, die ihre Region gegen eine zerstörerische Goldmine verteidigt hatten, zu vertreiben – aber nicht, um den Bergbau zu stoppen. Von China bis Peru bietet die Pandemie den Regierungen einen Vorwand, um Journalist*innen, die über ihren schlechten Umgang mit der Pandemie berichten, zu unterdrücken. Trump hat die Situation ausgenutzt, um die Militäroperationen in der gesamten westlichen Hemisphäre zu intensivieren – nicht, um von seinem Umgang mit dem Virus abzulenken, wie einige törichterweise annehmen, sondern weil das Virus ihm eine unwiderstehliche Gelegenheit bietet, seine Agenda voranzubringen.

Tunesien: »Wenn Sie ein Bild von der Zukunft haben wollen, so stellen Sie sich einen Polizeiroboter vor, der Ihre Papiere kontrollieren will. Unaufhörlich.«

In den USA wird das Gefährdungspotenzial explizit anhand Klassenzugehörigkeit verteilt. Lieferanten bringen Lebensmittel zu Computerprogrammiererinnen, die ihr Haus nie verlassen; Krankenpfleger*innen, die mit der Behandlung von Patienten mit COVID-19-Symptomen betraut sind, haben iPhones dabei, so dass die Ärzte die Patient*innen via FaceTime behandeln können, ohne selbst einer Gefahr ausgesetzt zu sein.

Aufs Zuhause bleiben beschränkt, sind wir eine gefangene Konsumentenbasis in einer von Amazon geführten Firmengestaltung, die von Telekommunikationsunternehmen abhängig ist, die uns mit dem Umlegen eines Schalters voneinander isolieren könnten. Die Behörden erwägen die Möglichkeit, alle unsere Bewegungen mit Gesundheitspässen oder mit Apps zu verfolgen und zu kontrollieren. Wenn ein solches Programm auf den Weg gebracht wird, könnten sie es ausweiten, um die Bewegungsfreiheit auch anhand des rechtlichen Status zu kontrollieren, wodurch unsere gesamte Gesellschaft in ein Gefängnis verwandelt würde.

Selbst in Ländern, die »die Kurve abgeflacht« haben, könnten Notfallmaßnahmen wie soziale Distanzierung und Verbote großer Versammlungen durchaus noch ein Jahr andauern – bis ein Impfstoff gefunden wird.

»Bis es einen Impfstoff gibt, brauchen die USA entweder ein wirtschaftlich ruinöses Maß an sozialer Distanzierung, einen digitalen Überwachungsstaat von schockierender Größe und Reichweite oder einen Massenversuchsapparat von noch schockierenderer Größe und mit massiven Eingriffsrechten.« – „Ich habe die Pläne zur Wiedereröffnung der Wirtschaft gelesen. Sie sind beängstigend“, Ezra Klein

Wir müssen ehrlich darüber sprechen, was das alles für soziale Bewegungen bedeutet. Neben dem Virus erleben wir den brutalsten Angriff auf unsere Freiheit seit mindestens einer Generation. Viele unserer Instrumente der kollektiven Selbstverteidigung hängen davon ab, dass wir uns in großer Zahl versammeln, was durch das Virus extrem gefährlich ist. Selbst wenn im Laufe dieses Jahres eine neue Revolte nach dem Vorbild des Aufstands in Chile ausbrechen sollte, werden die Gesundheitsbehörden dies als epidemiologisches Risiko ansehen und eine neue Abriegelung fordern – wodurch in unseren Reihen eine Spaltung heraufbeschworen würde: zwischen denen, die um jeden Preis Widerstand leisten wollen und denen, die es für so unverantwortlich halten die Verbreitung des Virus zu riskieren, dass sie eine totale Kapitulation vorziehen würden.

Dies wirft schwierige Fragen auf. Einige experimentieren mit Auto-Demonstrationen, Kundgebungen auf Abstand (manchmal genehmigt und mal verboten) und ähnlichem aber wir müssen ein viel breiteres Spektrum an Optionen entwickeln.

Während sie sich die Pandemie zunutze machen, um ihre Macht zu konsolidieren und ihre Agenda voranzubringen, nutzen Autoritäre aller Couleur diese Gelegenheit, um eine invasive staatliche Intervention als einzig wirksames Mittel zur Bewältigung einer Krise wie COVID-19 zu legitimieren. Wir müssen ihre Argumente entkräften und überzeugendere und inspirierendere Modelle für die Reaktion auf diese Krise vorlegen. Selbst mit all der Technologie und Unterwürfigkeit, die ihm zur Verfügung steht, kann der Staat nicht ohne ein gewisses Maß an wahrgenommener Legitimität, ohne ein gewisses Maß an öffentlicher Zustimmung regieren. Mit dem endgültigen Wechsel von Zuckerbrot zu Peitsche gehen die Herrschenden ein gefährliches Spiel ein.

Die Pandemie treibt mehrere Spannungen, die unsere Gesellschaft bereits destabilisiert hatten, an den Rand des Zusammenbruchs. Betrachten wir sie nebeneinander:

Feuerwerk am S-Bahnhof Wedding gegen den Krieg in Kurdistan. 22.4.: Die beiden Nazis und AfDler Hendrik Pauli und Jörg Kapitän werden in ihrer Nachbar*innenschaft geoutet. 23.4.: Im Stadtviertel Gern in München werden die Reifen von insgesamt 8 Transportern des Logistikunternehmens Mars aufgestochen. Mars ist ein Partnerunternehmen von Amazon – 32 Nadelstiche gegen die Logistik von Amazon. 22.4.: Im Leipziger Osten, (Täubchenweg) wurde ein Transporter der CG-Gruppe geplättet. 23.04.: Vonovia-Karre in FFM wird beschädigt und mit der Parole „Mietstreik!“

Die Finanzkrise

Viele rechnen seit Jahren mit einer Finanzkrise. Schulden haben jahrzehntelang dazu gedient, die Wirtschaft am Laufen zu halten – und die Menschen dazu zu verpflichten ihren Teil beizutragen. Wenn die Schuldverpflichtungen durch einen legislativen Erlass ausgesetzt oder gestrichen werden können, wenn der Kapitalismus nur deshalb funktioniert, weil Regierungen Banken und Unternehmen auf Kosten aller anderen immer wieder retten, dann sollte dies theoretisch das gesamte System in Frage stellen. Die Art und Weise, in der die kapitalistische Wirtschaft die Bedürfnisse der meisten Menschen – nach Sicherheit, nach materiell lebensnotwendigen Gütern, nach Freude und Zusammengehörigkeit und Bedeutung – nicht befriedigt, ist jetzt gerade sehr offensichtlich. Aber wenn gesellschaftliche Erfordernisse der sozialen Distanzierung und autoritäre Repression alle davon abhalten, eine machbare Alternative aufzuzeigen, könnten viele Menschen genau darauf mit dem Verlangen nach einer imaginären Normalität der Vergangenheit reagieren.

Gesundheitswesen

In den Vereinigten Staaten war der Zugang zur Gesundheitsversorgung lange Zeit ein kostspieliges Privileg; in vielen Bundesstaaten machte Obamacare im Leben der Ärmsten überhaupt keinen Unterschied. Jetzt ist klar, wie sich die Gesundheit der Armen auf die gesamte Bevölkerung auswirken kann.

Hierfür gibt es zwei mögliche Antworten. Die eine besteht darin, dass unsere Gesellschaft die Ressourcen auf die Befriedigung der Gesundheitsbedürfnisse der gesamten Bevölkerung ausrichtet – zu unseren Bedingungen und entsprechend unserer Prioritäten. Die andere ist, dass die Elite die von der Allgemeinbevölkerung ausgehenden Gesundheitsrisiken als eine Gefahr behandelt, die zum Schutz der Privilegierten bewältigt werden muss.

Wohnen

Weltweit hatten Immobilienspekulation und Gentrifizierung bereits Millionen Menschen verdrängt und Wohnraum für die Mehrheit fast unerschwinglich gemacht; kein Wunder, dass fast ein Drittel der Mieter*innen in den USA im April keine Miete gezahlt hat. Diejenigen, die sich nur noch städtische Schuhkartons leisten konnten, sind nun wie in einer Zelle eingepfercht; andere sind im Widerspruch zur Anordnung »zu Hause bleiben« obdachlos. Neben dem Virus haben häusliche Gewalt und Probleme der psychischen Gesundheit epidemische Ausmaße angenommen.

All dies zwingt zu der Frage: Was ist ein Zuhause? Sind es Immobilien, mit denen mensch spekulieren kann, ein Raum der Isolation, ein winziger Überrest des patriarchalen Feudalismus (»Das Heim eines Mannes ist seine Burg«)? Oder

ist es etwas anderes – das Gefühl der Sicherheit, das durch kollektive Solidarität geschaffen wird, etwas, das Individuen und Gemeinschaften zusammenbringen könnte, anstatt uns zu trennen?

Soziale Isolation

Die Pandemie hat buchstäblich Milliarden von Menschen (diejenigen, die überhaupt ein Zuhause haben) in ihren Häusern eingesperrt, aber in vielen Fällen hatte dies einen unerwarteten Effekt, da das Zuhause als Raum der Sozialität geöffnet, neue Formen der Intimität geschaffen und Netzwerke gestärkt werden. Doch diese Sozialität ist fast vollständig virtuell – und sie hängt von einer sehr kleinen Zahl von Telekommunikationsunternehmen und -plattformen ab.

Gerade jetzt übt die soziale Distanzierung so viel Druck auf die Menschen aus, dass viele von uns den verzweifelten Drang verspüren, sich in großer Zahl zu versammeln, unsere Freund*innen zu umarmen und einfach unter Leute zu kommen. Der Wert des öffentlichen Raums und der Sozialität war noch nie so deutlich wie heute. Wenn dieser Druck weiter zunimmt, könnte er störende oder befreiende Auswirkungen haben.

Aber wenn die soziale Distanzierung in verschiedenen Formen ein Jahr oder länger anhält – werden sich die Menschen dann daran gewöhnen, Menschenmengen ängstlich betrachten, Agoraphobie und neue soziale Ängste entwickeln? Werden wir uns so sehr daran gewöhnt haben, unsere Beziehungen virtuell zu führen, dass wir danach damit fortfahren, auch wenn wir persönlich zusammen sein könnten? Wird die Macht, die die Algorithmen von Unternehmen wie Facebook haben, die den Online-Dialog gestalten, das, was mensch sich vorstellen kann, noch mehr beeinflussen, als es bereits jetzt der Fall ist?

Ökologie

Die Verringerung der ökologischen Schäden während der Zeit des Hausarrestes in China ist weltweit in aller Munde. Bisher betrachteten alle die anhaltende Umweltkatastrophe als etwas, das sich unserer Kontrolle entzieht. Jetzt ist klar, dass wir sie stoppen können, wenn wir es wollen. Weder Demokratie noch autoritäre Regierungen waren bisher in der Lage, dies zu priorisieren. Aber wenn ein Virus die Umweltzerstörung aufhalten kann, kann dies auch einer unregierbaren sozialen Bewegung gelingen.

Totalitäre Entwicklungen

Bereits zuvor hatten sich Grenzkontrollen, staatliche Überwachung, Autoritarismus und die Gewalt des Polizeistaates rapide verschärft. Die Behörden spielen ein riskantes Spiel, bei dem es heißt: doppelt oder nichts. Im Moment haben sie eine schlagkräftige Rechtfertigung für ihren

Griff nach der Macht – aber wenn sie zu weit gehen, könnte der aufgebaute Druck explodieren.

Die Freilassung von Gefangenen aus den Gefängnissen und Haftanstalten unterstreicht, dass sie von vornherein nicht hätten dort sein müssen. Die Polizei gibt vor, die Ausbreitung des Virus zu stoppen, aber nach dieser Logik wäre es sicherer, sie auch von der Straße zu holen. Es ist der Gipfel der Dummheit, sich vorzustellen, das Virus sei ein Gegner, der in einem »Krieg« mit militärischen Mitteln bekämpft werden kann, um Ursula von der Leyens Rhetorik zu gebrauchen; wie die Hydra wird jeder Schlag, den die Streitkräfte landen, es nur noch stärker machen.

Es bleibt die Frage, ob das auch auf unseren Widerstand zutreffen wird.

Wenn wir die verfügbaren Rahmenbedingungen für die Reaktion auf die Pandemie analysieren, können wir die angebotenen Optionen auf drei konkurrierende Lager vereinfachen: die Anhänger*innen des Todes, die Apostel des Überlebens und die Partisan*innen des Lebens.

Die Anhänger*innen des Kapitalismus – das heißt, des Todes

Noch nie war es so offensichtlich, dass das Leben des Marktes für uns den Tod bedeutet. Donald Trump, Friedrich Merz und die anderen Mordbarone, die uns um ihrer kostbaren Balkendiagramme willen zur Arbeit eilen lassen wollen, haben dies deutlich gemacht. Der Kapitalismus war schon immer ein Kult des Todes. Wir verkaufen die unwiederholbaren Momente unseres Lebens für Löhne – wir reduzieren Wälder zu Sägemehl, saubere Luft zu Smog, Wasser zu Gift –, während der gewinnorientierte Wettbewerb die Reichen reicher macht und den Rest von uns verarmen lässt. Bei diesem Tempo werden wir uns bald zu den unzähligen Arten gesellen, die wir bereits in die Ausrottung getrieben haben.

Es geht nicht nur um die Frage, ob Trump uns zur Rückkehr an den Arbeitsplatz auffordert, bevor die Wissenschaftler*innen ihm die Erlaubnis dazu erteilen; überall dort, wo Arbeiter*innen gezwungen werden, sich der Ansteckungsgefahr von COVID-19 auszuliefern, um Miete zahlen zu können, wird dem Markt bereits jetzt der Vorrang vor dem menschlichen Leben eingeräumt, genau wie vor der Pandemie.

Nationalisten wie Trump und Matteo Salvini haben die Pandemie genutzt, um ihr Programm zur Schließung der Grenzen voranzutreiben, wobei sie unterstellen, dass chinesische, afrikanische und lateinamerikanische Migrant*innen für die Ausbreitung der Pandemie verantwortlich

versehen. 23.04.: Massive Graffiti-Kampagne auf Gebäuden und S-Bahnen in Berlin: #LeaveNoOneBehind. 24.04.: In Karlsruhe wird anlässlich des globalen Klimastreiks mittel Farbe und Plakaten ein bleibender Eindruck an der Deutschen Bank Filiale in der Innenstadt hinterlassen. 24.04.: In Villeneuve-la-Garenne kommt es zu schweren Riots, nachdem ein Bewohner der Stadt von Polizisten schwer verletzt wurde. 24.04.: In Wuppertal werden an Bus- und Bahnhaltstellen Ticketautomaten sabotiert – „Freie Fahrt für alle!“ 26.04.: Das Auto des AfDler-Ehepaars Droese in Leipzig Connewitz

seien, während sie gleichzeitig die Risiken einer Rückkehr an den Arbeitsplatz herunterspielen. Tatsächlich scheint das Virus aus Europa nach New York gekommen zu sein; zu den Hauptüberträger*innen gehören wahrscheinlich Angehörige der globalen Geschäftswelt, Politiker*innen und Polizist*innen – eben jene wenigen Gruppen, deren Angehörige sich frei versammeln und ohne angemessene Schutzausrüstung bewegen dürfen.

Unabhängig davon, ob sich das Coronavirus auf diese Weise verbreitete oder nicht, sind dies die Träger*innen des Kontroll-Virus – eine Nebenwirkung, die das Coronavirus so gefährlich macht. Ohne Polizei, Kameras, Gerichte und Gefängnisse hätten wir das politische und wirtschaftliche System, das so große Unterschiede in Reichtum und Macht schafft, schon vor langer Zeit abgeschafft. Ohne diese Ungleichheiten wären wir nicht mehr gezwungen, immer wieder zur Arbeit zu erscheinen, auch wenn wir uns damit zusätzlich zu den üblichen Demütigungen der Lohnarbeit einem statistisch signifikanten Risiko aussetzen, getötet zu werden. Die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Macht erhöht die Risiken, denen die Armen ausgesetzt sind, aber sie erhöht auch die Wahrscheinlichkeit, dass arme Menschen, Obdachlose und Arbeiter*innen gezwungen werden, Dinge zu tun, die das Virus weiter verbreiten.

Ironischerweise war der »libertäre« Rand Paul der erste Senator, der positiv auf das Coronavirus getestet wurde – und viele hofften, dass das Virus ihn ein für allemal für seine Überheblichkeit bestrafen würde. Seine Infektion, wie die Infektion so vieler Polizist*innen in New York City, ist eine perfekte Metapher für das Risiko, das sie für uns darstellen. Es bestand nie die Gefahr, dass Rand Paul oder Boris Johnson gezwungen sein würden, ohne Beatmungsgerät auszukommen. Ihre Unachtsamkeit, Gewalt und Profitgier sind die Faktoren, die den Rest von uns durch das Virus in tödliche Gefahr bringt. COVID-19 ist kein Racheengel, der die Rache der Menschen ausführen wird.

Es ist zu einfach, reiche Bürger*innen, die keinerlei Problem damit hatten Lenkraketen mit ihren Steuern zu bezahlen, durch die in Irak und Afghanistan Menschen abgeschlachtet wurden, nun wegen ihrer Panik bezüglich des Coronavirus zu belächeln. Aber lasst uns dem Tod gegenüber nicht leichtfertig sein. Alle abschätzigen und runterspielenden Bewertungen der Pandemie dienen letztlich den Bossen, die die Risiken für die Arbeiter*innen herunterspielen wollen und den Politiker*innen, die uns lieber sterben lassen würden, als den Markt zu gefährden.

Ja, Herzkrankheiten und Krebs werden in diesem Jahr mehr Menschen töten als das Coronavirus; es sterben weltweit nach wie vor 770 000 Menschen pro Jahr an HIV Infektionen, obwohl es Medikamente dafür gäbe.

Nur wenige haben in letzter Zeit einen Gedanken an die Millionen von Menschen verschwendet, die durch globale Konflikte getötet oder vertrieben wurden, obwohl Flüchtlinge zu denen gehören werden, die vom Virus am stärksten betroffen sein werden. Die meisten Menschen haben sich an die Kosten unserer Lebensweise gewöhnt, einschließlich des anhaltenden Mordes der gesamten Biosphäre durch den industriell verursachten Klimawandel; in diesem Zusammenhang wirkt die Konzentration auf das Coronavirus wie eine Kurzsichtigkeit. Aber anstatt uns an eine weitere Bedrohung zu gewöhnen, sollten wir die Besorgnis, mit der viele den Ausbruch des Coronavirus betrachten, auch auf all die anderen Tragödien ausdehnen, an die sich alle so sehr gewöhnt haben.

Jeder einzelne Tod, der durch die ungleiche Verteilung der Ressourcen unserer Gesellschaft verursacht wird, ist eine unermessliche Tragödie. Wir sollten auf jeden einzelnen so reagieren, wie die Bewohner*innen von Ferguson, Missouri, auf den Mord an Michael Brown reagiert haben. Während die Kapitalist*innen sicherlich versuchen werden, die Unterschiede zwischen »unentbehrlichen Arbeiter*innen«, den neu Arbeitslosen, und denjenigen, die bereits prekär oder ausgeschlossen waren, auszunutzen, um uns alle gegeneinander auszuspielen, müssen wir Bindungen echter Solidarität zwischen denjenigen schaffen, die durch ihre Arbeitsplätze gefährdet sind, und denjenigen, die durch Arbeitslosigkeit gefährdet sind; zwischen denjenigen, die keine Miete zahlen können, und denjenigen, die darum kämpfen, ihre Hypotheken zu bezahlen, und denjenigen, die schon lange vorher obdachlos waren. Jede*r Einzelne von uns ist unverzichtbar.

Die Apostel der Technokratie – das heißt, des Überlebens

»Auch wenn Amerika anfangs vielleicht nur langsam handelt, kann es, wenn es erst einmal auf der Höhe der Zeit ist, wahrscheinlich mit den Fähigkeiten der meisten autoritären Regierungen, einschließlich der chinesischen, mithalten.«

–The Thing That Determines a Country's Resistance to the Coronavirus, Francis Fukuyama

Demagogen wie Trump müssen mit bürgerlichen Parteien wie den Demokratien konkurrieren. Diese wollen die gleichen hierarchischen Strukturen erhalten, schlagen aber vor, sie klüger und effizienter zu betreiben. Von der New York Times bis hin zu westlichen Bewunderern der Kommunistischen Partei Chinas haben viele Expert*innen versucht, sich von Trumps ignoranter und leichtsinniger Reaktion auf das Virus zu unterscheiden, indem sie strengere Maßnahmen forderten. Sie sind die leidenschaftlichsten Befürworter*innen der oben beschriebenen invasiven Überwachungsmaß-

wird abgefackelt – in Gedanken bei den Ermordeten aus Hanau. 26.04.: Die Fassade der KFZ-Werkstatt Franz Spies GmbH in Landau wird großflächig mit dem Schriftzug „AfD stoppen“ besprüht. Der Inhaber der Firma ist Eugen Ziegler, Vorsitzender des Kreisvorstand Landau der AfD. 26.04.: In Hofheim werden zwei Firmenfahrzeuge der Immobilienfirma HÄHNLEIN & KRÖNERT in der Tiefgarage angegriffen. Dort wird der Spruch „Gegen die Stadt der Reichen“ hinterlassen und den Porsche SUV ordentlich demoliert und am Ende noch mit Löschpulver den Innenraum unbenutzbar gemacht

nahmen. Im Gegenzug bieten sie denjenigen, die Trump dem Tod preisgeben würden, bessere Überlebenschancen.

Unterstreicht diese Pandemie nicht in der Tat, dass wir mehr Zentralisierung, mehr Überwachung, eine »stärkere« Regierung brauchen?

Tatsächlich hat jede Regierungsform – von China und Iran bis hin zu den Vereinigten Staaten und Deutschland – Informationen über die Pandemie verschwiegen und verzögert auf die Pandemie reagiert, in einer Weise, die das Risiko für alle erhöht hat. Im Iran bestand die Rechtfertigung darin, die Bevölkerung vor einer Wahl ruhig zu halten; in den Vereinigten Staaten ging es darum, den Aktienmarkt so lange wie möglich am Laufen zu halten und in Deutschland sollte noch Karneval gefeiert werden. Das Problem ist nicht, dass die Behörden nicht genug Kontrolle hatten; das Problem ist die Zentralisierung der Macht selbst. Wann immer die Macht in den Händen einiger weniger konzentriert ist, ob es sich nun um eine Militärjunta, Parteifunktionäre oder gewählte Funktionärinnen handelt, werden sie unweigerlich ihren eigenen Interessen Vorrang vor den Interessen anderer einräumen. Jede aufstrebende Regierungspartei sagt uns, dass ihre Regierungsführung besser sein würde als die der anderen oder dass sie mit mehr Macht mehr Gutes tun könnten, aber wir sollten es besser wissen, als solchen Versprechungen zu glauben.

Francis Fukuyama hat argumentiert, dass das Vertrauen der Menschen in die Herrschenden der entscheidende Faktor für die Wirksamkeit der staatlichen Reaktionen auf die Pandemie ist:

»Was am Ende zählt, ist nicht die Art des Regimes, sondern ob die Bürger ihren Anführern vertrauen und ob diese Anführer einem kompetenten und effektiven Staat vorstehen.«

Damit verfehlt er auf offensichtliche und unaufrichtige Weise den Kern des Problems: Was passiert, wenn das Vertrauen in eine »kompetente und effektive« Regierung, die nicht das tut, was im besten Interesse der Bevölkerung ist, weit verbreitet ist?

Für Anarchist*innen ist die Antwort auf dieses Problem deutlich. Das Einzige, was uns Sicherheit geben kann, ist die Einrichtung weit verbreiteter horizontaler Möglichkeiten zur Übermittlung von Informationen, ob die Behörden dies wünschen oder nicht – um die staatliche Zensur zu umgehen, die beispielsweise die öffentliche Wahrnehmung der COVID-19-Epidemie in China verzögert hat – und um in der Lage zu sein, unsere eigenen autonomen, partizipatorischen Maßnahmen zum Überleben, gegenseitige Hilfe und kollektive Selbstverteidigung umzusetzen. Wenn wir uns bei der Lösung all unserer Probleme auf die bestehenden Regierungen verlassen, werden wir uns darauf

beschränken, ihre gefährliche und eigennützige Politik zu unterstützen. Unsere Hoffnung bleibt dann beschränkt auf unbefriedigende Kampagnen für einen Wandel wie jene von Bernie Sanders.

Die Alternative zu technokratischen Lösungen von oben besteht nicht darin, die individuelle Freiheit isoliert zu feiern. Sie besteht vielmehr darin, unsere Energie darauf zu verwenden, fähiger zu werden, Informationen auszutauschen und Aktivitäten international zu koordinieren – so wie es Anarchist*innen immer befürwortet haben. Koordination und Zentralisierung sind zwei verschiedene Dinge.

Wie andere argumentiert haben, sind die Maßnahmen, die die Verbreitung von COVID-19 verzögert haben, größtenteils ein Verdienst der einfachen Menschen, die sich freiwillig zu sozialer Distanzierung und anderen verantwortungsvollen Praktiken verpflichtet haben – und nicht der einiger Regierungen. Freiwillige, selbstorganisierte und von Ethik statt Zwang getriebene Aktivitäten werden immer die besten Ergebnisse liefern. Wenn die Ressourcen und das Wissen breit und gleichmäßig verteilt sind, sind die Menschen viel besser als jedes zentralisierte Entscheidungsgremium in der Lage, die Risiken, denen sie ausgesetzt sind und die sie anderen auferlegen, einzuschätzen, Prioritäten zu setzen und ihnen zu begegnen.

Kurz gesagt, der einzige Weg, um sicherzustellen, dass die bestehenden politischen Systeme tatsächlich unseren Bedürfnissen begegnen, besteht darin, dass wir sie einfach ersetzen oder stürzen können, wenn sie uns im Stich lassen. Eine zentralere Kontrolle wird dies erschweren.

Dies bringt uns zu einer verwandten Frage, die in den Jahren nach der Pandemie besonders wichtig sein wird. Wäre es das nicht Wert, unsere individuellen Freiheiten aufzugeben, wenn wir im Gegenzug etwas mehr Sicherheit und Schutz erhalten könnten? Es werden vermutlich bürgerliche Demagogen auftauchen, die uns diesen Vertrag mit dem Teufel anbieten wollen.

Ohne die Freiheit, uns zu unseren eigenen Bedingungen außerhalb und gegen die herrschende Ordnung zu organisieren und zu verteidigen, werden wir nicht in der Lage sein, die Errungenschaften zu verteidigen, die wir innerhalb der herrschenden Ordnung erzielen. Selbst wenn unsere einzige Sorge darin bestünde, unser Überleben in materieller Hinsicht zu sichern, würde uns der Verzicht auf auch nur einen Zentimeter Freiheit niemals helfen, dieses Ziel zu erreichen.

Das offene Geheimnis der bürgerlichen Parteien und Technokrat*innen ist, dass sie uns keine wirkliche Alternative zu den Autokrat*innen bieten. Ihre Programme dienen immer dazu, den Staatsapparat zu stärken, den die Autokrat*in-

eines weiteres Auto der Firma wird ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. 26.04.: In Stuttgart wird das Wohnhaus des AfDlers Dirk Spaniel mit Farbe angegriffen. 26.04.: Der Tübinger AfDler Sebastian Maaß wird in seiner Nachbarschaft geoutet, vor seinem Haus wird die Botschaft „Maaß du Nazischwein“ hinterlassen. 27.04.: Der AfDler Dieter Mangold in Ludwigsburg wird geoutet. 27.04.: Der AfDler Rüdiger Ernst wird in Offenburg an seinem Wohnort besucht, es werden Grüße hinterlassen. 28.04.: Die AfDler Harald Dürr und Bernhard Huschka werden zuhause besucht. Die Häuser kriegen

nen dann gegen uns einsetzen. Trump hat all die Macht geerbt, die Obama im Exekutivamt konzentriert hat. Letztlich ist die Wahl zwischen brutaler Autokratie oder einer effizienten Technokratie keine wirkliche Wahl.

Lasst uns mit einem Wort zur Expertise in den Wissenschaften schließen. Bislang sind die medizinischen Wissenschaftler*innen vielleicht die einzige Gruppe von Autoritäten, die diese Katastrophe unbeschadet überstanden hat. Aber die medizinische Industrie selbst hat nie im besten Interesse der gesamten Menschheit funktioniert. Im Idealfall sollte die Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse ein kollektives Unterfangen sein, an dem die gesamte Menschheit beteiligt ist, und nicht ein Bereich, in dem akkreditierte Expert*innen allen anderen die Wahrheit diktieren. Kapitalismus und institutionalisierte Autoritätssysteme haben lange Zeit die partizipatorische Entwicklung von Wissen, den Zugang zu diesem Prozess durch geistige Eigentumsrechte, institutionelle Informationsmonopole und die Bestimmung, wer Zugang zu Finanzmitteln erhält, behindert. Das Profitmotiv, das der Markt den Forscher*innen auferlegt, korrumpiert ihre Prioritäten und greift in den Prozess selbst ein – so haben zum Beispiel Teilnehmende medizinischer Studien, die als Laborratten Medikamente testen um ihre Miete zahlen zu können, keinen größeren Anreiz, Fragen ehrlich zu beantworten, als Pharmakonzerne, die versuchen, Profit zu machen.

Diese Pandemie hat gezeigt, wie wertvoll kooperative internationale Ansätze gegenüber marktgesteuerten Modellen sind; praktisch jede*r hofft, dass Wissenschaftler*innen über institutionelle und nationale Grenzen hinweg zusammenarbeiten, um einen Impfstoff herzustellen. Wie in jedem Aspekt unseres Lebens brauchen wir mehr Autonomie, mehr Kommunikation und horizontale Koordination, nicht mehr Hierarchie. Das bestehende medizinische Establishment ist nicht besser geeignet, uns zu regieren als die vorherrschenden politischen Institutionen.

Die Partisan*innen der Freiheit – das heißt, des Lebens

»In einer Pandemie, die das Leben seines sozialen Nutzens beraubt hat, scheint das Leben die Gesellschaft völlig zu bedrohen.« –The Pandemic Community, Nil Mata Reyes

Überleben ist lebenswichtig, aber das ist nicht alles. Es ist notwendig, aber nicht ausreichend.

Es ist simpel, vom Überleben zu sprechen; wir können es mit medizinischer Terminologie definieren. Über das Leben zu sprechen, ist dagegen von Natur aus parteiisch. Wenn mensch vom Leben spricht, spricht mensch immer von einer bestimmten Art zu leben, von einer bestimmten Reihe von

Beziehungen, Einflüssen und Werten. Diejenigen, die sich auf »Leben« beziehen, als ob das, was sie mit dem Wort meinen, selbstverständlich wäre, haben immer irgendeine Art von Agenda im Ärmel.

Wenn die Herrschenden versuchen, die Diskussion auf die Frage zu konzentrieren, wie wir unser Überleben sichern können, sollten wir das Thema wechseln und uns fragen, welche Art von Leben wir in der Welt nach der Pandemie führen wollen. Es mag einige autoritäre Modelle geben, die tatsächlich unser Überleben sichern können, aber keines, das die Art von Leben liefern kann, die wir uns wünschen. Wenn wir nur mit den Herrschenden um Arbeitsplätze, Löhne und die Gesundheitsfürsorge feilschen, die für unser Überleben unerlässlich sind, werden wir bestenfalls mit garantierter Unterbringung in identischen Quarantäneeinheiten, digitalen Identitätsarmbändern, die mit biologischen Daten kodiert sind, und lebenslangen Netflix-Abonnements, die unsere Sinne betäuben und uns von Leben ablenken, abgespeist werden. Das ist das Beste, was die Technokrat*innen zu bieten haben. Wir müssen größer träumen.

Von Freiheit zu sprechen, ist im Jahr der Seuche fast Ketzerei. Freiheit wird mit der Art von reaktionären Possenreißern in Verbindung gebracht, die immer noch so tun, als sei das Virus selbst eine Art Verschwörung. Doch, wie oben dargelegt, werden wir ohne Freiheit nicht in der Lage sein, irgendwelche Errungenschaften, die unser Leben verbessern, zu gewinnen oder zu verteidigen. Diejenigen, die an der Macht sind, werden uns niemals die Selbstbestimmung zu unseren eigenen Bedingungen gewähren – und ohne Selbstbestimmung sind wir ihnen ausgeliefert. Wir müssen das Gleichgewicht der Macht verändern.

Heute, da ihnen bereits fast alles geraubt wurde, was dem Leben einen Sinn gibt, haben viele Menschen das Gefühl, nichts mehr zu haben, woran sie sich festhalten können, außer dem Überleben im kargsten biologischen Sinne. Deshalb sind sie bereit, noch mehr aufzugeben. Aber wenn diese Krise wirklich alles in Frage stellt, dann lasst uns für das kämpfen, was wir wirklich wollen.

Von Projekten der gegenseitigen Hilfe und wilden Streiks bis hin zu Mietstreiks und Gefängnisrevolten – überall auf der Welt gibt es bereits mutige Widerstandsbewegungen. Aus diesen Bemühungen müssen Netzwerke entstehen, die dem neuen Totalitarismus entgegentreten und ihn besiegen können. Der Einsatz war noch nie so hoch wie heute.

Nach Leben statt Überleben zu streben, bedeutet, auf Garantien zu verzichten. Wer voll und ganz leben will, muss manchmal sein Leben riskieren. Es geht um Bedeutung, die hier auf dem Spiel steht, mehr noch als um Sicherheit.

einen neuen Anstrich und die Briefkästen eine Bauschaumfüllung. 28.04.: In Berlin Kreuzberg wird eine Polizeistreife mit Steinen angegriffen – in Solidarität mit den Rebell*innen in den Banlieues. 28.04.: In Friedrichshain wird eine weiterer Bullenkarre ebenfalls mit Steinen attackiert – gegen die Repression im Nordkiez! 28.04.: Der Staatsschutz wird mit Wurfgeschossen aus der Rigaerstr. in Berlin vertrieben. 29.04.: In Karlsruhe wird der Karl-Benz-Saal entglast, der Saal steht regelmäßig der AfD als Veranstaltungsort zur Verfügung. 29.04.: In Bremen wird der Hauptsitz der Arbeiterwohl-

Was willst du? Kostenlose Tests und Behandlung von COVID-19 für alle und eine umfassende medizinische Versorgung? Dass die Maschinen in der Fabrik deines Arbeitgebers zur Herstellung von Beatmungsgeräten anstelle von Automobilen verwendet werden? Dass du die medizinischen Materialien aus deinem Pflegeberuf frei nutzen kannst, um auch jene zu behandeln, die nie Zugang zu angemessener medizinischer Behandlung hatten? Die Möglichkeit haben, deine Fähigkeiten und Ressourcen und deine Kreativität zum Nutzen aller einzusetzen – statt sie dem Diktat des Marktes unterwerfen zu müssen? Den wirtschaftlichen Druck abschaffen, der die Menschen dazu zwingt, das Risiko einzugehen, das Virus zu verbreiten und zum globalen Klimawandel beizutragen? In der Lage sein, in andere Länder zu reisen, ohne die Viertel der Städte, die du besuchst, zu gentrifizieren? Dich frei auf Festen mit

vielen Menschen versammeln, ohne Angst vor Pandemien oder Polizei? Dass wir aufeinander aufpassen und uns gegenseitig unterstützen?

Beantworte diese Fragen für dich selbst, liebe*r Leser*in, und lasst uns auf Grundlage unserer wildesten Träume eine gemeinsame Sache finden. Wir werden am Ende dieses Albtraums mit dir auf die Straßen gehen – entschlossen, allen Albträumen ein Ende zu bereiten.

»Wir wussten die ganze Zeit, was wir wollten, wir dachten nur, es sei unmöglich. Das ist es aber nicht. Es ist nicht nur möglich, es ist auch unser einziger sicherer Weg in die Zukunft.«

anonym

25 Jahre auf der Flucht

Seit einem Viertel Jahrhundert mittlerweile verfolgt uns die deutsche Justiz für einen Anschlag auf die Baustelle des Abschiebegefängnisses Grünau am 11 April 1995. Ein Anschlag, der nie ausgeführt wurde. Mit abenteuerlichen juristischen Konstruktionen hat die BAW dafür gesorgt, dass sie weiter gegen uns fahnden kann, obwohl die ursprünglichen Vorwürfe, nämlich ein Gebäude der Bundeswehr zerstört und eine „terroristische Vereinigung“ betrieben zu haben, längst verjährt sind. Als Grund der Strafverfolgung muss jetzt die angebliche „Verabredung zu einer Straftat“ herhalten, deren Verjährung absurderweise länger hinausgezögert werden kann als die Straftat selbst. Proteste bis vor den höchsten juristischen Instanzen waren zwecklos. Die BAW darf uns weiter belangen und sorgt mit Neuauflagen der Roten Ausschreibung von Interpol dafür, dass wir selbst in unserem fragilen venezolanischen Exil nicht in Ruhe gelassen werden, was unlängst zur monatelangen Festsetzung von Peter unter inhumanen Bedingungen geführt hat.

Woher dieser hartnäckige Verfolgungsdrang? Niemand wird ernsthaft denken, dass drei in die Jahre gekommenen Männer, die sich mit Landwirtschaft, chinesischer Heilkunde und Musizieren beschäftigen, eine Bedrohung für die Sicherheit der BRD darstellen. Um Gefahrenabwehr kann es hier wohl nicht gehen. Vielleicht geht es darum, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit aufrecht zu erhalten und klar zu machen, dass die deutsche Justiz in ihrem Anspruch auf Durchsetzung der Gesetze keinen Spielraum gewährt? Aber das wiederum widerspricht der Erfahrung, dass die selbe Justiz recht nachgiebig ist, wenn es um Verbrechen mit einem rechten Hintergrund geht oder wenn der Staat der Täter ist, wie wir es beispielsweise bei der systema-

tischen Verschleppung des Verfahrens gegen die Mörder von Oury Jalloh gesehen haben.

Was dann? Vielleicht hat dieser hartnäckige Beisszwang eher etwas mit dem Thema zu tun, um das es bei den Vorwürfen gegen uns geht. Um auf die Rolle der BRD in der Niederschlagung der kurdischen Kämpfe um Autonomie hinzuweisen, sollte 1995 der Bau eines Abschiebegefängnisses in Nähe des Flughafens Schönefeld verhindert werden, der die Abschiebung unerwünschter Ausländer*innen effizienter gestalten sollte. Ein Thema, das noch heute brandaktuell ist. Mehr denn je schottet sich Europa gegen die Migration aus dem Süden ab, gegen die zu kurz gekommenen im Kampf um Absatzmärkte und Ressourcen und gegen die Opfer der Kriege, die geführt werden, um die weltweite Vormachtstellung eines Geschäftsmodells durchzusetzen, das zwangsläufig Menschen und Lebensräume zerstört um seinen unersättlichen Hunger nach Wachstum zu stillen. Und nach wie vor werden bei diesem Kampf Bevölkerungsgruppen wie die Kurd*innen, die zwischen die Fronten der geopolitischen Interessen geraten sind, erbarmungslos nieder gemacht. Protest dagegen ist für die Behörden, die den Schutz dieser Wirtschaftsform nach innen durchsetzen sollen, nicht zulässig. Ist das der Grund, warum die BAW meint, uns auch noch 25 Jahre nach einem vereitelten Anschlag jagen zu müssen, der ausschliesslich Sachschaden produzieren sollte und die Gefährdung von Menschen sorgfältig ausschloss?

Wie ist es uns ergangen in diesen Jahren?

Nachdem wir 1995 abtauchen mussten, begannen wir damit, uns ein neues Umfeld aufzubauen, das mit dem alten keine Berührungspunkte hat. Es wäre gelogen, würde ich

fahrt mit Farbe und Steinen bearbeitet. Die AWO ist verantwortlich für die Unterbringung in Massenunterkünften, die fahrlässige Gefährdung hunderter geflüchteter Menschen durch das Covid-19 Virus und politisch kalkulierte Desinformation der Öffentlichkeit. 30.04.: SPD-Parteibüro in Berlin Lichtenberg wird mit Farbe und Bauschaum verschönert, das Büro der Streletzki-Gruppe mit Steinen – Gegen den Ausverkauf der Rummelburger Bucht. 30.04.: In Berlin werden Fenster in dem Haus in der Seumestraße 1 & 2 eingeknallt. Das Haus gehört dem Unternehmen Padovicz, welches auch

hier erzählen, daß uns das besonders leicht gefallen sei. So vieles in unserem alten Umfeld, was wir vorher als gegeben hingenommen hatten, erschien uns plötzlich als das Wichtigste im Leben überhaupt. Man will eben immer das, was man gerade nicht kriegen kann. Wir hatten zu kämpfen mit dem Verlust von Freundschaften, die von heute auf morgen einfach abgeschnitten waren. Das ist noch relativ leicht in Fällen, wo alles Freude und Einklang war. Das ist dann eben zu Ende, und es bleibt eine schöne Erinnerung. Was ist aber mit den Beziehungen, die schwierig waren, und wo es keine Möglichkeit mehr gab, irgendwelche Probleme abzuklären? Da hatten wir lange die eine oder andere Leiche im Keller liegen, und das waren mit Sicherheit die schwierigsten Situationen für uns.

Wie umgehen mit dem ständigen Druck, daß nach dir gefahndet wird? Es war ein Lernprozeß. Auch wenn man sich vorher schon damit beschäftigt hat, ist es in der konkreten Situation Neuland. Was können die Bullen, was sind ihre Möglichkeiten, was davon setzen sie real um, wie denken und wie arbeiten sie? Und was sind unsere Möglichkeiten, wie funktionieren wir in Stressituationen, was sind unsere Lieblingsfehler? Wo lernen wir leicht dazu, und wo wiederholen wir wider besseren Wissens immer wieder den gleichen Mist (und vermeiden nach Möglichkeit die entsprechende Situation)? Es ist fundamental, ein Gefühl dafür zu entwickeln, was der Apparat real ausrichten kann. Auf der einen Seite nicht übertrieben selbstsicher und damit leichtsinnig zu werden, Kamikaze zu machen. Zum anderen die Greifer nicht zu überschätzen, auf dem Teppich zu bleiben, nicht paranoid zu werden.

Eines ist sicher: daß wir mit der neuen Situation so relativ gut klar kommen, hat weniger mit uns selbst als vor allem mit anderen zu tun. Ohne die reichhaltige Unterstützung uns freundlich gesonnener Menschen stünden wir heute bestimmt anders da. Wir haben seit unserem Abtauchen eine immense Solidarität erfahren. Sowohl von den Leuten „zuhause“ in Berlin, als auch dort, wo wir jeweils untergekommen sind. Natürlich waren nicht alle immer hilfsbereit, es gab auch ein paar nicht so erfreuliche Erfahrungen, aber in der grossen Mehrheit der Fälle war das so, und das war eine sehr schöne Erfahrung, die ich gerne mit „gobaler Zärtlichkeit“ umschreibe, also so ein Gefühl der Geborgenheit und damit auch die gelebte Erfahrung, dass unsere Träume von einer solidarischeren Welt durchaus ein Fundament haben. Dass es überall Menschen gibt, die bereit sind, anderen zu helfen, auch wenn sie persönlich nichts dabei gewinnen, oder sogar etwas riskieren.

Faux papiers: die Unsichtbaren

Wir leben in einer Welt, in der es keine andere Option geben zu scheint als das Modell der Konsumgesellschaft, in dem der Markt die Gesetze und sozialen Normen diktiert und ein scheinbar übermächtiger Staat sie durchsetzt. Andere Vorstellungen jenseits dieses Konzepts werden als Spinnerei behandelt und dort, wo sie versuchen, sich zu realisieren, ausgemerzt. Die subversiven Freiräume, die sich innerhalb einer Gesellschaft bilden, wenn die Macht das Recht auf Selbstbestimmung der Einzelnen negiert, Freiräume, die noch vor Jahren weit verbreitet und legitimiert waren, sind rar geworden.

Deutschland ist ein Land, in dem Illegalität weit verbreitet ist. Zigtausende Flüchtlinge sind gezwungen, sich unter solchen Bedingungen durchzuschlagen, um ihr Überleben zu sichern. Diese Masse von sans papiers sind nicht per se SystemgegnerInnen. Natürlich wollen die meisten von ihnen nur eine Beteiligung am Kuchen, und das ist ja auch recht und billig wenn man bedenkt, daß sie das Mehl und die Eier dafür geliefert haben.

Das Wichtige ist, für diese Menschen Bedingungen herzustellen, damit sie in der Illegalität einigermaßen menschenwürdig leben können. Das bedeutet auf der einen Seite, diesem unsichtbaren Lebensraum die Legitimität zuzugestehen, die er verdient, die soziale und kulturelle Stigmatisierung zu unterlaufen, der er ausgesetzt ist, und politischen Druck auszuüben, der auf die Aufhebung der Illegalität zielt. Auf der anderen Seite, praktische Bedingungen zu schaffen, die das Leben in der Illegalität vereinfachen, die Masse von sans papiers in eine Masse von faux papiers zu verwandeln. In der Praxis heisst das, klandestine Strukturen aufzubauen und zu bewahren, die die Illegalen vor dem Zugriff des Gesetzes schützen. Das kann durchaus mehr sein als Sozialarbeit, wenn die Unterstützung von Flüchtlingen als Sabotage des Totalitätsanspruches des Staates begriffen wird.

Liebe Freund*innen, auch die, von denen wir gar nichts wissen:

Seid umarmt für eure Unterstützung und Solidarität! Auch wenn die deutsche Justiz uns jetzt noch in ihre Krallen bekommen und uns die Freiheit nehmen sollte, eines kann sie uns nicht mehr nehmen: Die Erfahrung, dass wir in der Not zusammen halten und selbst gegen einen übermächtig erscheinenden Feind überleben können. Dank euch allen dafür!

daran arbeitet, die Liebig34 auf die Straße zu setzen. 30.04.: Im Berliner Westend wird eine leerstehende große Villa besetzt. 30.04.: In Weimar wird Yvonne Lüttich, Aktivistin beim III. Weg, geoutet. In der Nachbarschaft werden Flyer und an ihrer Fassade ein Gruß hinterlassen. 30.04.: In Salzburg wird eine größere Menge Spargel enteignet, kollektiviert und verschenkt. 30.04.: In Stuttgart bekommt der Wuerttembergischen Automobilclub, Interessensvertreter der Automobilindustrie, einen neuen Anstrich – „Autokonzerne enteignen!“ 30.04.: In Gedanken bei den Rebell*innen und

Ein Flüstern aus dem Nirgendwo

Liebe Freund*innen und Gefährt*innen,

Ich trage den Gedanken, mich wieder einmal bei euch zu melden, schon sehr lange mit mir herum. Egal wo ich war, egal was gerade anstand, egal welchen Widrigkeiten oder schönen Erlebnissen ich außerhalb des physischen Knastes begegnete – immer verspürte ich den Drang, euch daran teilhaben zu lassen. Seid ihr doch ein unentbehrlicher Teil meines Lebens, der tiefe Wurzeln in meinem Herzen geschlagen hat.

Doch jedes Mal, wenn ich mich vor das leere Blatt Papier setzte, entglitt mir die Fähigkeit zu schreiben. Zu erzählen. Jedes Mal verstummte ich und wurde traurig. Wie können Worte wirklich vermitteln, was ich fühle? Mit dieser Frage quälte mich mein Geist immerzu, wenn ich an meinem Schreibtisch sass und auf das leere Weiss vor mir starrte. Und während ich um Buchstaben rang, drehte sich die Welt auf einmal schneller und blieb dann abrupt stehen. Hätte mir Anfang Februar dieses Jahres ernsthaft jemand weismachen wollen, dass durch das Virus im chinesischen Wuhan die halbe Welt binnen weniger Wochen unter eine Glashaube gestellt werden würde, hätte ich lachend den Kopf geschüttelt. Doch da sind wir nun, inmitten eines autoritären Prozesses der radikalen Umgestaltung des Status Quo.

Zurück zur alten Normalität!, klagen die reaktionären Nostalgiker*innen. Immer nur daran interessiert, den eigenen Arsch ins Trockene zu bringen und dann die Tür so schnell wie möglich wieder zu verriegeln.

Vorwärts zur neuen Normalität!, predigen die liberalen Kybernetiker*innen. Aufgeweckte Helferlein des Staates, stets angetrieben durch gute Absichten...

Und was tun die Herrschenden? Sie sind sich uneinig, einig, zögernd, entschlossen, totalitär, vernünftig, wissenschaftlich, religiös... die Palette ist endlos und beschreibt doch

immer nur dasselbe – sie handeln nach der Maxime der Machterhaltung. Immer und ausschließlich.

Die Frage „alt“ oder „neu“, oder anders ausgedrückt; die Frage, wie wir verwaltet und im Zaum gehalten werden wollen, ist nicht die Frage, die Individuen, die nach Selbstbestimmung trachten, interessieren sollte. Wie wir uns dem Diktat der Gesetze und Wertvorstellungen entgegenstellen, dieses mit Gedanken und Dynamit sabotieren und somit eine Lücke für Neues eröffnen können – das ist Musik für die Ohren, die auf der Suche nach der Erde unter dem Asphalt sind.

Ich befinde mich nun seit bald 4 Jahren auf der Flucht, was mir die Möglichkeit verwehrt, diese brisanten Fragen mit euch zu diskutieren, Thesen mit euch aufzustellen und wieder zu verwerfen, Ansätze mit euch herauszuarbeiten und diese mit dem Herzen in der Hand zu testen. Das betrübt mich natürlich. Denn eine solche gemeinsame Auseinandersetzung würde ja bedeuten, dass ich euch sehen, hören, riechen und spüren kann. Und ihr könnt euch gar nicht vorstellen, wie sehr ich diese Unmittelbarkeit – wie sehr ich euch alle vermisse!

Aber hey, ich bin zwar nicht bei, dafür aber neben euch – auf einem Schleichweg im Nirgendwo, von dem aus ich euch zuwinke und die wärmsten Grussworte zuflüstere. Lasst uns der plätschernden Zeit nicht erlauben, sich zwischen uns zu drängen und unsere gemeinsamen Erfahrungen und Erlebnisse nach und nach auszubleichen.

Ich bin froh, dank euch meine geliebten Worte und die Erzähllust wiedergefunden zu haben, ihr seid wunderbar.

Wir hören uns.

In Solidarität und freiheitsliebender Verbundenheit
Euer Freund und Gefährte aus dem Nirgendwo

Mitte Mai 2020

Die ignorierte Risikogruppe: Der Umgang mit COVID-19 in deutschen Gefängnissen

Seit Wochen kommt das gesellschaftliche Leben immer mehr zum Erliegen. Die Straßen leeren sich, Läden und Restaurants bleiben geschlossen, die derzeitige Situation spitzt sich zu und auch die Ängste vor einer Infektion sind vielerorts spürbar. Wir haben begonnen ein Auge aufeinander zu haben und uns aus Respekt und Rücksichtnahme vorsichtig voneinander zu distanzieren.

Dabei ist klar, dass einige Gruppen mehr unter der aktuellen Situation leiden. Sei es, weil sie aufgrund ihres Alters oder von Vorerkrankungen ein höheres Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf haben, oder weil sie aufgrund von Wohnungslosigkeit oder vermehrtem Rassismus Anfeindungen ausgesetzt sind.

von der Bullenbelagerung Betroffenen im Friedrichshainer Nordkiez werden in der Nacht zum 30. April ein Auto der Immobilienfirma Pott & Harms den Flammen übergeben. 30.04.: Dem Burschihaus der Identitären in Halle wird mit Steinen und Buttersäure ein Besuch abgestattet. Mai: 01.05.: In Stuttgart wird der Krisenprofiteur „McKinsey & Company“ markiert. 01.05.: In der Nacht zum 1. Mai werden über ganz Wien verteilt Nationalfahnen demontiert und fachgerecht entsorgt. 01.05.: In Bern wird die die ehemals besetzte Ronja in der Länggasse markiert. Auf den Mauern des

Dieser Text möchte einen Augenmerk auf Menschen legen, die dieser Tage noch mehr als sonst totgeschwiegen und ohne jedes Menschenrecht misshandelt und/oder eingesperrt werden. Es geht nicht um die Alten, welche in ihren Wohnheimen isoliert werden, noch um die Kranken die in Krankenhäusern in Quarantäne gesetzt werden. All diese Menschen werden, möglichst fürsorglich behandelt, versorgt und getestet sobald die ersten stichhaltigen Indizien auf eine Infektion mit dem Virus COVID-19 vorliegen.

Aber wer fehlt denn noch? Welche Menschen sind hier nicht mit bedacht? Es sind die Schatten unserer Gesellschaft. Obdachlose, Gefängnisinsass*innen und geflüchtete Menschen, die nun eingesperrt und komplett ignoriert werden. Für sie und Andere bringen diese Wochen eine heftige Verschlimmerung ihrer Situation. Berichtet wird darüber kaum. In diesem Text haben wir Informationen über die aktuelle Lage von Menschen gesammelt, die zur Zeit in deutschen Gefängnissen sitzen. Mehr noch als sonst, sind sie in diesen Zeit darauf angewiesen, dass wir sie nicht vergessen.

Die aktuelle Situation in deutschen Gefängnissen

Die ersten Gefängnisse in Deutschland, wie etwa die JVA Freiburg haben bereits anfang März erste Einschränkungen verhängt, Besuchszeiten wurden auf ein Minimalstes gekürzt. Zu diesem Zeitpunkt waren in Italien bereits in zahlreichen Gefängnissen Aufstände ausgebrochen, mit denen Gefangene gegen Besuchsverbote und ihre riskante Unterbringung protestierten. Kurzzeitig wurde auch in hiesigen Medien über die Meutereien in Italien berichtet.

Doch während sich die Lage dort verschlimmert und die Zahl der Toten steigt, verschwindet das Schicksal der Gefangenen wieder aus der Berichterstattung. Inzwischen sind die ersten Gefangenen mit COVID-19 infiziert, was den Schluss zulässt, dass die Krankheit durch die Wächter*innen und das restliche Personal eingeführt wurde.

Gefangene sind ungleich härter vom aktuellen Ausnahmezustand betroffen. Das hat mit zahlreichen Missständen in den Gefängnissen und im Justizsystem zu tun. Seit Jahrzehnten werden diese von (ehemals) Gefangenen und ihren Unterstützer*innen benannt und bekämpft.

Überbelegung und Ansteckungsgefahr

Selbst leitende Angestellte im Strafvollzugssystem bemängeln, dass Gefängnisse in Deutschland zu voll sind. Ab 85-90% Belegung gelten diese als voll, da es die Möglichkeit geben muss Gefangene nach Bedarf zu verlegen. Diese Marke wird in vielen Gefängnissen, vor allem im geschlossenen Vollzug, regelmäßig überschritten, wie aus Datenerhebungen des statistischen Bundesamtes hervorgeht. In Baden-Württemberg gab es vergangenes Jahr sogar mehr Häftlinge als Haftplätze. Das Leben vieler Menschen auf

engstem Raum bringt es mit sich, dass die Ansteckungsgefahr bei Krankheiten sehr hoch ist. Trotzdem erfolgen kaum Maßnahmen, um das Risiko einer Verbreitung zu verringern. Wie zum Beispiel aus dem Bericht eines Gefangenen in der JVA Plötzensee, Berlin hervorgeht: „Heute haben sich hier drei Insassen bei der Arztgeschäftsstelle mit Corona Symptomen (Fieber, Husten, Atemprobleme) gemeldet und wurden ohne einem Arzt vorzustellen, zurück in ihre Hafträume geschickt, mit der Bitte, sich dort aufzuhalten und keine Panik unter anderen Insassen aufkommen zulassen! Ein Corona Test erfolgte nicht.“ In der Anstalt stehen anscheinend nicht einmal Atemgeräte bereit, die bei schweren Verläufen zur Behandlung einer COVID-19 Infektion nötig wären. Gefangene können sich auch nicht selbst gegen Ansteckungen schützen, indem sie einander aus dem Weg gehen oder sich mit Handschuhen und Masken schützen. Diese stehen ihnen, und oft selbst den Wärter*innen nicht zu Verfügung.

Vorerkrankungen und gesundheitsschädliche Lebensbedingungen

Neben der Ansteckungsgefahr ist auch das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufes erhöht, weil viele Gefangene ohnehin geschwächte Immunsysteme haben. Eine ungesunde Ernährung, ständiger Bewegungsmangel und enormer psychischer Druck beeinträchtigen ihre Gesundheit beträchtlich. Ärzt*innen, Menschenrechtler*innen, (ehemals) Gefangene und Unterstützer*innen weisen beständig darauf hin, dass die Lebensbedingungen und die gesundheitliche Versorgung in den Gefängnissen absolut unzureichend sind. Durch die Art, wie der Strafvollzug und die medizinische Versorgung der Insass*innen organisiert ist, wird Gefangenen die Möglichkeit genommen sich gut um die Bedürfnisse ihrer Körper zu kümmern. Durch die Art, wie der corona-pandemie/Strafvollzug und die medizinische Versorgung der Insass*innen organisiert ist, wird Gefangenen die Möglichkeit genommen sich gut um die Bedürfnisse ihrer Körper zu kümmern.

Isolation und Fehlen von Informationen

Aus ihren Umfeldern herausgerissen und von ihren Familien und Freund*innen getrennt, leben Gefängnisinsass*innen in weitgehender Isolation. Diese wird durch die Gefangenschaft geschaffen, durch Besuchsbeschränkungen und überhöhte Briefmarken- und Telefonkosten wird sie noch verschlimmert. Dabei sind gerade Kontakte nach Außen für Gefangene und ihre psychische Gesundheit von größter Bedeutung. Wenn aufgrund der Ausweitung des 19-Virus nun Besuche massiv eingeschränkt bzw. ganz verboten werden, stellt dies eine Zuspitzung ohnehin kaum erträglicher Zustände dar.

Der eingeschränkte Kontakt nach Außen bedeutet auch, dass Gefangene Schwierigkeiten haben an Informationen, wie zum Beispiel aktuelle Nachrichten, zu kommen. In

Gebäudes prangt jetzt «queerfeministischer Hass gegen Verdrängung») und «Liebig34 stays – Es grüßt Ronja»). 01.05.: In Köln gibt es eine Graffiti-Offensive: „Die Krise hat System!“ 01.05.: In Hannover ist seit dem 01.05.2020 weithin lesbar an einem Gebäude am Küchengarten zu sehen. 01.05.: In Magdeburg werden bei den Inkassoschweinen von Creditreform die Scheiben eingeschmissen und Bitumenfarbe aus einem Feuerlöscher in die Büroräume entleert. 01.05.: Das Jobcenter in der Budapesterstr. in Dresden wird besucht, Kritik wird mit Hammerschlägen und Farbe angebracht.

den letzten Wochen war es eine zentrale Forderung von Gefangenen und ihren Unterstützer*innen gesicherte und tagesaktuelle Informationen über den Virus und die derzeitige Lage zu bekommen. Auch ohne Ausnahmezustand und ein lebensbedrohendes Virus sind Informationen über gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen für Gefangene wichtig. Schließlich wirken sich diese durch Veränderungen in Gesetzen und Richtlinien direkt auf ihr Leben aus. Ganz zu schweigen davon, dass sich die meisten Gefangenen nach ihren Haftstrafen wieder in dieser Gesellschaft zurechtfinden sollen.

Freilassungen und Fürsorge statt Vergessen

Der Umgang mit Gefangenen in den letzten Wochen durch Politik, Gefängnisverwaltung und Wärter*innen schockiert durch Rücksichtslosigkeit, Ignoranz und Verachtung für menschliches Leben. Überraschen tut er nicht. Ebenso wenig, wie das Ausbleiben von Berichterstattung und gesellschaftlicher Anteilnahme. Dass Gefangene in dieser Gesellschaft als Menschen zweiter Klasse gelten deren grundlegendste Bedürfnisse ignoriert werden können, wird allen deutlich, die sich – freiwillig oder nicht – mit der Realität eines Leben im Gefängnis auseinandersetzen.

In vielen Bundesländern werden mittlerweile Haftantritte für kürzere Gefängnisstrafen ausgesetzt, und mancherorts werden sogar Menschen frühzeitig entlassen, die Ersatzfreiheitsstrafen absitzen, also kleinere Strafen, die aufgrund von Geldmangel nicht abbezahlt werden konnten und deswegen in Freiheitsentzug umgewandelt wurden. Wir begrüßen die Entlassungen von Gefangenen und fordern, dass mehr Menschen freikommen. Jetzt erst recht. Das Einsperren von Menschen, von denen die meisten von Armut, Rassismus, häuslicher Gewalt und/oder Suchtkrankheiten betroffen sind, war noch nie eine Lösung für persönliche oder soziale Probleme.

Die allermeisten Gefangenen, sitzen aufgrund von Eigentums- oder Drogendelikten. Das bedeutet, dass sie für Taten bestraft werden, die eng mit ihren prekären Lebenslagen zusammenhängen.

Pandemie und Gefängnis in verschiedenen Ländern

In Zeiten, in denen „normale“ Bürger zum ersten Mal in ihrem Leben erfahren, was es bedeutet, eingesperrt zu sein (durch obligatorische Quarantäne), möchten wir euch ein paar Neuigkeiten über die Folgen der Pandemie in den Gefängnissen schicken, oder besser gesagt, vom Einfluss der Machthaber*innen mit der Entschuldigung des Coronavirus für die Menschen, die hinter Gittern sitzen, die bereits vor der Pandemie eingesperrt waren.

Es kann nicht sein, dass eine Gesellschaft keinen besseren Umgang findet, als diese Menschen an einem Ort zu isolieren, an dem sie mehr Gewalt erfahren, an dem sie in der Gestaltung ihres Lebens und in der Suche nach Lösungen für persönlichen Probleme stark eingeschränkt werden, und der sie krank macht.

Es ist erschreckend, zu sehen, dass selbst in diesen Zeiten, kaum Interesse an der Situation von Gefangenen gezeigt wird. Wer die Menschen sind, die im Gefängnis sitzen, welche Umstände zu ihren Verurteilungen geführt haben und wie es ihnen ergeht, das möchte niemand wissen. Zu tief sitzt wohl der Glaube daran, dass Gefangene vom Staat schon angemessen behandelt werden, dass sie vielleicht weniger Wert sind als man selbst, dass sie es halt verdient haben. Verdient krank zu werden und, aufgrund der Umstände unter denen sie leben müssen, krank zu bleiben.

Verdient an physischen und psychischen Krankheiten zu sterben, die hätten behandelt werden können. Verdient dem COVID-19 Virus schutzlos ausgeliefert zu werden, an ihm vielleicht in hohen Zahlen zu sterben. Verdient, dass ihr Kampf für einen sorgsamem Umgang mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben mit mehr Isolation und Gewalt beantwortet wird.

Seitdem die ersten Infektionen in Deutschland bekannt wurden, wurden wir dazu aufgerufen uns solidarisch und rücksichtsvoll zu verhalten. Wir sollen einen verantwortungsvollen Umgang mit der Bedrohung unserer Gesundheit und der Leben von Menschen aus Risikogruppen finden. Das wollen wir tun, und zwar unter Einbezug aller Menschen, auch jener, die zu Zeit in Gefängnissen untergebracht sind. Durch das Ausbleiben fürsorglicher Maßnahmen werden ihre Leben zur Zeit mutwillig aufs Spiel gesetzt. Wir rufen dazu auf, diesem Zustand endlich Aufmerksamkeit zu schenken und fordern, dass nötige Gesundheitsmaßnahmen und Freilassungen durchgesetzt werden. Bevor sich das Virus durch alle Gefängnisse zieht, bevor Menschen sterben müssen. Bevor es zu spät ist.

Wie immer sind sie die doppelt Verdrängten. Sie werden nicht eingesperrt, um sich nicht zu infizieren, ganz im Gegenteil, sie werden gezwungen, sich in einem permanenten Infektionsherd einzusperren. Es ist ihnen wegen der Ansteckungsgefahr verboten, ihre Angehörigen zu sehen (obwohl die Familien anbieten, Besuche mit Handschuhen und Maske zu machen), aber sie sind verpflichtet, täglich Kontakt mit den Gefängniswärtern zu halten, die jeden Tag ohne Schutzmaßnahmen kommen und gehen. Gefangene, zum Beispiel in Spanien, erhalten ein Laken

01.05.: In Berlin wird in der Nacht zum 1.5 der Luxusbau in der Flutstraße 3-5 in Schöneweide mit zwei Feuerlöschern und reichlich Bitumen markiert. Beteiligt am Bau war das Unternehmen "Hentschke Bau GmbH", deren Geschäftsführer ein Faschist und Knastprofiteur ist. 01.05.: In Berlin Mitte wird der „Förderkreis Deutsches Heer“ Unter den Linden 21 besucht und mit antimilitaristischen Stencils, Sprühereien und Transparenten markiert. 01.05.: In Hannover wird die Burschenschaft Ghibellinia-Leipzig in der Rühlmannstr. 1 mit Farbflaschen angegriffen. Unterwegs wird noch ein Auto

mit Hygienemaßnahmen, aber keine Seife, Masken oder Handschuhe.

Die einzige Alternative, um den Kontakt mit der Außenwelt aufrechtzuerhalten, sind Briefe (die oft mit der Entschuldigung abgehört werden, dass sie desinfiziert werden müssen) und Telefonanrufe. Das ist auch nicht real, weil es im Gefängnis nicht genügend Telefone gibt, die von allen Gefangenen angerufen werden können. Darüber hinaus werden alle Personen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie krank sind, 14 Tage lang in Isolation eingesperrt und verlieren das Recht, sich zu melden. Damit werden nicht nur die Rechte der Gefangenen verletzt, sondern auch die Rechte der Familienangehörigen sowie das Recht auf Verteidigung, da Anwälte in der Regel keinen Besuch empfangen dürfen.

Aber all diese Veränderungen und diese Kontrolle betrifft nicht nur Gefangene, sondern auch „freie“ Menschen. In Spanien wurde am 4. April ein Gesetz verabschiedet, das die Geolokalisierung aller spanischen Mobiltelefone vorsieht, mit dem Argument der Kontrolle der Quarantäne und der Warnung, wenn man mit einer infizierten Person in Kontakt gekommen ist. Wie wir wissen, bleiben diese Maßnahmen in der Regel bestehen, selbst wenn die Pandemie wieder vorüber ist.

Es sieht so aus, als könnten die Regierungen jetzt tun, was immer sie wollen, ohne auf Widerstand zu stoßen. Es ist ein Traum für Tyrannen überall. Doch es gibt Widerstand:

5. März : erste Gefängnisschließung in NRW wegen Coronavirus

6. März: Portugal. Besuche werden in allen Gefängnissen im Norden des Landes abgesagt

8. März: Spanien. Erster Fall von Coronavirus innerhalb des Gefängnisses, ein Gefangener des Müttermoduls in Aranjuez (in Spanien können Kinder bis zu 3 Jahre bei ihren Müttern bleiben)

9. März : In Porto, Portugal, kam es zu einem Aufstand mit mehreren Gefangenen, die von Wachen am Kopf verletzt wurden, nachdem der Gefängnisdirektor sich weigerte, die Gefangenen in den Gemeinschaftsräumen zu versorgen und Besuche bei Familienmitgliedern und Anwälten verhinderte, obwohl sie anboten, die Besuche mit Schutzmaßnahmen durchzuführen

9. März: in Italien, Unruhen in 27 Gefängnissen:

Gefängnis von Modena, 6 Tote durch Unruhen aufgrund von Beschränkungen für Coronavirus-Besuche. Die italienische Regierung fordert auch, die Freiheitsgenehmigungen

einzuschränken. Durch den Aufstand wurde das Gebäude beschädigt.

Auch in Pavia (Norditalien) kam es zu Ausschreitungen, nachdem Verwandte vor den Toren protestierten, weil sie ihre Angehörigen nicht sehen konnten. Gefangene aus dem Zentrum Torre del Gallo nahmen zwei Polizisten als Geiseln und ließen mehrere Gefangene frei. Die Proteste fanden auch in Gefängnissen in Neapel statt (etwa 1000 Gefangene, die randalierten).

In Salerno, Padua, San Vitore (Mailand) gab es schwere Proteste. In Frosinone (südlich von Rom) schlossen sich etwa 100 Gefangene in einem Teil des Gefängnisses ein, erstellten eine Liste mit Forderungen, darunter das Recht auf Besuche, und versuchten, mit der Verwaltung zu verhandeln. Schließlich kam es zu einer Massenflucht. Foggia (Apulien, 370 Gefangene entkamen, nachdem sie eine der Türen des Geheges aufgebrochen hatten, 70 von ihnen wurden verhaftet). Ebenso Aufstände in Bari, Alessandria und Vercelli.

10. März: In Spanien sind 12 Gefängnisse mit mehr als 8000 Gefangenen isoliert

12. März: Die anderen 69 Gefängnisse und CIS (Zentren für soziale Integration) in Spanien sind isoliert. Das betrifft 50.800 Gefangene. Es sind keine Besuche erlaubt, nur Besuche in einem Glasraum. Gruppen, die drinnen arbeiten, dürfen nicht eintreten. Es wird auch keine Transfers geben. Die Isolation wird voraussichtlich 14 Tage dauern (faktisch hält die Isolation bis heute an, da Spanien jeweils um 14 Tage verlängert). Sie können theoretisch mehr Anrufe tätigen. Die Gefängniswärter*innen bitten darum, das der offene Vollzug geschlossen wird und keine Pakete für Gefangene angenommen werden. Es wird angeordnet, dass jede*r Gefangene, der*die krank ist, 14 Tage lang allein in einer Zelle isoliert wird und nicht einmal telefonieren darf.

15. März: Alle Besuche werden abgesagt, auch die durch Glas.

17. März : Mehrere Organisationen in Spanien fordern die Freilassung von kranken Häftlingen und Gefangenen von über 70 Jahren, weil sie ein doppeltes Risiko darstellen, mehr noch, weil es wegen Überfüllung nicht genügend Gesundheitspersonal gibt.

Im Gefängnis von Picassent rufen sie: Mörder, ihr werdet uns hier drin umbringen. Der Kommentar der Gefängniswärter*innen ist, dass sie nervös sind, weil sie durch die Isolation keine Drogen von draußen mehr bekommen. Sechs Gefangene landeten in Einzelhaft.

von Vonovia umlackiert und die Reifen zerstochen. 01.05.: In der Nacht zum 1. Mai haben werden an den Berliner Krankenhäusern Sana Klinikum Lichtenberg und Vivantes Klinikum Friedrichshain Plakate geklebt und die Häuser der Pflegedienstleitung und Krankenhausdirektion mit Schriftzügen verziert. 01.05.: In München gibt es in der Nacht zum 1. Mai Feuerwerk am Stadlheimer Knast und ein kleines Feuerwerk auf der Knastmauer. 01.05.: Auf Halles Wänden wird auf Missstände im Gesundheitssystem, die Abschottungspolitik Europas und patriarchale Strukturen in der Gesellschaft



19. März, Aufstand im Knast von Santiago/Chile.

20. März: Die erste Gefangene stirbt im Gefängnis von Estremera (Madrid) am Coronavirus. Sie war 78 Jahre alt.

Der von der "Organisation Gefangene im Kampf" (Presxs en lucha) ausgerufene siebenmonatige rotierende Hungerstreik, der am 1. September begann wird vorübergehend eingestellt. Er fordert unter anderem eine verbesserte Gesundheitsversorgung und die Freilassung von Menschen mit schweren Krankheiten.

Bei zwei Unruhen in den argentinischen Gefängnissen Las Flores (700 Randalierer) und Coronda (300 Randalierer) gab es 5 Tote, von denen zwei verkohlt wurden, während sie eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen forderten, was sie für das Virus besonders anfällig macht

21. März: Kolumbien. In der Nacht kam es landesweit zu mehreren Ausschreitungen, bei denen 23 Tote und 85 Verletzte zu beklagen waren. Seit mehreren Wochen sind mehrere Gefängnisse aufgrund von Gesundheitsproblemen völlig isoliert, die zu diesem Zeitpunkt mit der Ankunft des Virus in Kolumbien zugenommen haben. Dies hat die Gefangenen sehr beunruhigt, gerade wegen der Überbevölkerung in den Gefängnissen, in der sie leben, denn wenn einer von ihnen infiziert ist, wären die anderen in ernster Ansteckungsgefahr. Aus diesem Grund wurde in den Gefängnissen des Landes zu Protesten aufgerufen, der in Revolten endeten.

23. März, Ausbruch von 9 Gefangenen im Frauenknast von South Dakota, USA

Ende März, Anfang April, massive Revolten und Ausbrüche in iranischen Knästen.

1. April: Das spanische Gefängnisssystem kauft 205 (!) Telefone, damit die Gefangenen (50.800) maximal zehn Minuten lang telefonieren können. Personen mit Symptomen können nicht anrufen. Dies ist nicht einmal annähernd ausreichend, damit alle Gefangenen telefonieren können.

6. April, Meuterei im Knast von Córdoba, Argentinien. Ausschreitungen im Knast von Qoubbeh, in Tripoli/Libanon.

9. April, Meuterei in Irkutsk, Russland.

10. April: Ausschreitungen im Gefängnis von Irkutsk (Russland).

In Spanien sind 24 Gefangene und 186 Wärter*innen infiziert

14. April: Die Spannungen im Gefängnis von Quatre Camins (Spanien) nehmen wegen der Zunahme positiver Fälle von Coronavirus zu.

15. April: 200 Gefangene im Gefängnis Picassent (Spanien) wegen Telefonausfall in Isolationshaft

16. April: Proteste im Korydallos-Gefängnis (Griechenland), das von der Bereitschaftspolizei unterdrückt werden. Rebellion im Frauenknast von Eleonas, Griechenland.

21. April: Marion-Gefängnis (USA) Insgesamt 1828 Gefangene, etwa 75% der Insassen des Gefängnisses, wurden positiv auf COVID-19 getestet.

25. April: Proteste im Gefängnis von Devoto (Argentinien), die 9 Stunden dauerten, mit Schildern, auf denen stand: „Wir wollen nicht im Gefängnis sterben“, nachdem die Infektion eines Häftlings entdeckt wurde

aufmerksam gemacht. 01.05.: Das Arbeitsamt in Mainz wird mit Farbe markiert. 02.05.: In Aachen gibt es Vandalismus gegen Bullenpropaganda im Stadtbild und Soli-Grüße nach Wuppertal. 02.05.: Farbanschlag auf DGB Zentrale in Leipzig: „70 Jahre DGB tun dem Kapital nicht weh!“ 07.05.: In der Nacht von Sonntag auf Montag wurden die Fahrzeuge des Bauunternehmers Manfred Börm in Handorf (zwischen Hamburg und Lüneburg) mit viel Farbe markiert. Die vor dem Gebäude abgestellten Fahrzeuge des ehemaligen Bundesvorstands der NPD und ein Werbeschild für das Bauun-

Dies sind nur einige Schnipsel dessen, was in den Gefängnissen vor sich geht. Wir sind sicher, dass noch viel mehr passiert ist, aber leider, und auch wegen der Abwesen-

heit von Besuchen, wegen der Probleme mit der Post der Gefangenen, können nicht alle Informationen durch die Mauern gelangen.

[B] Knastprofiteure angezündet

Praktische Solidarität mit den Angeklagten der Prozesse in Hamburg und den rebellierenden Gefangenen

Dokumentation: „Die Verfahren wegen G20 in Hamburg gehen weiter, das Parkbank Verfahren geht weiter. Knisternd brennen in Berliner Corona Nächten die Fahrzeuge der Knastprofiteure. Das ist nur das Mindeste was zu tun ist, angesichts der Aufstände der letzten Wochen in vielen Knästen weltweit. [...]

Am 18. April brannte ein Transporter von GA tec am Falkplatz in Prenzlauer Berg und drei Tage später ein Fahrzeug von Eurovia Vinci am Bahnhof in Lichtenberg, GA tec gehört zum sodexo Konsortium, betreibt Privatknäste in England und ist in Deutschland Teil der Abschiebeindustrie. Eurovia Vinci baut Knäste sowie andere menschenfeindliche Projekte und betreibt mit Toll-Collect eine private Überwachungsagentur. Beide Firmen werden regelmäßig weltweit angegriffen und bieten sich daher als nachhaltiges Angriffsziel an.

Anonyme Autor*innen haben in dem Papier „Ein paar stadtpolitische Gedanken in Zeiten des technologischen Angriffs“ – Autonomes Blättchen #40, richtig erkannt, dass die unterschiedlichen Städte im Wettbewerb um Standorte neuer Technologien und entsprechendem Image zueinander stehen. Weiterhin wollen sie das weitere taktische Vorgehen bestimmen und schlagen vor, den Widerstand auf einzelne Akteur*innen zu fokussieren. Konkret soll es gegen Tesla, Google, Zalando und Amazon gehen. Eine Stärke der Kampagne gegen DHL war, dass die Fahrzeuge überall herum stehen. Auch im Vorfeld von Castor Transporten war es easy DB und Vattenfall Fahrzeuge zu ernten. Die Schwäche militanter Kampagnen war schon immer ihr schleichendes Ende, bevor der Gegner in die Knie geht; mit wenigen Ausnahmen (NOlympia 1993 oder

Frank Henkel 2016). Kampagnen laufen aus, weil die Ziele knapp werden, weil andere Themen wichtiger werden oder weil es zu riskant erscheint.

Mit der Tech- Industrie als primäres Interventionsfeld sind die Grenzen militanter Kleingruppen schnell erreicht, die der offenen Gruppen nicht. Die Ergänzung verschiedener Widerstandsebenen benötigt selbstbewusste offene Strukturen, die sich nicht von Angriffen distanzieren. Und die Bereitschaft zu einer kontinuierlichen aber asymmetrischen Praxis der klandestinen Zusammenhänge. Projekte wie die Berliner Liste vor einigen Jahren, lassen sich endlos fortschreiben und sind immer aktuell. Die Kunst besteht darin, sich weder durch Beliebigkeit bei der Auswahl der Ziele zu verzetteln bzw. wie es der o.g. Text bezeichnet, nicht zielführend zu sein, noch berechenbar zu werden.

Das Image der Stadt Berlin leidet darunter, wenn Firmen ihren Mitarbeiter*innen die Fahrzeuge nicht mit nach Hause geben können. Unsicherheit ist unser Faktor. Viele Funken erhöhen die Chance auf einen Steppenbrand. Die Tech- Industrie bleibt nur virtuell ohne die Firmen, die ihre Tempel bauen, sie bewachen, die Überflüssigen aussondern. Somit geht unser Vorschlag von einem leicht nachmachbaren Störfeuer auf die ganze Breite der stadtpolitischen Akteur*innen aus, nach für sie unvorhersehbaren Bestimmungen alles anzugreifen, was zum Funktionieren ihrer Art von Stadt notwendig ist.

Freiheit und Glück den Gefangenen – Verwesung den Profiteuren der Knastgesellschaft!“

Autonome Gruppen

Vor den Knastmauern bleiben die Nächte unsere WISAG bitumiert!

Dokumentation: „In Solidarität mit allen gefangenen, obdachlosen und geflüchteten Menschen haben wir in der Nacht von Samstag auf Sonntag (4. auf 5.4.2020)

eine WISAG Karre in der Offenburgerstraße in Freiburg kunstvoll zerlegt, indem wir Bitumen in den Lüftungsschacht gekippt haben. Es lebe die nächtliche Intervention! Gegen

ternehmen des Neonazis wurden extrem gut lackiert. 08.05.: In München wird das Kriegerdenkmal in Pasing zum 8. Mai mit Farbe markiert. 08.05.: Das Jobcenter in FFM wird mittels eines Farbfeuerlöschers verschönert. 08.05.: In der Nacht auf den 8.5. gemäß dem Aufruf des diesjährigen Mottos zum 8. Mai #tagdeszorns 5 Opferkultstätten in Süd- und Westberlin markiert und verschönert. In Schöneberg, Charlottenburg und Wilmersdorf haben versteinerte Wehrmachtsoldaten, Reichsadler und eiserne Kreuze eine neue Lackschicht bekommen. 09.05.: Die Bullen werden in Leipzig Conne-

staatliche Kontrolle, Überwachungswahn und das absichtliche Töten von den „Schatten unserer Gesellschaft“!

So fand ein Text auf der Seite des ABC Südwest deutliche Worte zu den staatlichen Maßnahmen aufgrund von Corona, die die unhaltbaren Zustände hinter Gittern immer weiter verschlimmern: „Die Isolation der Gefangenen wurde massiv verstärkt, die medizinische Versorgung ist katastrophal und das Thema Knast bleibt in den Medien abwesend wie immer. Es sind die Schatten unserer Gesellschaft. Obdachlose, Gefängnisinsass*innen und geflüchtete Menschen, die nun eingesperrt und komplett ignoriert werden. Für sie und Andere bringen diese Wochen eine heftige Verschlimmerung ihrer Situation. Mehr noch als sonst, sind sie in dieser Zeit darauf angewiesen, dass wir sie nicht vergessen.“

Ob wie die Menschen bei den zahlreichen Prisonriots wie in Italien umkommen, die Isolation nicht mehr aushalten oder im Knast an Corona erkranken. Es gibt keinen Selbstmord und keinen natürlichen Tod hinter Gittern. Der Staat hat die direkte Verantwortung für jede*n Eingeknastete*n, der*die in den Gefängnissen in den kommenden Monaten sterben wird.

Alle Gefangenen müssen frei kommen. Sofort!

In Gedanken an die Vergessenen des kapitalistischen Systems sind wir zur Tat geschritten und haben mit WISAG eine Firma getroffen, die durch Repression, Vertreibung und Ausbeutung generell und vor allem jetzt – in Zeiten zunehmender Überwachung, Kontrolle und Krisenstimmung – massiv profitiert.

Egal wo man hinschaut, unterstützt dieser Konzern die Herrschaft des Staates: ob in der ausbeuterischen Reinigungssparte, als militärischer Objektschutz oder als

Sicherheitspersonal in Flughäfen, wo sie Abschiebungen und institutionellen Rassismus zu verantworten haben. Außerdem verdient die private Sicherheitsfirma durch Fahrscheinkontrollen z.B. in Berlin in Zusammenarbeit mit der BVG direkt an der Not von Menschen, die durch „in den meisten Fällen sozialchauvinistische und gewaltgeile Macker Schweine“² im Knast landen: „Dank dieser „Fahrgastbetreuung“ werden jährlich mehr als 300 Leute in die Berliner Knäste gesteckt. Die JVA Plötzensee besteht zu einem beachtlichen Teil aus Insassen die wegen „Beförderungerschleichung“ einsitzen. 2018 nahm sich einer von ihnen das Leben.“

Doch das ist nicht alles: Auch gegen Freiräume und für Verdrängung hat sich WISAG einen Namen gemacht. So war sie sich nicht zu schade Obdachlose in der Rummelsburger Bucht zu Gunsten der Investitionen von Padovicz zu vertreiben: „Ihre Mitarbeiter verboten beispielsweise den in der Rummelsburger Bucht lebenden wohnungslosen Menschen selbst bei Minusgraden, offenes Feuer zu machen und räumten sogar aktiv mit, indem sie die dortigen Freiflächen-Bewohner*innen mit der Ankündigung von ausgedachten Räumungsterminen einschüchterten und so zum Umzug erpressten.“

Wir beobachten mit Wut, wie immer mehr Orte zu Corona-Zeiten wie selbstverständlich zu privaten Sicherheitsfirmen greifen, die Polizei spielen dürfen.⁴ Diese Tendenzen dürfen nicht ohne Antwort bleiben!

Bleibt aktiv, ob durch Plakatieren, Sprays, Feuer oder Bitumen! Lasst uns in dieser Zeit staatlich verordneter Isolation nicht handlungsunfähig zurückbleiben, sondern weiter in die Offensive treten! Macht kaputt, was euch kaputt macht!“

anonym

Glasbruch und Farbe für Knastprofiteur*innen Architekturbüro in Bremen angegriffen!

Dokumentation: „Gestern Nacht wurde ein Büro von Knastprofiteur*innen in Bremen angegriffen!

„So viele sind hinter Gittern, die wir draußen brauchen.“

Scheiben kaputt und Büro eingesaut. Mit Nachdruck haben wir in der vergangenen Nacht den Architekt*innen von GSP gezeigt, was wir von Profiteur*innen des Knastsystems halten. Die GSP – Gerlach Schneider und Partner Architekten – werben auf ihrer Homepage mit dem Bau und der Modernisierung mehrerer Gefängnisse, unter

anderem die JVA in Bremen und in Berlin-Tegel. Dafür sorgen, dass Menschen unter modernsten Sicherheitsvorkehrungen weggesperrt werden, das ist das Kerngeschäft der Architekt*innen von GSP. Dafür zu sorgen, dass ihre eigene Infrastruktur geschützt ist, das können sie offensichtlich nicht so gut.

„GSP steht für sinnhaftes und zeitgemäßes Bauen“

Der Knast, das geschlossene System par excellence, wirkt in der schönen smarten digitalen Welt, fast wie ein Relikt vergangener Jahrhunderte. Dennoch erfüllt das Gefängnis

witz an der Baustelle zwischen dem Wiedebachplatz und der Ecksteinstraße mit Flaschen, Steinen und Pyrotechnik angegriffen. 12.05.: Auf dem Brückenpfeiler der Konstanzer Fahrradbrücke steht nun für alle Menschen, die von der Herosé-Seite aus, auf das Wasser blicken, sichtbar: Leave No One Behind! 13.05.: Vorsitzender der Neuköllner AfD Robert Eschricht wird in seinem Wohnumfeld geoutet. 14.05.: In der Nacht vom 12. auf den 13. Mai wurde das Haus der reaktionären Fundamentalistin Heidi Mund im Schelmenweg 18, Bergen-Enkheim, mit Farbe angegriffen und ihre

nach wie vor verschiedene Aspekte, die die Voraussetzung für eine kapitalistisch und autoritär strukturierte Gesellschaft bilden. Durch Einsperrung soll der Mensch isoliert, zugerichtet, diszipliniert und zur funktionsfähigen Arbeitskraft (re-)sozialisiert werden. Darüber hinaus haben diese Maßnahmen den Zweck die Menschen „draußen“ abzuschrecken und sie dazu anzuhalten, sich weiterhin selbst auszubeuten und oder ausbeuten zu lassen. In der Architektur eines Gefängnisses manifestiert sich der Versuch der totalen Überwachung und Disziplinierung des menschlichen Körpers.

Neue Methoden der digitalen Überwachung, der Kontrolle und der Bestrafung hingegen, sind wesentlich schwerer zu fassen, als die alten Feind*innen der antiautoritären Bewegung. Kameras, Drohnen, Tracking, Wearables, soziale Punktebewertung (wie in China), das Auswerten von Cookies, Apps und komplexe Datenanalysen verallgemeinern das System der Kontrolle außerhalb der Knastmauern. Sie vollziehen sich oft in für uns unsichtbaren Bereichen und begründen eine grundlegende Asymmetrie zwischen Überwacher*innen und Überwachten. Hinzu kommt, dass Menschen heute kaum noch ein Bedrohungsszenario benötigen um auf kommerzielles Profiling und Selbstdisziplinierung zurückzugreifen: Alleine und dabei ständig überwacht sein, das war einst ein Alptraum. Im 21. Jahrhundert ist dieser Zustand eine Verheißung geworden. Es ist immer jemand da, im kleinen schwarzen Kasten, der dich wahrnimmt und adressiert. Die Angst davor eingesperrt zu sein, wird abgelöst durch die Furcht vor der Ausgrenzung aus den (virtuellen) sozialen Blasen, was von vielen als schlimmste Bedrohung der existenziellen Sicherheit betrachtet wird.

Back to the roots

In der aktuellen Krisensituation können wir sehen, auf welchem Bein der Staat als Gewaltmonopolist aber immer noch am sichersten steht. All die warmen Worte, die Appelle an die Vernunft und die Aufrufe zur (völkisch begrenzten) Solidarität im Angesicht der Pandemie, werden untermauert durch massive Polizeikontrollen und den Einsatz des Militärs zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung. Gummigeschosse und Gefängnisse wirken auch im 21. Jahrhundert noch besser als jeder Algorithmus. Dieser Fakt, führt uns außerdem vor Augen, dass neue

verfeinerte Methoden der Kontrolle nicht unbedingt die alten ablösen, sondern vielmehr die Arsenale erweitern. In diesem Sinne bleibt der Kampf gegen Knast und Einsperrung also wichtig, auch wenn sich die Welt draußen, immer mehr in Richtung Gefängnis entwickelt.

Gespannt blicken wir nach Italien, Frankreich, Spanien und Brasilien wo sich in vielen Knästen Revoltierende auflehnen und mit Unterstützung von außen gemeinsam gegen die unterdrückende Staatsmacht und die durch Quarantänemaßnahmen verschärften Bedingungen aufbegehren.

Auch in der Bremer JVA sind die Zustände desaströs und es herrscht Überbelegung. Zudem sind die ohnehin stark begrenzten Besuchszeiten nun komplett gestrichen und die Menschen demnach faktisch isoliert. Die Bremer Regierung reagiert auf die Pandemie mit dem Aussetzen von Ersatzfreiheitsstrafen und lässt Leute, die sowieso bald entlassen worden wären, früher raus. Spätestens bei solchen Maßnahmen können wir erkennen, welche Spielräume es gibt, wenn der "politische Wille" da ist.

Wir begrüßen die Angriffe auf Knastprofiteur*innen, die im Zusammenhang mit dem Bau der Knäste in Zwickau, Leipzig, Glückstadt oder Basel stehen. Jenseits der staatlichen Visionen der totalen Überwachung zeigen solche Angriffe sehr anschaulich, dass kein System perfekt ist: Das Knastsystem, diese verstreute Infrastruktur, aus sich im Bau befindliche Vollzugsanstalten, bestehenden Knästen und profitierenden Firmen sowie ihren Büros, Fuhrparks, etc. ist sehr sichtbar und eignen sich deshalb gut für Angriffe.

Wir hassen die Knäste ebenso so sehr, wie wir die moderneren, digitalen technologischen Methoden zur Überwachung und Kontrolle hassen. Wir werden weiter raus gehen und jene angreifen, die an der Perfektionierung staatlicher Kontrollsysteme arbeiten.

Gegen den Staat und seinen Gewaltapparat! Knäste zu Baulücken!

Freiheit für die 3 von der Parkbank, für Lisa, für die Basel 18 und für alle anderen Gefangenen. Wir vergessen euch nicht!"

anonym

Willkommen draußen Hülya!

Wir freuen uns die rebellische Gefangene und Anarchistin Hülya außerhalb der Knastmauern zu wissen und das sie am 30.4. von solidarischen Menschen vorm Knast Köln-Ossendorf in Empfang genommen wurde!

Die Haftstrafe von 6,5 Jahren musste sie bis zum letzten Tag absitzen, weil sie sich nicht der Knastlogik unterworfen hat, sondern immer ihren rebellischen Geist bewahrt hat.

Vor über einem Jahr gab es eine gerichtliche Anhörung, wo es um die Entscheidung gehen sollte, ob sie frühzeitig

Garage mit dem Schriftzug "Entnazifizierung Jetzt" verschönert. Außerdem wurde Sauerkraut in ihren Briefkasten gekippt. 15.05.: In Berlin werden als Angriff auf das Padovicz-Firmenkonsortium die Scheiben des Dr. Krause Architekturbüro in Pankow, Mühlenstraße 77, zerstört sowie die Fassade eingefärbt. 15.05.: In Duisburg werden Andrea Streyer und Ralf Panek, zwei sehr aktive, gewalttätige und vorbestrafte langjährige Neonazis in der Nachbarschaft geoutet. 17.05.: Wilder Streik von rumänischen Erntehelfer*innen bei Bornheim. 18.05.: Nach den rassistischen Morden in Hanau

mit bestimmten Auflagen entlassen wird. Hülya verneinte die Frage des Richters ob sie die Tat bereue und lies ihn wütend wissen, was sie von Justiz Knast und dem Richter-beruf hält: nämlich nichts.

Hülya blieb sich selbst treu und ist mit erhobenem Kopf durch ihre Knastzeit gegangen, und zwar bis zum Schluss!

Fünf Wochen bevor sie ihre Endstrafe abgesessen hätte, wurden ihr und ihren Mitgefangenen Lockerungen des offenen Vollzugs mit der Begründung des Corona-Virus entzogen und sogar nach strikteren Regeln, wie der Streichung des Einkaufs und Einschränkungen des Kontakts unter den Gefangenen, unterworfen. Gegen dies wehrte sich Hülya unter anderem mit einem einige Tage dauernden Hungerstreik und trat so noch einmal in den offenen Konflikt mit dem Unterdrückungssystem Knast. Daraufhin wurden Kontakteinschränkungen unter den Gefangenen gelockert, die Menschenwärter*innen mussten für sie einkaufen und sie durften jeden Tag mit ihren Handys telefonieren.

Der Knast war aber noch nicht fertig mit der Abrechnung mit der rebellischen und ungebrochenen Gefangenen. Zum einen wurde ihr an einem Tag gesagt sie werde nun entlassen, was Corona bedingt durchaus üblich ist, wenige Woche vor Ende der Haftstrafe, nur um ihr eine Stunde später mitzuteilen, sie komme doch nicht frei. Hülya wurde dann für die letzten Wochen vom offenen Vollzug in den geschlossenen Vollzug verlegt, in eine Einzelzelle mit Videoüberwachung, verbunden mit den Schikanen von Post und Kommunikationskontrolle, regelmäßiger Zellenrazzia, Leibesvisitationen und den üblichen Schikanen gegenüber rebellischen Gefangenen, dass zum Beispiel Post nicht

oder nicht komplett durchkam, Erpressungen was Anwälte, Kommunikation oder die Veröffentlichung über die Zustände im Knast angeht.

Hülya hat sich seit ein paar Jahren öffentlich als Anarchistin positioniert und in veröffentlichten Briefen ihre Abscheu gegenüber der Welt der Unterdrückung, Herrschaft, Staaten und Knästen deutlich gemacht.

Ich war eine soziale Rebellin, jetzt bin ich eine leidenschaftliche Anarchistin. [...] Ich musste selber in den Knast und habe mich politisiert und ich bin sehr stolz auf mich. Die Gerechtigkeit, ein Leben ohne Herrschaft, daran glaube ich ganz fest, deswegen weil ich es selber am eigenen Leib gespürt habe, die Schikanen vom Staat, Ausbeutung, die Unterdrückung. Ich rufe alle dazu auf, erhebt euch, ihr habt nichts zu verlieren. Denn ich habe es satt, die allgegenwärtige staatliche Überwachung, deswegen habe ich mich erhoben. Liebe Genossen und Genossinnen lasst euch vom Staat, von der Herrschaft, von den Unterdrückungen nicht beängstigen, auf die Demos, die Revolten, auf den Kampf.

Bleibt stark, lassen wir das Feuer neu aufflammen.

Es gibt nichts abzuwarten.

Solidarität selbst organisieren und direkte Aktionen.

Für die soziale Revolten“

Hülya, von Herzen wünschen wir dir nur das beste für deine Zukunft außerhalb der Knastmauern!

Viel Kraft und Glück auf deinen neuen Wegen!

Bleib stark, lassen wir das Feuer neu aufflammen!

Bis alle frei sind!

Von der Antifa-M zum Rassisten-Anwalt

Zusammen mit dem rechten Staranwalt Höcker verteidigt der nun „Ex-Szeneanwalt“ Daniel Wölky den Kölner CDU Politiker Bähler, der Ende letzten Jahres auf Migrant*innen schoss.

„Haut ab ihr scheiß Kanacken, ihr Dreckspack.“ Mit diesen Worten hatte der Porzer CDU Lokalpolitiker Hans-Josef Bähler in der Nacht auf den 30. Dezember 2019 feiernde migrantische Jugendliche vor seinem Haus in der Gartenstr. 5 in Köln-Porz beschimpft und anschließend einen von ihnen niedergeschossen. Das schwer verletzte Opfer – der migrantische Jugendliche Krys erinnert sich, Bähler habe sie explizit aufgefordert, über seine Gartenmauer zu kommen, damit er einen Grund habe zu schießen. Dem ist keiner der vier Jugendlichen nachgekommen. Bähler hat ihm dann mit seinem Revolver von hinten die Schulter durchschossen. Die Kugel trat am Oberarm wieder aus

– reines Glück, dass keine Hauptschlagader getroffen wurde. Krys ist bis heute in Behandlung. Doch ein versuchtes Tötungsdelikt wird weder von den Behörden, noch den lokalen Medien gesehen, die Anklage lautete von Anfang an „nur“ gefährliche Körperverletzung.

Früh gab es Hinweise auf ein rassistisches Motiv des Schützen. Auf seiner Facebook-Seite schreibt Bähler von „linksfaschistischen Studenten“, als diese einen Protest gegen den rechten Polizeigewerkschafter Rainer Wendt ankündigen. Auch teilte er dort Fahndungsaufrufe der Polizei gegen Migrant*innen. Einen Artikel über die Kürzung von Nahrungsmittelrationen für Flüchtlinge in Kenia kommentierte er mit den Worten „Auslöser 2015, Auslöser 2018, Bilderberger lassen grüßen.“ Bei der AfD-Frontfrau Alice Weidel hinterlässt er ein „like“.

– das menschenleere AfD Parteibüro im ersten Stock des Wasserweg 2 in Frankfurt wird mit Stahlkugeln beschossen.
18.05.: In Berlin wird die Wohnung des AfDlers Karl Albrecht Schachtschneider mit Sprühlack und Steinen bearbeitet.
19.05.: In der Nacht vom 18. auf den 19. Mai wurde das Kriegerdenkmal am Galgenberg in Hildesheim verschönert.
20.05.: Ein Firmenwagen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) in Babelsberg wird fahruntauglich gemacht, als Antwort auf die aktuellen Versuche der SPSP den Park Babelsberg immer mehr der Öffentlichkeit zu

Bähler kam wegen fehlender Fluchtgefahr nicht in Untersuchungshaft. Die Kölner Lokalpresse verschweigt eine Woche lang seinen Namen. Erst Ende Januar trennt sich die CDU-Fraktion von ihm. Bähler selbst spricht von einer „rechtsstaatlichen Hatz“ auf ihn. Ende Mai hat die Staatsanwaltschaft Köln Anklage gegen ihn erhoben: ihm werden gefährliche Körperverletzung, Verstoß gegen das Waffengesetz und Beleidigung vorgeworfen. Der Prozessauftritt steht noch nicht fest.

Verteidigen werden ihn zum Einen der bundesweit bekannte rechte Medienanwalt Ralf Höcker. Höcker war lange Zeit Sprecher der Werteunion. In seiner Kanzlei am Friesenplatz 1 in der Kölner Innenstadt arbeitet auch Ex-VS-Präsident und jetziges Werteunion-Mitglied Hans-Georg Maaßen. Am 8. Mai dieses Jahres bekam die prominente Kanzlei bereits unerwarteten Büro-Besuch von

etwa 20 Antifaschist*innen im Rahmen des #Migrantifa Aktionstages „Entnazifizierung Jetzt!“.

Überraschender ist eher Bählers zweiter Verteidiger: der ehemalige Antifaschist und Ex-Genosse der Göttinger Antifa-M Daniel Wölky. Wölky ist seit 2017 Sprecher des Strafrechtsausschusses im Kölner Anwaltverein e.V. und hat seit diesem Jahr eine eigene Kanzlei in der Breite Str. 101 in der Kölner Innenstadt. Wölky gilt als zweifellos unsympathisch, aber durchsetzungsstark. Mit weiteren Mandant*innen aus der linken Szene dürfte es nun vorbei sein – alles andere wäre unglaublich und durch nichts zu rechtfertigen. Ein deutlicheres politisches Signal, insbesondere in diesem skandalträchtigen Fall mit bundesweiter Aufmerksamkeit, wäre angebracht.

anonym

(B) return to sender: Das Feuer ihrer Kriege

Dokumentation: „In den Gefahrengeländen Berlins betreibt die Polizei eine aggressive Raumnahme indem sie Nachbarschaften in Friedrichshain und Neukölln belagert oder öffentliche Plätze und Parks in Kreuzberg besetzt. Menschenjäger sind im Einsatz gegen Jugendliche, gegen MigrantInnen, gegen Ausgestoßene. Nebenbei bereiten sie Räumungen von besetzten Orten vor. Den Aufrufen zu dezentralen Aktionen folgend, sind wir in Marzahn fündig geworden und haben in der Nacht zum 27. Mai einen LKW des Kriegsprofiteurs DB Schenker mit einfachen Mitteln angegriffen.“

Im Schatten der Pandemie und der damit verbundenen medialen Aufmerksamkeit verrichten die NATO Armeen täglich ihr blutiges Handwerk auf den großen und kleinen Schlachtfeldern der Erde.

So auch in Rojava. Vor einer Woche wurde gemeldet, dass der türkische Staat seine Angriffe auf Nordsyrien fortsetzt. In der Ortschaft Şiyûx westlich von Kobanê sind zwei Zivilist*innen durch Artilleriebeschuss verletzt worden. Das Gebiet im Westen von Kobanê wird seit vier Tagen von der türkischen Besatzungszone um Dscharablus aus unter Artilleriefeuer gesetzt. Im Westen von Ain Issa haben Artillerieangriffe auf die Verbindungsstraße M4 und die Dörfer Hoşan und Xalidiyê stattgefunden. Durch den Beschuss sind Felder in der Region in Brand geraten. Über Ain Issa kreisen Kampfjets. In den Dörfern Cirin, Qeter und Kulik in der Region um Girê Spî (Tal Abyad) haben die türkisch-dschihadistischen Besatzungstruppen Felder angezündet.

Im militärisch-zivilen Komplex soll es als Entscheidungshilfe für die Vernünftigen in der Konzernführung dienen: brennende Lastwagen als Grund die Logistik für die NATO-Streitkräfte einzustellen und den Fuhrpark aus Berlin abzuziehen. Berlin ist eine gefährliche Stadt für DB Schenker und andere Firmen. Durch die polizeiliche Überschwemmung einiger Gebiete ist die Wirtschaft unseren Angriffen in anderen Bezirken schutzlos ausgeliefert.

Den Verantwortlichen im Senat rufen dezentrale Konzepte autonomer Gruppen in Erinnerung: Wer auch immer den Räumungsbefehl für die Liebig34 unterzeichnet, begeht damit politischen Selbstmord. Sei es durch erfolglose Belagerung bestimmter Kieze oder die ewig gleiche Hetze gegen den inneren Feind; die Akteure der Stadt als Ziel können uns nicht entkommen.

Dafür müssen sich die Kräfte, die eine grundsätzliche Veränderung wollen, nicht unbedingt neu orientieren und international neu aufstellen, wie es die Vulkangruppe shut down the power in ihrer Erklärung zum Angriff auf das Heinrich-Hertz-Institut fordert. Mehr Konsequenz und Ausdauer in der Umsetzung bisheriger Strategien kann auch etwas bewirken.

Kriegsprofiteure sabotieren bis sie sich aus der Aggression gegen Rojava zurückziehen!

Alles dezentral angreifen bis der offizielle Verzicht auf den Räumungsterror gegen Mietwohnungen, besetzte Räume und die Liebig34 verkündet wird!“

anonym

entziehen und an Zeiten des 19. Jahrhunderts anzuknüpfen, in denen der Park nur von Adligen genutzt wurde und der gemeinen Bevölkerung versperrt blieb. 20.05.: Die Wohnung des AfD-Politikers Benjamin Mennerich in HH-Billstedt wird mit Steinen und Farbflaschen angegriffen. 21.05.: Im Zuge der Rheinmetall-Entwaffnen Aktionstage wird das Rüstungsunternehmen ATM in Konstanz mit Farbbomben angegriffen. 22.05.: In Leipzig wird die Wohnung des Nazis Marcel Bachmann in der Idastraße 29 besucht und umdekoriert. 23.05.: In Villingen-Schwenningen gibt es platte Reifen für

Die Bewegung ist keine Ware

Nieder mit der Soli-Industrie

Es ist Sonntag Früh. F. & B. wanken Arm in Arm aus dem selbstverwalteten Club. Sie sind erschöpft und glücklich, hatten gemeinsam eine aufregende Nacht auf einer Soli-party. Am Anfang war es kurz nervig, weil das Kassenpersonal nicht einsehen wollte, dass F. gar nichts zahlen will, weil sie macht ja später eine Schicht am Solicocktailtresen. Der sei aber für ein anderes Projekt sagt die Kasse und hätte nichts mit ihnen zu tun. B. stand daneben und kramte im Geldbeutel, er hatte nichts zur Party beigetragen, deswegen gab es keine Möglichkeit für ihn, den

Spendenvorschlag von acht Euro zu drücken, ohne komisch angeschaut zu werden. Dann drinnen wurde es aber sehr nett. B. hatte gerade Hartz-IV bekommen und spendierte erstmal mehrere Cocktails „Auf die Genoss*innen im Knast“, bis ihm gesagt wurde, dass der Cocktailtresen Geld für

Seenotrettung sammle. Zwischendurch war F. kurz verärgert, weil B. ihr aus Versehen ein Brandloch in ihr neues und „echt teures“ Solishirt gebrannt hatte. Als B.'s Geld irgendwann aufgebraucht war, begann zum Glück F.'s Cocktailschicht, sodass sie nun umsonst trinken konnten.

Zwischendurch erzählte ihm die Partyorganisatorin erfreut, dass einer der vier Acts am Abend auf die Gage verzichten würde, „voll solidarisch von denen und dabei ist der Abend auch so schon voll erfolgreich, ich glaub über 600€ sind schon reingekommen“. „Cool“, sagt B, dann müsse mensch ja nächste Woche gar nicht selber los plakatieren gehen, sondern könnte das den Leuten vom „Soliplakatieren“ mitgeben. „Und dann bleibt bestimmt noch was übrig, nimm dir doch ne Solimassage nächsten Sonntag. Du hast hier als Orgaperson echt viel geleistet, da kann die Bewegung dir ja wohl die Massage zahlen und das Geld geht ja auch an gute Leute.“

„Es wird spät“, sagt F. zu B., „wir wollten doch morgen noch zum Solibrunch.“ „Ach scheiße sagt B. dann muss ich aber nochmal zur Bank, ich hab nur noch nen Zehner und den brauchen wir ja für das Solitaxi gleich nach Hause.“

„Die Macht wohnt dort, wo die Menschen glauben, dass sie wohnt.“ (Lord Varys)

Das offensichtliche Elend, in dem sich die Gesellschaft lokal und global befindet, wird nicht nur durch die Gewalt der Waffen und Institutionen aufrecht erhalten. Alle Herrschaftsformen, auch diktatorische, sind abhängig von gemeinsam geteilten Narrativen. Umso mehr Herrschaft auf offensichtliche Gewalt und Repression verzichten will,

umso wichtiger wird das gemeinsame Mittragen dieser Narrative durch alle in der Gesellschaft Lebenden.

Eines dieser Narrative ist jenes des staatlichen Gewaltmonopols, beziehungsweise das Narrativ, dass legal und legitim gleichzusetzen seien. Wird das Erste noch von einigen Linken mitgetragen, steht wenigstens beim Zweiten außer Frage, dass es nicht nur als Scheinzusammenhang benannt, sondern auch von sich gewiesen wird. Die Menschen innerhalb der Szene sind also durchaus in der Lage solche Narrative zu sehen und auch von sich zu weisen, beziehungsweise Gegen-Narrative aufzustellen. Ein weiteres Beispiel sind hier die Auseinandersetzungen um verinnerlichten Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und (zaghafte) Klassismus.

Umso verwunderlicher erscheint es, dass andere fundamentale Prinzipien der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft vom größten Teil der (radikalen) Linken und auch Anarchist*innen zumindest ausgeblendet zu werden scheinen und permanent reproduziert werden.

Eines dieser für die kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaft fundamental wichtigen Narrative ist jenes des Tausches. Die gesellschaftliche Einigung darauf, dass wer etwas erschaffe, Besitzanspruch habe und vor allem dieses nicht ohne einen Gegenwert herausgebe, ist erfolgreich als etwas quasi natürliches verinnerlicht worden. Wer etwas ohne Gegenleistung gibt, wird im besten Falle als Samariter*in, meist als schlicht naiv betrachtet. Auch innerhalb der linksradikalen Szene findet sich dieses Prinzip trotz aller „Anticapitalista“-Lippenbekenntnissen wieder.

Der Versuch einer Skizze von Gedanken:

„Jetzt wird in die Hände gespuckt - Komm wir steigern das Soli-sozialprodukt“

Kaum noch ein Konzert ohne „Spendenvorschlag“ am Eintritt, kaum noch eine „Küche für Alle“ ohne Preisrahmen. Selten subkulturelle Räume ohne Thekenpersonal, das Getränke zu einem Festpreis herausgibt.

Dazu gibt es immer mal „Solisticker“, „Solishirts“, „Soli-kalender“ zu kaufen, selten finden sich sogar „Solidienstleistungen“ wie „Solimassagen“, häufig jedoch „Solibars/-tresen/-essenstände“. In dieser „Soliökonomie“ sind Gedankenspiele wie das „Solitaxi“ (bringt dich in Szenestädten zu Partylocations und holt dich ab, wenn du zu besoffen zum Radfahren bist), oder „Soliplakatieren“ (du bist zu faul zum Plakatieren? Kein Problem! Die Soliplakatiergruppe plakatiert gegen Spende für deine Politgruppe, das Geld dafür holt ihr euch mit Soliparties einfach

rechtsoffene „Querdenken“ Organisatoren. 24.05. Der Nazi Martin Müller-Mertens, Chef vom Dienst beim Compact Magazin wird besucht, die Fassade seines Wohnhauses wird umgestaltet. 25.05.: Nach dem Mord am des Afroamerikaners George Floyd durch einen Polizisten, brechen in vielen Städten der USA Unruhen aus. In Minneapolis werden Kaufhäuser geplündert und Gebäude in Brand gesetzt, darunter das Polizeirevier. 27.05.: LKW des Kriegsprofiteurs DB Schenker wird in Berlin Marzahn abgepackelt. 29.05.: In Dietzenbach werden Bullen in einen Hinterhalt

wieder rein) leider gar nicht so absurd, wie sie eigentlich sein sollten.

Es ist überhaupt nichts dagegen einzuwenden, dass Menschen T-Shirts, Sticker und anderen Krempel mit politischen Inhalten bedrucken, der Riotkalender an der Wand ist für manche auch schöner als Katzenbilder und es ist großartig, dass Menschen sich regelmäßig die Mühe machen, für viele zu kochen oder Parties & Konzerte in entspanntem Rahmen zu veranstalten.

All diesen Bemühungen soll gedankt werden, sind sie doch Teil dessen, was dringend notwendig und viel zu schwach diskutiert ist – einer eigenen sozial-revolutionären Kultur, mit eigenen Ausdrucksformen.

Streit soll hier auch nicht gesucht werden in der Frage, dass es notwendig ist Geld zu sammeln und dies immer mit einer Fokussierung auf ein bestimmtes Thema zu tun hat. Warum auch nicht mal einen Abend zu einem Thema veranstalten und die gemeinsame Aufmerksamkeit dann zum Geldsammeln nutzen?

Der Streitpunkt hier ist die Form des „Sammelns“. Also das permanente Erfinden von neuen Waren, bzw. Aufrechterhalten von Dienstleistungen, an die direkt und unmittelbar das eigene finanzielle Engagement geknüpft ist. Der Kalender macht eben nicht auf ein Thema aufmerksam und bittet um Spenden, er wird gegen einen „Vorschlag x-y“ ausgehändigt. Die Party ist eben nicht (nur) gedacht, um zusammen zukommen, zu diskutieren und zu feiern, sondern auch schon am Eingang mit einer bestimmten Spendererwartung von-bis verknüpft. Die Frage, ob an dem Abend von einer Person eher fünf Euro oder eher dreißig gespendet werden, hängt weniger von ihrer eigenen ökonomischen Lage und ihrer Verbundenheit mit dem Projekt zusammen, als vielmehr mit der konkreten Anzahl an (meist) alkoholischen Getränken, die sie in der Lage und willens ist, in sich hineinzutun. Der „Erfolg“ einer solchen Veranstaltung wird auch fast nie daran gemessen, ob das Thema viele Leute erreicht hat, ob aus der Party heraus Aktionen gelaufen oder Leute zusammengebracht wurden – sondern schlicht an der Höhe der Einnahmen.

Dabei sind Gegenbeispiele ja existent und leicht kopierbar. Selbstorganisierte Lokalitäten, die bei Getränken nur ihre Einkaufspreise auspreisen, politische Broschüren mit Spendenkonten im Impressum, Genoss*innen die Spendendosen auf Kneipentresen verteilen.

Mögliche Antworten auf die Frage, wie denn ein Heranschaffen von Geld ohne Warenkoppelung aussehen könnte, lassen sich finden. Dafür muss diese Frage aber gestellt und als wichtig anerkannt werden.

„Wo ist mein Preis, wo mein Gewinn?“ (Dritte Wahl)

Der Kern des Problems liegt hierbei nicht nur in einer direkten Koppelung von „Solidarität“ (vermittelt über Geld) und Ware/Dienstleistung, sondern noch tiefer gebohrt, in der mentalen

Koppelung von (politischen) Engagement, dass heißt dem eigenen Einsetzen für eine Veränderung der Gesellschaft an Gegenleistungen materieller Natur. Und so schwingt oft eine Erwartungshaltung mit, die zutiefst bürgerlich ist. „Wenn ich etwas spende, dann erwarte ich eine Gegenleistung – T-Shirt, Party, Cocktail. Wenn ich etwas tue, erwarte ich eine materielle Honorierung – Honorar, Umsonstrinken, freien Eintritt.“ Es ist bemerkenswert, dass dies gerade umso verbreiteter erscheint, umso reicher die Gesellschaft ist, in der sich die radikale Linke bewegt – und damit auch sie selbst. In Ländern wie Griechenland oder Spanien, in denen im Gegensatz zu Deutschland tatsächlich von ökonomischen Elend und Überlebenskampf, auch von Teilen der Radikalen zu

reden ist, ist das Sammeln von Geld ohne Gegenleistung sehr viel verbreiteter und auch die Bereitschaft etwas ohne materielle Gegenleistung für andere zu tun scheint deutlich zuzunehmen, umso größer die allgemeine Armut.

Es ist bemerkenswert, dass innerhalb einer Szene, die (in ihren krassesten Ausformungen) Worten vorwirft auf einer Ebene mit direkter Gewalt zu stehen, da durch die Sprechakte die lebensfeindliche Gesellschaft reproduziert werde, eine Debatte über die Reproduktion des Tausch- und Warenprinzips fast unsichtbar stattfindet. Genau jene Debatten darüber, wo eigentlich gesellschaftliche Narrative reproduziert werden und was Gegenstrategien sind, um mit diesen Narrativen zu brechen, sind richtig und wichtig. Die vollständige Ausblendung von Warenförmigkeit und individueller Ökonomie ist hierbei angesichts der kapitalistischen Totalität völlig unangebracht.

Die Begleiterscheinung, dass es sicher nicht nur eine Genossin gibt, die sich nach Jahren der (selbstgewählten) Prekarität irgendwann fragt, warum sie eigentlich dauernd umsonst bei Bautagen, beim Kloputzen nach Parties, beim Organisieren von Aktionen hilft und sich dafür einsetzt, wenn alle anderen um sie herum dauernd nach ihrem eigenen materiellen Wohl schauen und Gegenleistungen erwarten, ist furchtbar und doch auch hier wieder nur eines der Probleme an der Oberfläche, die diese Mentalität innerhalb der Strukturen mit sich bringt. Ebenso Symptom und

nicht tieferliegendes Problem und doch relevant ist natürlich die Wirkung auf jene, die wir begeistern wollen. Unsere schönen Analysen zur kapitalistischen Durchdringung der Welt hin oder her - die in der Szene oft belächelten Umsonstmärkte oder andere praktische Beispiele

gelockt und mit Steinen angegriffen. 31.05.: In Kassel wird das Wohnhaus des AfDlers Manfred Mattis mit Farbe angegriffen. 31.05.: In Rostock wird die Karre von Nazi Holger Arppe zerstochen und mit Bitumen übergossen.

tauschfreier Prozesse dürften in vielen Menschen eher zu einer innerlichen Überraschung und damit dem Bruch mit als feststehenden Normen führen, als das bloße Verlautbaren von Kritik. Und obwohl die Erwartung nach absoluter Reinheit der Gedanken und des Handelns an sich und an andere autoritär und lebensfeindlich ist, so muss sich keine*r wundern, mit „Anticapitalista“-Rufen nicht ernst genommen zu werden, wenn die eigenen Strukturen nichts anderes als eine (ineffiziente)

Schattenwirtschaft darstellen. Wer sich permanent wie Krämer*innen benimmt, sollte nicht fordern den Marktplatz zu stürmen.

Gerade aus dem Bedürfnis in die Tiefe zu bohren, stellt sich die Frage, wie überhaupt gesellschaftliche Veränderung im Sinne einer sozial-revolutionären Befreiung aussehen kann. Ohne, dass hier der Raum wäre, das weit auszuformulieren, scheint jede Beantwortung in diese Richtung, die unser aller Verhältnis zu Tausch und Geld als unwichtig in der Praxis unserer Strukturen und als individuelles Haltungsproblem begreift, als absolut unzureichend.

anonym

Brandstiftungsserie gegen Mobilfunkmasten **April/Mai 2020**

In den letzten Jahren war zu beobachten, dass vermehrt Funkmasten Ziel von Sabotageaktionen wurden. Bisher fanden diese Sabotagen jedoch eher vereinzelte statt und wurden häufig von einem Selbstbeziehungsschreiben begleitet. In diesen Schreiben wurde zumeist die Motivation der SaboteurInnen dargelegt. Meist haben sich die SaboteurInnen dabei gegen die zunehmende Digitalisierung, Überwachung, etc. ausgesprochen. Mit Anfang April 2020 fand nun eine europaweite Sabotagewelle statt, die medial wenig Beachtung fand. Die Föderation belgischer Technologieunternehmen Agoria zählte für April 88 solcher Sabotagen – großteils Brandstiftungen. Diese sollen im April in ganz Europa stattgefunden haben. Davon allein 61 in Großbritannien und 20 in den Niederlanden. Dabei dürfte die tatsächliche Zahl der sabotierten Funkmasten noch höher liegen. So konnten wir bei einer simplen Internet-Recherche weitere Beispiele von Funkmastbrandstiftungen in Italien, Belgien, Frankreich, Zypern, Deutschland und Irland finden. Und auch im Mai ebte diese Sabotagewelle nicht ab. Sie weitet sich sogar weltweit aus. So gab es im Mai zusätzlich Funkmastbrandstiftungen in den USA und Kanada. Weiter stieg die Zahl der angezündeten Funkmasten vor allem in Frankreich an. Fast jeden zweiten Tag brannten dort teils mehrerer Funkmasten.

Die Motivation der einzelnen Saboteur*innen ist nicht bekannt, nachdem bei dieser Welle an Funkmastsabotage bisher kaum Selbstbeziehungsschreiben vorliegen. Der englische Guardian verbreitete die Theorie, dass es sich

bei den SaboteurInnen um Verschwörungstheoretiker*innen handelt. Diese Behauptung wurde von anderen Medien aufgegriffen und auch im deutschsprachigen Raum z.B. in Faktenchecks zu Verschwörungstheorien reproduziert. Nachdem jedoch bisher kaum Leute für diese Sabotagen gefasst wurden und so gut wie keine Selbstbezeichnungen vorliegen, muss diese Behauptung mit Vorsicht genossen werden.

Viel eher kann diese Einordnung als Versuch gedeutet werden, diese anonyme Sabotagewelle inhaltlich komplett zu delegitimieren, indem die vermeintlichen Saboteur*innen – ohne große Evidenz – in die Verschwörerecke gerückt werden. In Frankreich wurde medial ein ähnliches Manöver vollzogen. Dort wurden die vermeintlichen SaboteurInnen ins Eck einer konstruierten „mouvance d'ultra-gauche“ [„ultralinke Bewegung“] gerückt. Wir wissen nicht wer hinter diesen Sabotagen steckt. Wir wollen auch gar nicht darüber spekulieren. Viel spannender finden wir es, darauf hinzuweisen, dass die Dauer, Intensität und Ausbreitung dieser Sabotagewelle vermuten lässt, dass unter der Oberfläche der Dissens gegenüber dem Internet der Dinge (IoT) und seiner 5G-Infrastruktur zu gären scheint. Vielleicht sogar mehr als erklärte Kritiker*innen dieses Angriffs manchmal selbst für möglich halten. Und dass es offensichtlich mehr Menschen gibt – wie auch immer deren Motivation konkret aussehen mag – die zu dem Schluss kommen, dass der technologische Angriff schwerlich mit demokratischen Mitteln abgewandt werden kann.





Justice for George Floyd